

## **Kapitel 7: In Bildung investieren**



45. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
20. - 22. November 2020, Karlsruhe - DIGITAL

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 22.11.2020  
Tagesordnungspunkt: GSP-B In Bildung investieren

### **Antragstext**

#### **1 Kapitel 7: Auf Bildung bauen**

#### **2 Recht auf Bildung**

3 (304) Bildung unterstützt Menschen dabei, ihr Leben eigenverantwortlich und selbstbestimmt  
4 zu gestalten. Sie trägt dazu bei, die eigenen Potentiale und Interessen zu entwickeln und  
5 offen für neue Erkenntnisse und Erfahrungen zu bleiben sowie soziale Verantwortung zu  
6 tragen. Das Recht auf gute Bildung ist ein lebenslanges und jedem Menschen offen stehendes  
7 Recht auf Selbstbestimmung, Mündigkeit und gesellschaftliche Teilhabe.

8 (305) Ein gutes Bildungssystem fördert Zukunftskompetenzen auf allen Ebenen – Kooperation,  
9 Kommunikation, Kreativität, kritisches Denken. Und es muss Freiheit lassen für neue Ideen  
10 und Lernerfahrungen aller Beteiligten. Ein gleichberechtigter Zugang zu Bildung, auch für  
11 Menschen mit Behinderung, ist Grundlage für gesellschaftliche Weiterentwicklung. Das  
12 Bildungssystem muss Kinder, Jugendliche und alle Lernenden befähigen, eine selbstbestimmte  
13 und nachhaltige Zukunft zu gestalten, die von Unwägbarkeiten, Klimakrise, digitalem Wandel  
14 und sozialen Veränderungen geprägt sein wird. Als Schlüssel für Gestaltungskompetenz soll  
15 Bildung für nachhaltige Entwicklung auf allen Bildungsebenen verankert sein. Kitas und  
16 Schulen sind Schnittstellen zu Familien und Gesellschaft und damit Lebensraum für soziales  
17 Lernen und Bildungsstätte für präventive resilienzfördernde Kompetenz gegen häusliche und  
18 sexualisierte Gewalt. Dazu braucht es entsprechend ausgebildete Pädagog\*innen und Angebote  
19 für Kinder und Jugendliche.

20 (306) Das Bildungssystem soll zu ganzheitlichem Denken, zu nachhaltigem Handeln, zu  
21 gegenseitigem Respekt und zu verantwortungsvollem Entscheiden befähigen und Menschen die  
22 selbstbestimmte Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen. Es ist damit die Grundlage für  
23 eine freie und demokratische Gesellschaft. Das heißt auch, gesellschaftliche und  
24 technologische Entwicklungen kritisch hinterfragen und einordnen zu können, um Fake News  
25 oder Verschwörungserzählungen entgegenzutreten. Kitas und Schulen sollen Orte sein, an  
denen  
26 Kinder und Jugendliche durchgängig Wertschätzung und Mündigkeit erfahren, demokratisches  
27 Zusammenleben praktisch leben und über ihre Lernprozesse mitentscheiden können.  
Rollenbilder  
28 und Geschlechternormen, rassistische, diskriminierende sowie Dominanzstrukturen müssen in  
29 allen Bildungseinrichtungen problematisiert, reflektiert sowie strukturell aufgearbeitet und  
30 daher auch in der Ausbildung pädagogischer Berufe thematisiert und kritisch hinterfragt  
31 werden. Zur interkulturellen Verständigung kann ein für alle zugänglicher internationaler  
32 Bildungsaustausch beitragen.

- 33 (307) Gute Bildung zeichnet sich dadurch aus, dass sie bestehende Ungleichheiten nicht  
34 zementiert, sondern sie überwinden hilft. Es ist staatliche Aufgabe, ungleiche  
35 Startbedingungen aufgrund von sozialen Benachteiligungen, dem Wohn- und Lebensumfeld,  
von  
36 Diskriminierung oder Sprachvoraussetzungen auszugleichen. Es ist Aufgabe des Staates,  
37 Talente zu fördern. Deshalb brauchen wir sozial diverse und inklusive Schulen, in denen  
38 junge Menschen so lange wie möglich gemeinsam lernen. Alle jungen Menschen sollen  
unabhängig  
39 vom Bildungsgrad und Einkommen ihrer Eltern den bestmöglichen Bildungsgrad erwerben  
können.  
40 Dabei muss die individuelle Entwicklung der jungen Menschen im Mittelpunkt stehen.  
41 Entwicklungsevaluationen nehmen die individuelle Person in den Blick, statt Schüler\*innen  
42 vergleichend zu bewerten. Unser Bildungssystem soll durchlässiger, gerechter und  
43 leistungsfähiger und so an die internationale Spitzengruppe anschlussfähig werden. Dafür ist  
44 wesentlich, sicherzustellen, dass alle Jugendlichen mit Verlassen der Schule über eine  
45 ausreichende Qualifikation in Schlüsselkompetenzen verfügen. Gleichzeitig soll die  
46 Begabungsförderung ausgebaut werden.
- 47 (308) Bildung ist eine wichtige Grundlage für gute Entwicklungschancen im Leben und trägt  
48 maßgeblich dazu bei, dass Menschen in der modernen und nachhaltigen Arbeitswelt ihren Platz  
49 finden. Ein starkes Bildungssystem ist zentral für die wirtschaftliche Zukunft unseres  
50 Landes und entwickelt sich im Austausch mit allen Akteuren stetig weiter.  
51
- 52 (309 (neu) Für eine glückliche Schulzeit ist es auch entscheidend, dass die Schule für alle  
53 ein diskriminierungsfreier und sicherer Ort ist. Dafür muss das pädagogische Personal  
54 fortgebildet und insbesondere Kinder und Jugendliche mit Diskriminierungserfahrung müssen  
55 gestärkt und ermächtigt werden. Dazu gehört auch zeitgemäße, altersgerechte Aufklärung an  
56 Schulen. Besonders queere Jugendliche können Ablehnung und Unverständnis in der Schule,  
aber  
57 auch der eigenen Familie erfahren. Daher müssen auch außerschulische Angebote, wie zum  
58 Beispiel Jugendzentren, besser ausgestattet werden. Sie können zum Verständnis der eigenen  
59 Situation und Aufbau eines sozialen Netzwerks beitragen. Dabei ist es wichtig, auch  
60 spezifische Angebote für Trans\* Jugendliche und von Mehrfachdiskriminierung betroffene  
61 Jugendliche bereitzustellen.
- 62 Kita und Schule
- 63 (309) Die Grundlagen für einen guten Bildungsweg werden in der frühen Kindheit gelegt.  
64 Unterschiede bei den sozialen Voraussetzungen werden vor allem durch eine flächendeckende,  
65 qualitativ hochwertige frühkindliche Bildung ausgeglichen, die möglichst alle Kinder  
66 erreicht. Das stellt neue Anforderungen an das pädagogische Fachpersonal in den Kitas,  
67 weswegen es überall im Land gute Personalschlüssel und verbindliche Qualitätsstandards  
68 braucht. Um den unterschiedlichen Bedarfen der Kinder gerecht zu werden, arbeiten Menschen  
69 in multiprofessionellen Teams. Um der Individualität von Kindern gerecht zu werden, ist eine  
70 gute Personalausstattung bei angemessener Bezahlung sicherzustellen.
- 71 (310) Der Ganzttag an Schulen soll nicht nur Wissen vermitteln, sondern soziale Kompetenzen  
72 und das Miteinander fördern sowie eine stärkere Verknüpfung zwischen Lernen, Erfahren,  
73 Erforschen und Erproben gewährleisten. So können gezielt soziale und kulturelle

- 74 Benachteiligungen überwunden werden. Die Qualität muss durch verbindliche Standards  
75 gesichert werden. Auf den Ganzttag soll es einen Rechtsanspruch geben.
- 76 (311) Bildungspolitik und Sozialpolitik gehören zusammen. Bildungsorte müssen  
77 dementsprechend eingebettet sein in Netzwerke sozialer Unterstützungsleistungen, die das  
78 Leben von Kindern und Jugendlichen ganzheitlich betrachten, passgenaue Hilfen anbieten und  
79 verhindern, dass Einzelne den Anschluss verlieren. Bildungseinrichtungen sollen die  
80 Kooperation untereinander verstärken und sich zur Zivilgesellschaft und zum Stadtteil hin  
81 öffnen.
- 82 (312) Die Finanzierung des Bildungssystems ist eine zentrale Aufgabe für eine  
83 zukunftsgerichtete Gesellschaft und Voraussetzung für Gerechtigkeit. Denn Vermögen und  
84 Bildungszugang hängen immer noch besonders stark zusammen. Um die Kosten einer besseren  
85 Ausstattung des Bildungssystems zu tragen, das allen Kindern und Jugendlichen die gleichen  
86 Chancen bietet, kann die höhere Besteuerung von Vermögen bzw. Erbschaften einen Beitrag  
87 leisten. Ressourcen sollen zielgenau nach den Bedarfen der Schüler\*innen und Schulen  
88 eingesetzt werden.
- 89 (313) Die Lernmittel sowie der Zugang zu Schulen und KiTas sollen für Lernende und Lehrende  
90 (kosten-)frei sein, einschließlich digitaler Endgeräte, benötigter Software und  
91 Internetzugang. Eine vermehrte Nutzung von Opensource ist der Schlüssel zu einer  
92 partizipativen und souveränen digitalen Bildung.
- 93 (314) Alle Kitas und Schulen in Deutschland sollen sich zu inklusiven Orten  
94 weiterentwickeln. Das muss sich in einer ausreichenden Anzahl an entsprechend ausgebildeten  
95 Mitarbeiter\*innen, aber auch in deren Vielfalt widerspiegeln. Inklusive pädagogische  
96 Konzepte müssen es jedem Kind und jedem Jugendlichen unabhängig von intellektuellen, sozial-  
97 emotionalen, physischen oder sonstigen Voraussetzungen ermöglichen, gemeinsam zu lernen,  
98 die  
99 eigene Persönlichkeit und eigene Potentiale zu entwickeln und am gesellschaftlichen Leben  
100 teilzuhaben. Schulen müssen ihre Pädagogik an die Schüler\*innen anpassen, nicht umgekehrt.  
101 Dazu brauchen sie Zeit, Gestaltungsspielraum, kleinere Klassen, neue Reflexions- und  
102 Bewertungsstrukturen, inklusive pädagogische Konzepte, individuelle Lernwege und  
103 multiprofessionelle Unterstützung.
- 103 (315) Gute Schulen brauchen Entscheidungsspielräume, gut ausgebildete Lehrkräfte, die den  
104 Unterricht so gestalten, dass er den natürlichen Wissensdurst, die Neugier und die  
105 Spielfreude junger Menschen fördert, sowie multiprofessionelle Teams auf Augenhöhe, die eine  
106 ganzheitliche Entwicklung stärken. Das bedeutet auch, dass sich die Ausbildung der  
107 Lehrkräfte anhand der Lebensrealitäten der Kinder und Jugendlichen sowie der  
108 gesellschaftlichen und technologischen Entwicklung kontinuierlich weiterentwickelt. Offene  
109 und durchlässige Strukturen und vielfältige Methoden im Unterricht und in der Schule helfen,  
110 Potentiale zu entfalten und praktische und theoretische Stärken zu entwickeln. Die  
111 individuelle Förderung der Kinder je nach Potential ist entscheidend, deshalb sind große  
112 Klassen mit zusätzlicher personeller Unterstützung auszustatten. Indem sie kulturelle  
113 Kompetenzen als Ressource begreifen leisten Schulen einen wichtigen Beitrag in der  
114 vielfältigen Einwanderungsgesellschaft. Aus diesem Grund sollten Schulen in ihren  
115 Veränderungsprozessen professionell unterstützt werden.

116 (316 NEU) Kitas und Schulen sind besonders wichtige Orte für das selbstbestimmte  
117 Heranwachsen in einer digitalen Welt. Bildungseinrichtungen müssen technisch so ausgestattet  
118 sein, dass alle Kinder die digitale Wirklichkeit erleben und sie mitgestalten können. Zu  
119 einer guten technischen Ausstattung gehören auch gut ausgebildete pädagogische Fachkräfte.  
120 Beides zu gewährleisten, ist dringliche Aufgabe der öffentlichen Hand. Der Lernalltag muss  
121 genug Zeit für alle Kinder einräumen, digitale Kompetenzen zu erwerben. Dabei müssen sowohl  
122 das technische Grundverständnis als auch die gesellschaftliche und soziale Dimension der  
123 digitalen Entwicklung Thema sein. Die Kinder von heute werden die Gestalter\*innen der Welt  
124 von morgen sein. Dafür brauchen sie das nötige Rüstzeug und einen kritischen Blick, mit dem  
125 sie technische Entwicklungen auch hinterfragen. Geschlechterklischees in der digitalen  
126 Bildung und Informatik müssen überwunden werden. Digitales Lernen ermöglicht auch eine  
127 Stärkung des individualisierten und inklusiven Unterrichts und macht Schulen flexibler und  
128 krisenfester. Dabei muss es auch Ziel sein soziale Unterschiede zu verringern.

129 (317) Das deutsche Bildungssystem braucht eine deutlich bessere Mittelausstattung für mehr  
130 Personal, Infrastruktur und Gebäude. Gut gestaltete und gesunde Räume sind für die  
131 Entwicklung unserer Kinder von erheblicher Bedeutung. Dabei müssen regionale Unterschiede  
132 berücksichtigt und Kommunen mit hoher Armutsquote in der Bevölkerung gezielt unterstützt  
133 werden. Der Wohnort soll nicht über die Qualität der Förderung entscheiden. Vor allem für  
134 den Kita- und Primarbereich müssen die Ausgaben verdoppelt werden, denn hier werden die  
135 Weichen für den Bildungserfolg gestellt. Insgesamt soll Deutschland sich bei den  
136 Bildungsausgaben an der Spitzengruppe im OECD-Vergleich orientieren.

137 (318) Der Föderalismus schützt die Demokratie und sichert regionale Vielfalt. Er darf jedoch  
138 nicht dazu führen, dass eine Verständigung auf bundesweite Bildungsziele und -standards  
139 sowie nötige Investitionen in Digitalisierung, Ganztage oder Inklusion unterbleiben. Das  
140 können die Länder nicht allein leisten, sondern es ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Das  
141 Kooperationsverbot muss zu einem Kooperationsgebot gemacht werden.

#### 142 **Lebensbegleitendes Lernen**

143 (319) Bildung ist ein lebenslanger Prozess. Die staatliche Verantwortung beginnt mit der  
144 Kita und der Schule und erstreckt sich über die berufliche Bildung und die Hochschulbildung  
145 bis hin zum Recht auf Weiterbildung und Erwachsenenbildung. Sie wird umrahmt von einem  
146 lebensbegleitenden Prozess der nonformalen Bildung. Bildung muss stärker als jemals zuvor in  
147 jedem Alter selbstverständlicher Teil des Lebens werden. Allgemeine und berufliche  
148 Weiterbildung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, damit ein selbstbestimmtes Leben und  
149 gesellschaftliche Teilhabe gesichert werden.

150 (320) Kein Ausbildungsschritt soll ohne Abschluss und Anschluss bleiben. Jeder Mensch soll  
151 die Möglichkeit haben, zu jedem Zeitpunkt in seinem Leben Schul- und Hochschulabschlüsse,  
152 Berufsausbildungen oder Teilqualifizierungen zu erwerben. Der garantierte und  
153 niedrighschwellige Zugang zur Erwachsenenbildung in Form des „zweiten Bildungswegs“ fördert  
154 die soziale Mobilität innerhalb der Gesellschaft und ist unerlässlich für das Ziel gleicher  
155 Bildungs- und Lebenschancen. Direkt nach der Schule muss der Weg für alle Jugendlichen in  
156 eine angemessen bezahlte, anerkannte Berufsausbildung oder in eine Hochschulbildung offen  
157 sein. Außerdem müssen ausländische Bildungsabschlüsse schnell und unbürokratisch anerkannt  
158 werden können. Menschen mit Brüchen im beruflichem Werdegang soll der Wiedereinstieg in

den

159 Arbeitsmarkt durch Anerkennung ihrer erworbenen Kompetenzen erleichtert werden.

160 (321) Alle Menschen, die nicht oder nicht ausreichend lesen, schreiben oder rechnen können,  
161 sollen leichten Zugang zu Bildungsangeboten und speziellen Förderungen haben und diese in  
162 Anspruch nehmen können.

163 (322) Der Fokus beim digitalen Lernen liegt auf der Medienkompetenz und der digitalen  
164 Mündigkeit. Gezielt sollen auch Erwachsene mit wenig Erfahrung im Umgang mit digitalen  
165 Medien angesprochen werden, damit sie die Möglichkeiten der digitalen Welt selbstbestimmt  
166 und sicher nutzen können.

167 (323) Lebensbegleitendes Lernen erfordert ein breites Spektrum an privaten, betrieblichen  
168 und auch öffentlich verantworteten Weiterbildungsinstitutionen. Es ist eine staatliche  
169 Aufgabe zu ermöglichen, dass Orte der außerschulischen Bildung ein für alle bezahlbares und  
170 flexibel nutzbares Weiterbildungsangebot anbieten, damit jede\*r die für ihren Bedarf  
171 notwendigen Fähigkeiten und Kompetenzen erwerben kann. Sie und ähnliche Einrichtungen  
172 gehören zur Daseinsvorsorge und müssen zu barrierefreien Knotenpunkten der  
173 Erwachsenenbildung werden.

174 (324) Viele Menschen lernen in unterschiedlichsten Vereinen, Jugendverbänden und  
175 Bildungsstätten sich einzubringen und mitzubestimmen. Auch diese außerschulische und  
176 nonformale Bildung muss ausreichend Raum und finanzielle Möglichkeiten erhalten.

177 (325) Bildungswege sind heutzutage dauerhaft, berufsbegleitend und mit Wechseln verbunden.  
178 Bildungsfinanzierung muss dieser Realität angepasst werden und unabhängig vom  
179 Bildungszeitraum als ein eltern-, alters- und leistungsunabhängiger Vollzuschuss konzipiert  
180 sein, um das Recht auf Bildung zu unterstützen. Niemandem dürfen aufgrund prekärer  
181 Beschäftigung die Möglichkeiten essenzieller Qualifikation verwehrt sein.

182 (326) Bildungszugänge sind stark durch die Eigenheiten der Stadtteile oder durch Stadt-Land-  
183 Gegensätze geprägt. Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zu sichern bedeutet, es auch  
184 Kindern im ländlichen Raum zu ermöglichen, mit akzeptablen Schulwegen eine hochwertige  
185 Bildung zu erreichen. Der Erhalt von kleinen Schulen soll durch Vernetzung ermöglicht  
186 werden. Kreative Konzepte wie mobile Mediatheken, Bibliotheken und Labore schaffen nicht nur  
187 für Erwachsene Bildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten in strukturschwachen Räumen.

Diese

188 müssen ebenso gefördert werden wie der Schüler\*innen-Transport. Das gehört zur staatlichen  
189 Daseinsvorsorge. Jede\*r hat ein Recht auf Weiterbildung.

## **Kapitel 5: Demokratie stärken**



45. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
20. - 22. November 2020, Karlsruhe - DIGITAL

Gremium: BDK  
Beschlussdatum: 22.11.2020  
Tagesordnungspunkt: GSP-D Demokratie stärken

### Antragstext

#### 1 **Kapitel 5: Demokratie stärken**

#### 2 **Rechte und Zugänge**

3 (226) Demokratie ermöglicht ein Leben in Würde und Freiheit. Vielfältige Demokratie  
4 bedeutet, dass wir als Gesellschaft unsere Lebensumstände mit gleichen  
5 Beteiligungsmöglichkeiten gemeinsam gestalten. Souverän eines demokratischen Rechtsstaates

6 sind die Staatsbürger\*innen, der Verantwortungsbereich der Demokratie ist die gesamte  
7 Bevölkerung. Demokratie ist nicht auf einen formalen Prozess reduzierbar, sondern  
8 Leitprinzip für ein Miteinander in gleicher politischer Freiheit.

9 (227) Freiheitsrechte und Minderheitenschutz werden im demokratischen Rechtsstaat durch  
eine  
10 unabhängige Justiz und die Bindung der Exekutive an Recht und Gesetz garantiert. Der freie  
11 und gleiche Zugang zum Recht muss daher für alle gewährleistet sein.

12 (228) Staatliche Daseinsvorsorge, die Beseitigung von Armut und Diskriminierung, der Zugang  
13 zu Bildung und öffentlicher Meinungs- und Willensbildung sowie ein ausreichendes Maß an Zeit  
14 für politische Beteiligung gehören zu einer freiheitlichen und vielfältigen Demokratie.

15 (229) Die Folgen demokratischer Entscheidungen reichen oft über den regionalen oder  
16 nationalen Rahmen hinaus. Daher müssen die europäischen und globalen Auswirkungen in  
17 Entscheidungsprozessen immer berücksichtigt werden. Globalisierung erfordert transnationale  
18 demokratische Handlungsfähigkeit. Nur mit fairem Interessenausgleich und demokratischer  
19 globaler Kooperation können wir richtige und wirksame Antworten auf globale  
20 Herausforderungen geben. Um demokratische Handlungsfähigkeit in einer globalisierten Welt zu  
21 stärken, soll sich die EU perspektivisch weiterentwickeln zu einer Föderalen Europäischen  
22 Republik, die Europa nach innen eint, aber gleichzeitig nach außen ein integrativer Teil der  
23 Weltgemeinschaft ist.

24 (230) Demokratie ohne Meinungsfreiheit ist undenkbar. In der Demokratie kann jeder Mensch  
25 seine Meinung frei äußern und jede\*r muss Widerspruch zur eigenen Meinung aushalten. Aber  
26 Hass und Hetze zerstören den freien Austausch von Meinungen. Jeder Mensch hat das Recht auf  
27 eine eigene Meinung, aber nicht auf eigene Fakten. Das bewusste Verbreiten von  
28 Falschinformationen ist kein Grundrecht.

29 (231) Demokratie ist angewiesen auf Demokrat\*innen. Die Freiräume einer starken und  
30 lebendigen Zivilgesellschaft sind zu schützen, auch kritischen Stimmen muss politisches  
31 Gehör gelten. Demokratie beginnt vor Ort. Ohne bürgerschaftliches Engagement und vielfältige

32 Ehrenämter würde unser Gemeinwesen nicht funktionieren. Demokratie lebt von Menschen, die  
33 sich für andere engagieren und unser Gemeinwesen mitgestalten – in Bürgerinitiativen und  
34 Parteien, in Vereinen, Feuerwehren und Kirchen und anderen Religions- und  
35 Weltanschauungsgemeinschaften, in NGOs, Gewerkschaften und Unternehmen, bei  
Demonstrationen,  
36 im Sportverein und in Bewegungen und in anderen Bereichen der Zivilgesellschaft. Solches  
37 Engagement ist der Kitt, der unsere pluralistische Gesellschaft zusammenhält. Deshalb muss  
38 Gemeinnützigkeit umfassend rechtlich abgesichert werden – auch dahingehend, dass sich  
39 gemeinnützige Organisationen politisch einbringen und engagieren können. Eine öffentliche  
40 Infrastruktur für Ehrenamt und Engagement muss sicherstellen, dass bürokratische  
41 Anforderungen und mangelnde Ressourcen Engagierte nicht davon abhalten, sich einzubringen  
42 und die Liste gemeinnütziger Tätigkeiten erweitert wird.

43 (232) Friedlicher zivilgesellschaftlicher Protest ist eine wichtige Ressource in einer  
44 lebendigen Demokratie, dafür kann auch gewaltfreier ziviler Ungehorsam ein legitimes Mittel  
45 sein.

46 (233) Gute politische Bildung, auch jenseits der Schule, ist Grundlage für eine  
47 funktionierende Demokratie. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, politische Bildung  
48 und partizipative Bildungsinstitutionen zur Stärkung demokratischer Kompetenzen sind  
49 Grundlage wesentlich für den Fortbestand der demokratischen Gesellschaft. Auch Kinder und  
50 Jugendliche können demokratische Prozesse und Grundrechte hier erlernen.

51 (234) Die beste Verteidigung der parlamentarischen Demokratie ist ihre Weiterentwicklung. Es  
52 gilt, der Verknöcherung demokratischer Institutionen und Verfahren entgegenzuwirken, um die  
53 Demokratie lebendig zu halten. Einem Vertrauensverlust und der Dominanz einseitiger  
54 Interessenslagen in demokratischen Prozessen kann durch Offenheit für neue  
55 Beteiligungsmöglichkeiten begegnet werden.

56 (235) Um sich demokratisch engagieren und sich souverän und selbstbestimmt entscheiden zu  
57 können, braucht es die Möglichkeit zur unabhängigen Information. Transparenzgesetze für den  
58 Zugang zu öffentlichen Informationen beugen Korruption vor und sorgen für mehr Möglichkeiten

59 der demokratischen Kontrolle. Digitale Plattformen, die nicht von kommerziellen Interessen  
60 gesteuert sind, unabhängiger Journalismus in freien Medien entlang des Pressekodex, ein  
61 unabhängiger öffentlich-rechtlicher Rundfunk, die Wahrung der Persönlichkeitsrechte gegen  
62 Verleumdung und üble Nachrede sowie solide Medienbildung von Kindesbeinen an sind  
Impfschutz  
63 gegen demokratiefeindliche Kampagnen und Falschinformationen.

64 (236) Voraussetzungen für Demokratie sind ein gewaltfreier Diskurs und die Akzeptanz der  
65 Menschenwürde sowie der unverletzlichen und unveräußerlichen Grund- und Menschenrechte.  
Eine

66 Gesinnung, die der oder dem Einzelnen ihre bzw. seine individuellen Bedürfnisse und  
67 Interessen abspricht und die definieren will, wer dazugehört und wer nicht, ist  
68 undemokratisch. Rassismus und Ausgrenzung widersprechen der Idee von politischer  
Gleichheit.

69 Zivilcourage und rechtsstaatliche Maßnahmen gegen Hass und Entmenschlichung sind zentral  
für

70 die Wehrhaftigkeit der vielfältigen Demokratie. Diskursräume müssen transparent,

71 grundrechtskonform und nach rechtsstaatlichen Grundsätzen gestaltet werden. Dies gilt gerade  
72 auch für die Funktionsweise digitaler Plattformen.

73 (237) Die Interessen von Menschen, die sozial an den Rand gedrängt sind, die kaum Zugang zu  
74 guter Bildung haben oder die unter den Anstrengungen von prekärer Arbeit leben, sind häufig  
75 unterrepräsentiert.

76 Ihre stärkere Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen ist wichtig für Zusammenhalt  
77 und Legitimation der repräsentativen Demokratie. Eine Garantie auf ein Existenzminimum,  
78 ausreichend Zeit für politische Beteiligung sowie die Möglichkeit zur sozialen und  
79 kulturellen Teilhabe aller sind notwendige Bedingungen für Demokratie.

80 (238) Unser Wirtschaftssystem unterliegt Werten und Regeln. Wirtschaftliche  
81 Staatsbürger\*innen-Rechte sind Teil der individuellen demokratischen Rechte. Die sozial-  
82 ökologische Marktwirtschaft ist über betriebliche Mitbestimmung, Aktionär\*innen-Beteiligung  
83 sowie gewerkschaftliche Vertretung organisiert. All das braucht starke Gewerkschaften. Im  
84 Sinne einer Wirtschaft, die dem Gemeinwohl dient, soll selbstverständlich sein, dass alle  
85 Stakeholder und Betroffenen ein Mitspracherecht bei wichtigen Entscheidungen erhalten.  
86 Mitbestimmung in den Betrieben und Unternehmen wollen wir stärken und ausbauen. Es muss  
87 europäische Standards für die Mitbestimmung geben. Tariftreue muss Voraussetzung für die  
88 Vergabe öffentlicher Aufträge sein. Auch die stärkere Beteiligung der Bevölkerung am  
89 Produktivvermögen, zum Beispiel in Form von Mitarbeiter\*innenbeteiligungen, kann mehr  
90 Mitgestaltung in wirtschaftlichen Fragen bewirken.

91 (239) Verdeckte, einseitige Einflussnahme wirtschaftlich machtvoller Interessen gefährdet  
92 die Demokratie. Für klare Schranken sorgen Transparenz und Kontrolle. Das wird durch die  
93 Offenlegung von beispielsweise personellen Verflechtungen oder Nebentätigkeiten politischer  
94 Entscheidungsträger\*innen, Karenzzeiten für Regierungsmitglieder, ein verpflichtendes  
95 Lobbyregister, eine unabhängige europäische Kontrollbehörde und die entschiedene Verfolgung  
96 von Korruption erreicht. So kann Lobbyismus von finanzstarken Akteur\*innen, der anderen  
97 Interessen politische Spielräume nimmt und für unfaire Aushandlungsprozesse sorgt,  
98 kontrollier- und sanktionierbar werden.

99 (240) Die Ausbildung einer transnationalen und europäischen Öffentlichkeit ist eine wichtige  
100 Voraussetzung für eine funktionierende Zusammenarbeit und die Demokratisierung der EU.

### 101 **Repräsentanz und Beteiligung**

102 (241) Über Repräsentation und demokratisch geregelte Verfahren können sich Meinungen,  
103 Interessen und Vorstellungen zu Entscheidungen und Mehrheiten angemessen und gerecht  
104 bündeln. Das ist Grundlage demokratischer Machtausübung. Die parlamentarische Demokratie  
105 schafft so legitime Herrschaft der Menschen über sich selbst.

106 (242) Grundprinzip der Demokratie ist, dass diejenigen, die Entscheidungen für andere  
107 treffen, von diesen legitimiert, also gewählt werden müssen. Repräsentationsdefizite machen  
108 die parlamentarische Demokratie angreifbar. Ein demokratisches Miteinander muss die  
109 Voraussetzungen für sein Fortbestehen immer wieder neu schaffen und Ausschlüssen und  
110 Repräsentationsdefiziten in den eigenen Strukturen entgegenwirken. Eine vielfältige  
111 Gesellschaft muss sich in ihren demokratischen Institutionen und Einrichtungen abbilden.

112 Wer hier dauerhaft seinen Lebensmittelpunkt hat, muss die Möglichkeit haben, an Wahlen,  
113 Abstimmungen und allen anderen demokratischen Prozessen gleichberechtigt teilzunehmen.



114 (243) Frauenrechte und die Rechte marginalisierter Gruppen sind der Gradmesser der  
115 Demokratie. Frauen und marginalisierte Gruppen sollen an allen demokratischen Prozessen  
116 gleichberechtigt beteiligt sein. Voraussetzung hierfür sind gerechte gesellschaftliche  
117 Strukturen und Maßnahmen der Antidiskriminierung. Damit Frauen paritätisch in den  
118 Parlamenten und gesellschaftlichen Führungspositionen vertreten sein können, braucht es  
119 klare gesetzliche Regelungen sowie Lebensbedingungen, die es ermöglichen, Erwerbsarbeit  
sowie

120 Familien-, Gesellschaftliche und politische Arbeit zu vereinbaren. Niemand sollte aus  
121 organisatorischen Gründen auf ein politisches Mandat verzichten müssen.

122 (244) Unsere Demokratie hat ein erhebliches Repräsentationsdefizit, wenn Millionen  
123 Jugendliche und Kinder ausgeblendet werden. Die Jugend ist politisch. Gleiches gilt für die  
124 vielen Menschen, die nicht wählen dürfen, obwohl sie hier leben und Teil unserer  
125 Gesellschaft sind. Entsprechend wollen wir Wahlhürden schrittweise abbauen, das Wahlalter  
126 deutlich absenken und weitere Beteiligungsmöglichkeiten auf allen Ebenen ausbauen.

127 (245) Parlamente sind zentrale Orte der politischen Debatte und das Rückgrat unserer  
128 vielfältigen Demokratie. Abgeordnete brauchen Unabhängigkeit und starke Kontrollrechte  
129 gegenüber der Regierung. Parlamentarismus braucht das Ringen um beste Lösungen zwischen  
130 Regierung und Opposition. Gleichzeitig trägt inhaltliche Zusammenarbeit abseits von starren  
131 Fraktionsgrenzen wie im Europaparlament und in anderen europäischen Parlamenten zum  
Finden

132 dieser Lösungen bei. Für das Vertrauen in demokratische Verfahren ist es zentral, die  
133 Nachvollziehbarkeit von Regeln, Prozessen und Ergebnissen gewährleisten zu können - zum  
134 Beispiel mit einem legislativen Fußabdruck.

135 (246) Ziel einer lebendigen Demokratie ist es, möglichst vielen Menschen die Möglichkeit zu  
136 geben, ihre konkrete Lebensrealität und ihre Zukunft aktiv mitzugestalten. Alle öffentlich  
137 tagenden politischen Gremien sollten über das Internet sicherstellen, dass die  
138 Sitzungsunterlagen rechtzeitig, vollständig und barrierefrei zur öffentlichen Einsicht  
139 bereitgestellt werden. Demokratie braucht Parteien. Sie sind ein wichtiger Ort, wo Menschen  
140 ihre politischen Haltungen, Interessen und Ziele organisieren und diese in die öffentliche  
141 und parlamentarische Auseinandersetzung tragen können. Parteien wirken bei der  
142 Meinungsbildung mit, bündeln Interessen und Werthaltungen und treten in einen  
demokratischen

143 Wettstreit zur Besetzung von Parlaments- und Staatsämtern.

144 (247) Parteien brauchen eine auskömmliche Finanzierung. Parteispenden von  
145 Unternehmen können immer auch der Versuch von Einflussnahme und Lobbyismus sein.  
Spenden an

146 Parteien sind mit einer jährlichen Obergrenze zu versehen, um die Unabhängigkeit von  
147 ökonomisch mächtigen Interessen zu garantieren. Für maximale Transparenz braucht es  
deutlich

148 niedrigere Grenzen für Veröffentlichungen. Zusätzlich zur erhöhten Transparenz bei  
149 Parteispenden braucht es für Parteiensponsoring noch strengere Regeln.

150 (248) Direkte Beteiligungsmöglichkeiten bereichern die repräsentative Demokratie. Mit  
151 Bürger\*innen-Räten soll die Möglichkeit geschaffen werden, bei ausgewählten Themen die  
152 Alltagsexpertise von Bürger\*innen noch direkter in die Gesetzgebung einfließen zu lassen.  
153 Zufällig ausgewählte Bürger\*innen beraten in einem festgelegten Zeitraum über eine konkrete

154 Fragestellung und erarbeiten Handlungsempfehlungen und Impulse für die öffentliche  
155 Auseinandersetzung und die parlamentarische Entscheidung. Es gilt sicherzustellen, dass die  
156 Teilnehmenden sich frei, gleich und fair eine Meinung bilden können und dass ihnen  
157 ausreichend Raum für eine intensive Auseinandersetzung mit der Fragestellung gegeben wird.  
158 Bürger\*innen-Räten kommt eine rein beratende Funktion für die öffentliche Debatte und  
159 Gesetzgebung zu. Regierung und Parlament müssen sich mit den Ergebnissen  
auseinandersetzen,  
160 ihnen aber nicht folgen. Bürger\*innen-Räte können auf Initiative der Regierung, des  
161 Parlaments oder als Bürgerbegehren zu einer konkreten Fragestellung eingesetzt werden. Das  
162 soll auch auf Bundesebene möglich sein.

### 163 **Föderale Europäische Republik**

164 (249) Die Herausforderungen unserer Zeit können wir nur gemeinsam meistern. Daher  
brauchen

165 wir eine gestärkte politische Europäische Union. Es gilt, die EU im Zuge weiterer  
166 Integrationsschritte gemeinsam mit den europäischen Bürger\*innen zu stärken und  
167 perspektivisch zur Föderalen Europäischen Republik mit einer europäischen Verfassung  
168 weiterzuentwickeln.

169 (250) Die Föderale Europäische Republik schafft einen Rahmen, in dem sich nicht einzelne  
170 mächtige Interessen oder Regierungen durchsetzen, sondern das Allgemeinwohl. In ihr werden  
171 gleiche Rechte für alle Bürgerinnen über die EU-Grundrechtecharta verbindlich garantiert,  
172 und zwar unabhängig davon, in welchem Land der Republik jemand lebt. An die Verwirklichung  
173 dieser Rechte wird das Prinzip der Subsidiarität gebunden, wonach Aufgaben und  
174 Zuständigkeiten auf der jeweils untersten Ebene – Kommune, Land, Bund, EU –, auf der Ziele  
175 und Maßnahmen ausreichend erreicht werden können, behandelt werden. So wird die  
Souveränität

176 der Bürgerinnen gestärkt. Mittel aus dem EU-Haushalt sollen auch verstärkt kommunalen und  
177 lokalen zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen direkt bereitgestellt werden.

178

179 (251) Der zentrale Ort für alle Entscheidungen der Europäischen Union ist das Parlament. Die  
180 Abgeordneten sollen nach europäischen Regeln auch über europäische Listen gewählt werden.  
Es

181 ist in einem Zweikammersystem zusammen mit dem Rat ein gleichberechtigter Teil der  
182 gesetzgebenden Gewalt. Das Prinzip der Mehrheitsentscheidungen soll auf alle Gebiete  
183 ausgeweitet werden, so dass die EU gemeinschaftlich handlungsfähig ist und einzelne Staaten  
184 eine gemeinsame Politik nicht blockieren können. Der Rat übernimmt durch deutlich mehr  
185 Transparenz seine Verantwortung als zweite Kammer gegenüber allen EU-Bürger\*innen. Das  
186 Europäische Parlament wird ermächtigt, selbst Gesetze auf den Weg zu bringen, alle  
187 Politikbereiche der Union und das Budget zu kontrollieren. Die EU-Kommission soll in der  
188 Föderalen Europäischen Republik Teil eines parlamentarischen Regierungssystems sein und von  
189 der Kommissionspräsident\*in vorgeschlagen und vom Parlament gewählt werden. Der Haushalt  
190 speist sich auch aus eigenen Mitteln und wird vom Europäischen Parlament beschlossen. Er  
191 verfügt über eigene Steuereinnahmen und ist groß genug, um makroökonomisch zu stabilisieren

192 und in schweren Krisen Zuschüsse in die nationalen Haushalte zu leisten.

### 193 **Bundesstaat**

194 (252) Demokratische Politik funktioniert von unten nach oben. Dörfer und Städte, in denen  
 195 wir leben, geben Halt in einer komplexen Welt, daher sind Kommunen zu stärken. Die Regionen  
 196 brauchen auf Ebene der Europäischen Union mehr Einfluss und Gewicht. Demokratische  
 197 Entscheidungen müssen so nah wie möglich an den Bürger\*innen getroffen werden und immer  
 198 dort, wo sie am besten zu verwirklichen sind – in den Gemeinden und Städten, auf  
 199 Landesebene, in den Nationalstaaten oder auf Ebene der EU.

200 (253) Kooperationen zwischen den Ländern und zwischen den Kommunen sollen gestärkt  
 werden.

201 Sinnvoll sind sie da, wo sie zu Effizienz- und ökologischen Gewinnen und gleichwertiger  
 202 Versorgung führen, etwa bei der nachhaltigen Stadt- und Dorfentwicklung, regionaler  
 203 Daseinsvorsorge, Klimaschutz und Bewältigung der Klimafolgen, bei Digitalisierung und  
 204 Mobilität.

205 (254) Städte und Gemeinden sind die Orte, an denen sich unser Zusammenleben abspielt, an  
 206 denen Demokratie anschaulich und lebendig wird. Kommunen brauchen daher eine  
 207 aufgabengerechte Finanzausstattung für gesetzliche Aufgaben und die sogenannten freiwilligen  
 208 Leistungen. „Wer bestellt, bezahlt“ – dieses Konnexitätsprinzip gilt. Wenn Kommunen Aufgaben  
 209 übertragen werden, brauchen sie dafür auch zusätzliche Mittel. Außerdem brauchen viele  
 210 Kommunen eine Altschuldenhilfe sowie ein Investitionsprogramm Daseinsvorsorge, um vor Ort  
 211 Gestaltungsspielräume zu erhalten.

## 212 **Freiheit und Sicherheit**

213 (255) Erst wenn sich Menschen sicher fühlen, leben sie frei, selbstbestimmt und in Würde.  
 214 Sicherheit muss für alle gleich garantiert sein, egal, wo jemand wohnt, was jemand glaubt,  
 215 wen jemand liebt, wie jemand aussieht oder woher jemand und die eigenen Vorfahren kommen.

216 Erst unsere Grundrechte und ihre Durchsetzung können allen Menschen Sicherheit geben. In  
 217 einer unfreien Gesellschaft ist niemand sicher. Freiheit und Sicherheit bedingen sich. Damit  
 218 das subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen mit der objektiven Sicherheitslage  
 219 übereinstimmt, braucht es Information, Teilhabe, Schutz vor Armut und unaufgeregte Debatten.

220 (256) Der Rechtsstaat ist der Garant für die Gewährleistung von Bürger\*innen- und  
 221 Menschenrechten sowie der vielfältigen Demokratie. Ein funktionierender Rechtsstaat  
 222 bedeutet: Alle Menschen sind gleich vor dem Gesetz und haben dieselben Rechte und Pflichten.  
 223 Der Rechtsstaat schützt die Rechte der oder des Einzelnen, auch und gerade gegenüber  
 224 staatlichen Eingriffen und sonstigem exekutivem Handeln. Damit dieser Rechtsstaat  
 225 funktioniert, braucht es eine unabhängige und gut ausgestattete Justiz, die in der Lage ist,  
 226 Recht zu sprechen, exekutive, behördliche oder legislative Maßnahmen effektiv zu prüfen und  
 227 gegebenenfalls wirksam zu korrigieren. Es braucht eine Anwaltschaft, die als Organ der  
 228 Rechtspflege respektiert, deren Vertrauensverhältnis zu ihren Mandanten gewahrt und deren  
 229 freie Berufsausübung gewährleistet wird. Vertrauen in den Rechtsstaat setzt wirksame  
 230 Rechtsdurchsetzung für alle voraus.

231

232 (257 neu) Der Staat ist dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verfassungsrechtlich  
 233 verpflichtet. Die Verpflichtung auf eine starke Nachhaltigkeit muss durch die unmittelbare  
 234 Bindung des Staates an die international vereinbarten Klimaschutz- und Biodiversitätsziele  
 235 und -verträge ergänzt werden. Da Verbrechen gegen die Umwelt nicht vor Ländergrenzen Halt

236 machen, ist es im globalen Interesse, dass die internationale Staatengemeinschaft eine  
237 Gerichtsbarkeit schafft, die diese Verbrechen unabhängig und grenzüberschreitend verfolgt.

238 (257) Gleichheit vor dem Recht verlangt auch, dass sich wirtschaftliche und  
239 gesellschaftliche Machtverhältnisse nicht im Rechtssystem fortsetzen. Der Rechtsstaat  
240 ermöglicht kollektiven Rechtsschutz, schützt Whistleblowing, Verbraucher\*innen,  
241 Produzent\*innen und kleinere Unternehmen effektiv gegen wirtschaftliche Übermacht.

242 (258) Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte haben mit dem Grundgesetz der  
243 Bundesrepublik Deutschland sowie der Europäischen Grundrechtecharta ein starkes Fundament.

244 Doch auch ein Fundament muss gepflegt und modernisiert werden. Der Schutz der Grundrechte  
245 soll weiter ausgebaut werden, auch im digitalen Raum. Auch im Netz muss das Recht effektiv  
246 durchgesetzt werden. Die Verfassung definiert unser Gemeinwesen als wehrhafte Demokratie.  
247 Demokratie ist unsere Stärke und ihr konsequenter Schutz ist handlungsleitend.

248 (259) Damit Rechtsstaatlichkeit in den europäischen Demokratien nicht noch weiter unter  
249 Druck gerät, muss der Anwendungsbereich der EU-Grundrechtecharta auf nationales Recht  
250 ausgeweitet werden. So erhalten alle EU-Bürger\*innen die gleichen einklagbaren Grundrechte.  
251 In Mitgliedstaaten, in denen die Unabhängigkeit der Justiz und die Freiheit der Medien nicht  
252 ausreichend gewährleistet sind, sollen entsprechende Mittel stattdessen gekürzt oder von der  
253 Europäischen Kommission direkt vergeben werden.

254 (260) Die öffentliche Sicherheit und den Schutz vor Gewalt zu gewährleisten, gehört zu den  
255 wichtigsten Aufgaben des Staates. Jede\*r hat das Recht auf ein Leben frei von Gewalt. Das  
256 Gewaltmonopol liegt beim Staat. Dies ernst zu nehmen bedeutet ein Ende des privaten Besitzes

257 von tödlichen Schusswaffen, mit Ausnahme von Jäger\*innen. Illegaler Waffenbesitz muss  
258 geahndet werden.

259 (261) Rassismus ist in unserer Gesellschaft eine unleugbare Realität und in allen Strukturen  
260 mehr oder minder präsent. Rassismus – und jede andere Form der gruppenbezogenen  
261 Menschenfeindlichkeit – führt dazu, dass viele Menschen in Deutschland nicht sicher sind.  
262 Damit bedroht er auch die Grundwerte der Demokratie. Dieser Menschenverachtung muss  
263 überall  
264 entgegengetreten werden, ob in Parlamenten, im Netz, auf der Straße oder im Alltag, auch mit  
265 den Mitteln des Strafrechts. Diskriminierende Strukturen müssen abgebaut werden, auch im  
266 Verhältnis zwischen dem Staat und den Bürger\*innen. Es bedarf einer nachhaltigen Bildungs-  
267 und Präventionsarbeit, welche die Ursachen von Menschen- und Demokratiefeindlichkeit  
268 erforscht und beseitigen hilft. Diskriminierung verletzt, und zwar unabhängig davon, ob sie  
269 beabsichtigt ist oder nicht. Antirassismus benötigt die Perspektive und Expertise von  
270 Menschen mit Rassismuserfahrung.

270 (262) Rechtsextremismus ist die größte Gefahr für die liberale Demokratie und die Sicherheit  
271 in Deutschland. Dem muss mit einer antirassistischen und antifaschistischen Haltung klar  
272 entgegen getreten werden. Rassismus, der von rechtsextremistischen Netzwerken und  
273 Verfassungsfeinden in den und außerhalb der Parlamente geschürt wird, ist der geistige  
274 Nährboden für terroristische Anschläge. Die Bekämpfung rechtsextremistischer Strukturen –  
275 auch innerhalb der Sicherheitsbehörden - muss Priorität für alle Sicherheitsorgane haben.

276 (263neu) Die Mordserie des rechtsterroristischen NSU ist nicht aufgeklärt, die Verletzungen  
277 der Angehörigen sind nicht verheilt. Es braucht daher eine unabhängige, zentrale Sicherung  
278 und Aufarbeitung aller vorhandenen Unterlagen rassistischer, antisemitischer und  
279 terroristischer Taten – von RAF, über NSU, Oktoberfestattentat und dem Anschlag vom Berliner  
280 Breitscheidplatz. Hierdurch können Kontinuitäten und Netzwerkstrukturen sichtbar gemacht und

281 der Zusammenhalt in unserer vielfältigen Gesellschaft gestärkt werden.

282 (263) Islamismus und jede andere Form von religiösem Extremismus stellen sich gegen  
283 Demokratie, Menschenrechte und Freiheit. Der Staat muss in der Lage sein, jede Form von  
284 Terror und Fundamentalismus abzuwehren. Dazu gehören neben sicherheitspolitischen  
Maßnahmen

285 auch Prävention und Deradikalisierungsprogramme in aktiver Zusammenarbeit mit Schulen,  
286 Jugendeinrichtungen und Religionsgemeinschaften.

287 (264) Der Schutz unserer Verfassung und der Grund- und Menschenrechte ist unser aller  
288 Auftrag. Angriffe auf diese Grundwerte sind Angriffe auf unsere Verfassung und unsere  
289 Demokratie. Diese zu schützen ist gemeinsame Aufgabe von Staat und Zivilgesellschaft. Dabei  
290 braucht es klar definierte und abgegrenzte Kompetenzen. Um die Demokratie effektiv schützen  
291 zu können, braucht es einen institutionellen Neuanfang der Verfassungsschutzbehörden:  
292 einerseits nachrichtendienstliche Mittel, soweit sie zur Gefahrenerkennung und  
293 Spionageabwehr unerlässlich sind; hiervon getrennt die Beobachtung von demokratie- und  
294 menschenfeindlichen Bestrebungen mit wissenschaftlichen Methoden und ausschließlich  
anhand

295 von öffentlichen Quellen. Es braucht eine starke Kontrolle von Sicherheitsbehörden und  
296 Geheimdiensten durch Parlamente, Gerichte und unabhängige Aufsichtsbehörden.

297 (265) Sichere öffentliche Räume ermöglichen Freiheit und Begegnung und sind damit Grundlage

298 für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Polizei schützt die Sicherheit und die  
299 Grundrechte der Menschen. Wie jede öffentliche Institution ist sie dafür auf das Vertrauen  
300 von allen Teilen der Gesellschaft angewiesen. Sie braucht eine diskriminierungssensible Aus-  
301 und Weiterbildung, eine gute Ausstattung und ausreichend Personal – in der Stadt und auf dem  
302 Land – sowie unabhängige Polizeibeauftragte. Als sichtbarer Arm des staatlichen  
303 Gewaltmonopols ist die Polizei in besonderem Maße den Prinzipien von Rechtsstaatlichkeit und  
304 Demokratie verpflichtet. Bei Fehlverhalten müssen Fehler, strafbares Verhalten und  
305 strukturelle Mängel ohne falsche Rücksichten aufgeklärt und geahndet werden. Polizeiliches  
306 Handeln ist kein Ersatz für gesellschaftliche Problemlösungen.

307 (266) Es braucht eine faktenbasierte Kriminal- und Sicherheitspolitik, die über Polizei und  
308 Justiz hinausgeht, die Wert auf Prävention und Hilfsangebote legt, die soziale Infrastruktur  
309 sowie Stadt- und Raumplanung einbezieht und gegenseitige Rücksichtnahme fördert. Der  
310 notwendige Umbau der Sicherheitsarchitektur gewährleistet bessere Koordination und klare  
311 Verantwortlichkeiten. Staatliche Eingriffsmaßnahmen müssen zielgerichtet und verhältnismäßig  
312 sein. Privacy by design, Transparenz und effektiver Rechtsschutz sichern die Rechte der  
313 Bürger\*innen. Anlasslose Massendatenspeicherungen wie auch unzulässige Eingriffe in die  
314 Vertraulichkeit und Integrität von IT-Systemen untergraben umfassend Grundrechte und sind  
315 der falsche politische Weg.

316 (267) Durch den grenzüberschreitenden Ausbau der Zusammenarbeit von Polizei und Justiz  
durch  
317 gemeinsame europäische Polizeiteams, ein Europäisches Kriminalamt, die justizielle  
318 Zusammenarbeit durch Eurojust und die europäische Staatsanwaltschaft wird in der  
319 Sicherheitspolitik zunehmend europäisch koordiniert und kooperiert. Auch bei der Bekämpfung  
320 von Korruption kann durch europäische Zusammenarbeit viel erreicht werden. Bei der Reform  
321 der föderalen Zusammenarbeit von Sicherheitsbehörden werden einheitliche Standards  
322 geschaffen, so dass verstärkt gemeinsam ermittelt werden kann. Wegen der zunehmenden  
323 Vernetzung von europäischen Datenbanken sind hohe Datenschutzstandards und eine  
Verbesserung  
324 des grenzüberschreitenden Rechtsschutzes unabdingbar. Die gemeinsame Zusammenarbeit  
braucht  
325 eine unabhängige Justiz und faire Gerichtsverfahren in allen EU-Mitgliedsstaaten.

326 (268) Strafrecht als schärfster Eingriff des Staates in die Freiheitsrechte darf nur  
327 äußerstes Mittel sein, denn es ist nicht das Allheilmittel zur Lösung gesellschaftlicher  
328 Probleme aller Art. Damit die Justiz gut funktionieren kann, muss sie in der Lage sein, sich  
329 auf das Wesentliche zu konzentrieren. Deswegen ist das Strafrecht zu entrümpeln, indem  
330 Bagatelldelikte wie Schwarzfahren entkriminalisiert werden.

331 (NEU) Strafen wirken vor allem dann präventiv, wenn sie zügig vollzogen werden. Die Justiz  
332 ist entsprechend auszustatten. Asylrechtliche Maßnahmen sind keine Alternative zu  
333 strafrechtlicher Verurteilungen und deren Vollzug.

334 (NEU) Ein humaner Strafvollzug ist Prüfstein für ein demokratisches Gemeinwesen, das  
335 Freiheit und Würde seiner Bürger\*innen achtet. Eine gelungene Resozialisierung von Tätern  
336 ist der beste Schutz für potentielle Opfer. Das muss ein Leitbild für weitere Reformen des  
337 Strafvollzugs sein. In ihrer heutigen Form verursachen Gefängnisstrafen oft mehr Probleme  
338 als sie Vorteile haben. Insassen werden der Gesellschaft entfremdet und nicht selten tiefer  
339 in die Kriminalität gedrängt. Daher sollen Vollzug und Sanktionensystem aufgrund  
340 wissenschaftlicher Erkenntnisse weiterentwickelt werden. Nach dem Strafvollzug müssen Länder  
341 und Kommunen die Entlassenen bei der Wiedereingliederung in die Gesellschaft umfassend  
durch  
342 Hilfe bei Wohnen, Arbeit und Gesundheit unterstützen.

343 (269) Eine wehrhafte Demokratie muss sich auch online schützen. Demokratische  
344 Willensbildungsprozesse dürfen nicht durch intransparente Social-Media-Kampagnen, den  
345 Einsatz von Troll-Armeen und automatisierte Computerprogramme (Bots) sowie weitreichende  
IT-  
346 Angriffe von Regierungen, Geheimdiensten oder ihnen nahestehenden Gruppierungen  
manipuliert  
347 werden. Hierfür braucht es Digitalkompetenz in den zuständigen Behörden, gesetzliche  
348 Transparenzverpflichtungen, klare internationale Übereinkünfte und eine rechtsstaatliche  
349 Verfolgung über Ländergrenzen hinweg.

350 (270) Hass im Netz trifft gerade Frauen und diskriminierte Gruppen besonders stark. Die  
351 effektive und verhältnismäßige Rechtsdurchsetzung muss auch bei Straftaten, die mittels  
352 digitaler Technologie verübt werden, gewährleistet sein, dazu braucht es allen voran mehr

353 Fachexpertise und -personal. Dies muss einhergehen mit Prävention, dem umfassenden Schutz  
354 und der Beratung Betroffener.

355 (271) Jede dritte Frau wird einmal in ihrem Leben Opfer von körperlicher oder sexualisierter  
356 Gewalt. Auch LSBTIQ\* sind oft Hass und Gewalt ausgesetzt. Bildung, Aufklärung, ein  
357 Rechtsanspruch auf Schutz und eine verlässliche Infrastruktur aus Beratungs- und  
358 Schutzeinrichtungen können Gewalt gegen Frauen und Mädchen verhindern. Dazu gehört auch  
359 Prävention und eine Täterarbeit, die überkommene Männlichkeitsbilder kritisch hinterfragt.  
360 Männer, insbesondere Jungen, die von (sexualisierter) Gewalt betroffen sind, brauchen eigene  
361 Hilfs-, Beratungs- und Schutzangebote.

362 (272) Der Rechtsstaat zeigt sich in einer bürgerorientierten, leistungsstarken und für alle  
363 zugänglichen öffentlichen Verwaltung und der Möglichkeit zu einem effektiven Rechtsweg gegen

364 ihre Entscheidungen. Für verlässliche, transparente Behörden braucht es regelmäßige Fort-  
365 und Weiterbildungen und eine angemessene finanzielle, personelle und strukturelle  
366 Ausstattung. Ein notwendiger Baustein besteht darin, dass sich die Verwaltung umfassend  
367 qualifiziert, digitalisiert und automatisiert und ressortübergreifend arbeitet. Öffentliche  
368 Verwaltung muss auf Augenhöhe mit finanziell mächtigen Interessen in Konzernen und Banken  
369 agieren.

370 (273) Staatliche Institutionen müssen für die Vielfalt der Gesellschaft stehen.  
371 Institutionelle Diskriminierung, insbesondere Rassismus, ist trotz formaler rechtlicher  
372 Gleichheit für viele Bürger\*innen Realität. Es bleibt eine wichtige Aufgabe, durch Vielfalt  
373 und Repräsentanz sowie mit Sensibilisierungsprogrammen und Monitoring dafür zu sorgen, dass

374 staatliche Strukturen alle Bürger\*innen schützen und gleich behandeln. Dabei bedarf es der  
375 Expertise von und der Unterstützung durch rassismuskritische und postmigrantische  
376 Organisationen.

## **Kapitel 3: Fortschritt gestalten**



45. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
20. - 22. November 2020, Karlsruhe - DIGITAL

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 22.11.2020  
Tagesordnungspunkt: GSP-F Fortschritt gestalten

### Antragstext

#### 1 **Kapitel 3: Fortschritt gestalten**

#### 2 **Wissenschaft und Forschung**

3 (138) Im Zentrum allen Fortschritts steht der Mensch in seiner Würde und Freiheit. Der  
4 wissenschaftliche, technologische und gesellschaftliche Wandel muss so gestaltet werden,  
5 dass er Mensch und Umwelt nützt.

6

#### 7 **Wissenschaft und Forschung**

8 (139) Freie Wissenschaft und freie Forschung schaffen Zukunft, indem sie einen  
9 unverzichtbaren Beitrag zur vernunftgeleiteten Verständigung der Menschheit über  
gemeinsame  
10 Herausforderungen leisten. Vielfalt an Wissen und Zugängen ermöglicht zukunftstaugliche  
11 Lösungen bei Krisen. Frei denken und experimentieren, auch ohne unmittelbaren  
12 Verwertungszweck, ist Basis für neue Ideen und Kreativität. Forschungs- und Erfindungsgeist  
13 helfen, Transformationen zu gestalten. Sie können nur in Freiheit gedeihen und genießen zu  
14 Recht besonderen Schutz, nicht zuletzt vor staatlichen Eingriffen. Forschung ist offen für  
15 die Beteiligung der Gesellschaft im Sinne einer Bürger\*innen-Wissenschaft (Citizen Science).

16 (140) Forschungsergebnisse auf der Basis von freiem Denken und Experimentieren sind  
zunächst

17 Möglichkeiten – mit Vor- und Nachteilen. Sie bieten gesellschaftliche Chancen, tragen aber  
18 auch das Risiko, missbraucht zu werden. Demokratische Politik schützt die Unabhängigkeit und  
19 Freiheit von Wissenschaft und Forschung. Das beinhaltet die Freiheit, an bestimmten  
20 Entwicklungen nicht weiterzuarbeiten, wenn sie gegen ethische Grundprinzipien verstoßen.  
21 Politik gestaltet nach dem Vorsorgeprinzip und am Gemeinwohl orientiert Leitplanken für die  
22 Nutzung und Anwendung. Die zivile Ausrichtung von Wissenschaft ist zentral.

23 (141) Mithilfe der Wissenschaft kann unsere Gesellschaft die vor uns liegenden  
24 Herausforderungen in Angriff nehmen, wie etwa die Wasserknappheit oder die Klimakrise.  
25 Wissenschaftlich-technologischer Fortschritt hat menschliches Leben fundamental verbessert.  
26 Er hat aber auch zu vielen globalen Krisen beigetragen und ist zugleich ein Weg, sie zu  
27 lösen.

28 (142) Um qualifiziert abwägen und entscheiden zu können, braucht es Forschung. Forschung an  
29 Technologien braucht auch die Forschung zu ihren Risiken und Auswirkungen. Ethische Fragen  
30 müssen in der Wissenschaft und mit der Gesellschaft diskutiert und demokratisch verhandelt  
31 werden. Gute Politik orientiert sich an nachprüfbareren Fakten und wissenschaftlichen  
32 Erkenntnissen. Wissenschaft kann Politik jedoch nicht ersetzen.



- 33 (143) Gerade die freie, auf Neugier und Erkenntnis gerichtete Grundlagenforschung ist neben  
34 der Anwendungsforschung zur Bewältigung großer gesellschaftlicher Herausforderungen  
35 ausreichend abzusichern. Wir brauchen eine Vielzahl von Alternativen und können angesichts  
36 der vielfältigen Krisen in der Welt keine Möglichkeit, sie zu bewältigen, von vornherein  
37 ausschließen. Entsprechend brauchen wir mehr und strukturell gut ausfinanzierte  
38 Grundlagenforschung innerhalb eines starken, weltoffenen und global vernetzten europäischen  
39 Forschungs- und Hochschulraums, der Freiheit und Unabhängigkeit sichert.
- 40 (144) Grundlage für das gesellschaftliche Vertrauen in Wissenschaft sind hohe Standards  
41 wissenschaftlicher Arbeit sowie ein Grundwissen über wissenschaftliche Herangehensweisen.  
42 Die Etablierung methodischer Standards und Überprüfung wissenschaftlicher Ergebnisse obliegt  
43 der Gemeinschaft der Wissenschaftler\*innen. Forschung muss sich immer auch kritisch  
44 reflektieren, in allen Disziplinen Machtverhältnisse hinterfragen und vielfältig in der Wahl  
45 von Methoden, Theorien und Arbeitsweisen sein. Darüber hinaus sind der freie  
46 Informationsaustausch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft, die Überprüfbarkeit von  
47 Interessenskonflikten sowie der öffentliche Zugang zu Forschungsergebnissen und  
48 Datengrundlagen Grundprinzipien einer demokratischen Wissenschaft. Öffentliche Regulierung,  
49 beispielsweise der Zulassung neuartiger Technologien oder Präparate, legitimiert sich durch  
50 demokratische Prozesse.
- 51 (145) Eine freie, auskömmlich öffentlich finanzierte Wissenschaft muss auch der Gesellschaft  
52 mit Offenheit gegenüberstehen. Deswegen braucht es Transparenz darüber, wie Forschung  
53 finanziert wird, welche Projekte und Themen beforscht werden. Forschungsförderung zielt auf  
54 Erkenntnisgewinn. Öffentlich finanzierte Forschungsergebnisse müssen der Gesellschaft im  
55 Sinne der Open Science zugänglich gemacht werden.
- 56 (146) Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind als unabhängige öffentliche Einrichtungen  
57 auch für das Entstehen sozialer und technologischer Innovationen unabdingbar. Das  
58 funktioniert nur mit einer auskömmlichen Grundfinanzierung der Wissenschaft, die eine  
59 Unabhängigkeit von Drittmittelfinanzierung und somit freie Bildung und Forschung aus  
60 Neugierde ermöglicht. Die Verzahnung von Lehre, Wissenschaft und Gesellschaft sichert ihren  
61 Bildungsauftrag, der sich am Gemeinwohl orientiert.
- 62 (147) Hochschulen waren und sind ein Ort der kritischen Selbstreflexion unserer  
63 Gesellschaft. Wissenschaft analysiert gesellschaftliche Veränderungen, erkennt frühzeitig  
64 politische Umbrüche und diskutiert sie. In einer komplexer werdenden Welt gewinnen Geistes-  
65 und Sozialwissenschaften sowie ihre interdisziplinäre Verzahnung mit den Ingenieurs- und  
66 Naturwissenschaften an Bedeutung, ebenso plurale Ansätze innerhalb der Disziplinen.
- 67 (148) Wissenschaftler\*innen und Studierende brauchen zeitliche und inhaltliche Freiräume, um  
68 aus dem Studium mehr mitzunehmen als nur berufsbezogenes Wissen. Bildung dient zuallererst  
69 der menschlichen Entfaltung. Das Studium soll frei, partizipativ und grundsätzlich für alle  
70 gebührenfrei sein. Studieren muss unabhängig von Alter, Geschlecht, Behinderung,  
71 Lebenslagen  
72 sowie unabhängig von sozialer und geographischer Herkunft möglich sein. Das Studium muss  
72 diskriminierungsfrei, familien- und gendergerecht sein. Nachhaltig finanzierte  
73 Studierendenwerke sichern ein hürdenfreies Studium. Forschung braucht Vielfalt an Talenten.

74

75 (148-2) Personengruppen und Perspektiven, die bislang im Wissenschaftssystem  
 76 unterrepräsentiert sind, sollen gezielt eingebunden und gefördert werden. Eine demokratische  
 77 Hochschulkultur braucht eine starke Selbstverwaltung und die gleichberechtigte Teilhabe und  
 78 Mitbestimmung aller Statusgruppen. Dafür bedarf es verfasster Studierendenschaften und einer  
 79 ausgeglichenen Besetzung aller Hochschulgremien. Sozial verträgliche Arbeitsbedingungen und  
 80 verlässliche Beschäftigung sind die Grundlage, damit (Nachwuchs-)Wissenschaftler\*innen frei  
 81 und ohne Selbstausbeutung forschen und lehren können.

82

83 (149 neu) Die Menschheit gewinnt durch Raumfahrt Erkenntnisse über die fundamentalen  
 Fragen  
 84 des Universums und unseren Planeten, mehr Verständnis für globale Probleme sowie  
 85 technologische Innovationen. Daher soll Europa den Zukunftssektor Raumfahrt stärken,  
 86 internationale Wissenschaftskooperationen vorantreiben, seinen unabhängigen Zugang zum All  
 87 erhalten und am Astronaut\*innen-Programm festhalten. Der Weltraum darf ausschließlich  
 88 friedlich und zum gemeinsamen Wohle der Menschheit erkundet und genutzt werden. Dazu  
 bedarf  
 89 es eines neuen internationalen Rechtsrahmens, der auch private Akteure klarer regulieren  
 90 muss.

## 91 **Bioethik**

92 (149) Im medizinischen Bereich stellen sich ethische Fragen nach den Grenzen des Handelns  
 93 ganz besonders. Vor allem dort, wo durch Veränderungen des Erbguts auch das Leben künftiger  
 94 Generationen betroffen ist. Eingriffe in die menschliche Keimbahn müssen ausgeschlossen und  
 95 der strenge Embryonenschutz, der bereits eine Selektion von Embryonen ausschließt, muss  
 96 beibehalten werden.

97 (150) In der Medizin braucht es eine vorausschauende Ethik mit klaren Kriterien:  
 98 Menschenwürde, Freiheit und Selbstbestimmung sowie Verantwortung gegenüber den  
 nachfolgenden  
 99 Generationen. Vorausschauend können zum Beispiel Moratorien sein, um ethische Grenzfragen  
 100 genauer beurteilen sowie Risiken, Gefahren und Auswirkungen auf künftige Generationen  
 101 exakter abschätzen zu können oder Forschungen auch gar nicht durchzuführen. Das Klonen von  
 102 Menschen ist auszuschließen. Tierversuche müssen konsequent reduziert und überflüssig  
 103 gemacht werden.

104 (151) Menschen sollen selbstbestimmt Entscheidungen über ihren Körper und ihr Leben treffen  
 105 können. Voraussetzung dafür ist eine umfassende Information, damit Vor- und Nachteile  
 106 abgewogen werden können.

107 (152) Reproduktionsmedizin kann die Möglichkeiten zur selbstbestimmten Elternschaft,  
 108 insbesondere für kinderlose, für queere, inter und trans Personen mit Kinderwunsch,  
 109 erweitern. Neue Möglichkeiten erfordern Abwägungen, welche Methoden medizinisch und  
 ethisch  
 110 vertretbar sind. Die Reproduktionsmedizin hat Grenzen, wo sie die Gesundheit der Betroffenen  
 111 oder Dritter schädigt. Der Zugang muss diskriminierungsfrei sein. Frauen, aber auch inter  
 112 und trans Personen, müssen frei von patriarchaler Bevormundung und ökonomischem Druck  
 113 entscheiden können, ob und welche Möglichkeiten sie in Anspruch nehmen. Alle Kinder

114 benötigen einen klaren Rechtsstatus. Das Persönlichkeitsrecht auf Wissen der eigenen  
115 Abstammung muss für alle Kinder gewahrt werden.

116 (153)

117 In Medizin und biotechnologischen Anwendungen konnten durch die Gentechnik wichtige  
118 Fortschritte erzielt werden, während im Agrarbereich ihre Anwendung zu neuen Problemen  
119 geführt hat. Wie bei jeder Technologie muss der politische Kompass zum Umgang mit alten wie  
120 neuen gentechnischen Verfahren sein, einerseits die Freiheit der Forschung zu gewährleisten  
121 und andererseits bei der Anwendung Gefahren für Mensch und Umwelt auszuschließen. Nicht  
122 die

123 Technologie, sondern ihre Chancen, Risiken und Folgen stehen im Zentrum. Es gilt daher, an  
124 einem strengen Zulassungsverfahren und am europäisch verankerten Vorsorgeprinzip  
125 festzuhalten. Dazu bleiben Risikoprüfungen auf umfassender wissenschaftlicher Basis und eine  
126 Regulierung nötig, die unkontrollierbare Verbreitung ausschließen und über eine verbindliche  
127 Kennzeichnung die gentechnikfreie Produktion und die Wahlfreiheit der Verbraucher\*innen  
128 schützen. Entsprechend braucht es eine Stärkung der Risiko- und Nachweisforschung. Gerade  
129 im

130 Agrarbereich soll die Forschung zu alternativen Ansätzen, die auf traditionelle und  
131 ökologische Züchtungsverfahren setzen, gestärkt werden.

### 130 **Digitalisierung**

131 (154) Die transformative Kraft der Digitalisierung ist ein großes gesellschaftliches  
132 Versprechen. Sie ermöglicht Schlüsseltechnologien, die Wissenschaft voranbringen, Ressourcen  
133 einsparen, das Gesundheitssystem unterstützen und den Verkehr effizienter lenken. Politik  
134 hat die Aufgabe, die digitale Zukunft durch wertegeleitete Regulierung, Anreize und gezielte  
135 Förderung so zu gestalten, dass sie unseren gesellschaftlichen Werten und Rechten  
136 entspricht. Ziel dabei ist es, Grundrechte zu verteidigen, die sozial-ökologische  
137 Transformation voranzutreiben, den sozialen Zusammenhalt und die demokratische, kulturelle,  
138 materielle und barrierefreie Teilhabe möglichst aller Menschen zu gewährleisten,  
139 insbesondere im Sinne nachfolgender Generationen. Digitalisierung ist konsequent an  
140 Nachhaltigkeit auszurichten und so zu gestalten, dass sie Freiheit und Selbstbestimmung  
141 stärkt statt sie einzugrenzen. Voraussetzung dafür ist, die offene und demokratische  
142 Diskussionskultur auch online zu wahren, eine zunehmende Militarisierung ziviler  
143 Infrastrukturen zu verhindern und einem nur von wirtschaftlichen Interessen dominierten  
144 Internet entgegenzutreten. Eine selbstbestimmte digitale Zukunft ist nur möglich durch den  
145 Aufbau notwendiger Expertise und deren Sicherung in einer engen europäischen und  
146 internationalen Kooperation von Wissenschaft, Wirtschaft, öffentlichen Stellen und  
147 Zivilgesellschaft.

148

149 (155) Ein Mensch ohne Privatsphäre ist niemals frei. Transparenz, Nachvollziehbarkeit und  
150 Nichtdiskriminierung bei der Verarbeitung von Daten sind sicherzustellen, sowohl beim Staat  
151 als auch privaten Akteuren. Daten- und Menschenrechtsschutz, die informationelle  
152 Selbstbestimmung, die informationstechnische Integrität und Sicherheit gilt es, entschlossen  
153 zu verteidigen und auszubauen. Die Verantwortung dafür darf nicht allein auf das Individuum  
154 abgeschoben werden. Entsprechend sind kollektive Schutz- und Abwehrrechte sowie die digitale

155 Souveränität zu stärken. Digitale Angebote anonym nutzen zu können, erfüllt eine wichtige

156 Schutzfunktion und ist zugleich Ausdruck digitaler Freiheit und Selbstbestimmung,  
157 insbesondere für vulnerable Gruppen.

158

159 (156) Offenheit muss ein Leitprinzip für den digitalen Wandel sein. Die Verfügbarkeit von  
160 Daten ist durch europäische, datenschutzkonforme, dezentrale und kooperative  
Datenökosysteme  
161 zu ermöglichen und zu fördern. Sie sind beispielsweise Grundlage für intelligente Medizin,  
162 vernetzte Mobilität und eine diverse Digitalwirtschaft. Übermäßige Datenmacht und sich  
163 selbst verstärkende Datenmonopole sind zu verhindern und aufzubrechen. Offene Daten, offene

164 Software, offene Standards und offene Schnittstellen müssen politisch gefördert werden und  
165 Standard sein, wenn öffentliche Gelder aufgewendet werden.

166

167 (157) Jeder Mensch hat ein Recht, sich frei zu informieren und zu kommunizieren, sowie auf  
168 einen offenen und schnellen Zugang zum Internet. Statt digitaler Schranken entlang  
169 nationaler Grenzen, muss der online-gestützte grenzüberschreitende Austausch gewährleistet  
170 werden. Die digitale Transformation kann allen Individuen mehr Macht verleihen. Große Teile  
171 gesellschaftlicher Willensbildung und der dafür notwendigen Debatten spielen sich inzwischen  
172 digital ab, einhergehend mit weitaus größeren Beteiligungsmöglichkeiten. Diese Potentiale  
173 müssen besser für demokratische Prozesse nutzbar gemacht und vor Manipulationen und  
174 Desinformation geschützt werden. Aufgrund niedrighwelliger Eingriffsmöglichkeiten für  
175 Unternehmen und staatliche Stellen, benötigen digitale Räume einen besonderen Schutz.

176 (158) Übermäßige Datenmacht und Datenmonopole gilt es zu verhindern und aufzubrechen.  
177 Unternehmen und Behörden, die über viele Daten verfügen, müssen ihre Daten außerhalb von  
178 B2B- oder Industriepattformen der Allgemeinheit anonymisiert zur Verfügung stellen. Open  
179 Source, Open Data und höchste Daten- und Verbraucher\*innen-Schutz-Standards sind die  
180 europäische Antwort, um einer unkontrollierten Datenmacht von Staaten wie von Unternehmen  
181 entgegenzuwirken.

182 (159) Datenverarbeitende und selbstlernende Systeme haben das Potential, neues Wissen zu  
183 generieren und so nachhaltigeres Handeln zu ermöglichen. Sie greifen aber auch teils direkt  
184 in die Lebenswelt der Menschen ein und treffen eigene Entscheidungen. Deshalb braucht es für  
185 diese Systeme klare, abgestufte Regeln zur Nachvollziehbarkeit, zum Datenschutz und zur  
186 Datenqualität um Kontrolle und Haftung zu ermöglichen.

187 (160) Ethisch-normative Prinzipien dürfen nur von Menschen aufgestellt werden.  
188 Automatisierte Entscheidungen müssen von natürlichen oder juristischen Personen  
verantwortet

189 werden. Entscheidungen über Leben und Tod dürfen nur von Menschen getroffen werden, nicht  
190 von Maschinen und Algorithmen. Algorithmen können dabei helfen, Entscheidungen ohne  
191 Vorurteile zu treffen. Es braucht gesetzliche Regelungen und Rahmenbedingungen, damit sie  
192 bestehende Vorurteile nicht verstärken sondern aktiv zu deren Abbau beitragen.

193

194 (160a) Digitalisierung verändert die Prozesse in den Unternehmen. Das hat Auswirkungen auf  
195 die Arbeit im Betrieb, auf Tätigkeitsinhalte, Qualifikationsanforderungen und  
196 Arbeitsorganisation der Beschäftigten. Es gilt die Potenziale für gute Arbeit zu nutzen,

197 indem die Mitbestimmung gestärkt wird. Ziel ist, die Digitalisierung sozial zu gestalten,  
198 damit die Wirtschaft und auch die Beschäftigten davon profitieren.

199 (161) Frauen sollen die digitale Welt gleichberechtigt mitgestalten.. Diversität ist  
200 entscheidend für Innovation und Fairness. Es gilt, geschlechtsspezifische Stereotype sowie  
201 von männlichen Erwerbsmodellen dominierte Machtstrukturen und Arbeitsformen in den  
202 Digitalunternehmen aufzubrechen, damit Frauen sich deutlich stärker in der Digitalwirtschaft  
203 etablieren und Vorbilder sein können. Dabei spielt auch das Bildungssystem eine  
204 entscheidende Rolle.

205 (162) Kinder, Heranwachsende, benachteiligte und verletzbare Menschen benötigen in der  
206 digitalen Welt speziellen Schutz. Ihre selbstbestimmte Teilhabe an der digitalen Welt ist zu  
207 fördern und ihr Zugang zu elementaren digitalen Gütern und Dienstleistungen zu  
208 gewährleisten.

209 (163) In einer global verflochtenen Welt ermöglichen technologische Offenheit und  
210 Kooperation Fortschritt für das Gemeinwohl. Damit sich Europas Bürger\*innen in dieser Welt  
211 mündig, aufgeklärt und damit selbstbestimmt bewegen können, braucht es eine größere  
212 technologische Souveränität der Europäischen Union, basierend auf hohen Standards der  
213 Sicherheit, der Resilienz und des Datenschutzes. Dies ist der Gegenentwurf sowohl zum  
214 ungezähmten Datenkapitalismus als auch zu autoritär gelenkter staatlicher Überwachung.  
215 . In einer Wertesystemkonkurrenz zwischen einem regulierten kapitalistischen und einem  
216 autoritär gelenkten Fortschritt geht es um eine größere technologische Souveränität Europas,  
217 damit sich Europas Bürger\*innen auch in einer technisierten Welt mündig, aufgeklärt und  
218 damit selbstbestimmt bewegen können. Das gilt insbesondere für die kritische Infrastruktur.  
219 Zentrale Technologien soll Europa mit seinen Werten mitgestalten. Es braucht daher eine  
220 starke europäische Vernetzung von Spitzenforscher\*innen, damit Europa nicht von wesentlichen

221 Zukunftstechnologien abgehängt wird. Digitales Aufrüsten und die Militarisierung ziviler  
222 Infrastrukturen muss durch ein entschlossenes internationales Vorgehen verhindert werden.

223 (164) Der Innovationsstandort Europa soll im globalen Kontext gestärkt und ausreichend  
224 finanziert werden. Das umfasst die stärkere Förderung offener Hard- und Software sowie  
225 offener Standards. Dem Gedanken der Demokratie widersprechen Akkumulationen von Märkten,  
226 aus denen weltweit agierende Konzerne hervorgehen, die mächtiger sind als Staaten.

## **Grundwerte: Die Werte, die uns einen**



45. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
20. - 22. November 2020, Karlsruhe - DIGITAL

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 22.11.2020  
Tagesordnungspunkt: GSP-G Werte, die uns einen

### **Antragstext**

#### **1 Grundwerte: Die Werte, die uns einen**

2 (1) Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch in seiner Würde und Freiheit. Jeder  
3 Mensch ist einzigartig und frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Die universellen  
4 und unteilbaren Menschenrechte sind Anspruch und Maßstab unserer Politik.

5 (2) Die Werte, die unsere Politik tragen, sind Ökologie, Gerechtigkeit, Selbstbestimmung,  
6 Demokratie und Frieden. Dieses Fundament bildet für uns die Grundlage für eine solidarische  
7 Gesellschaft, in der sich die Freiheit der und des Einzelnen auch in der Achtung der Anderen  
8 als Gleiche sowie in ihrer Würde und Freiheit entfaltet.

9 (3) Diese Werte, die auf dem Prinzip der Menschenwürde beruhen, ergänzen sich nicht nur, sie  
10 stehen mitunter auch im Widerstreit. Werteorientierte Politik braucht Beteiligung, also  
11 Gespräch und Streit, Gestaltung und Erneuerung. Nur ein geschlossenes Weltbild kennt keine  
12 Widersprüche. Wissenschaftliche Erkenntnisse geben uns Orientierung und sind Richtschnur  
13 guter Politik. Eine demokratische Gesellschaft realisiert sich weder in Werte- oder  
14 Regellosigkeit noch in starren Dogmen, sondern indem das Verhältnis von Werten und  
15 Perspektiven zueinander immer wieder konkret ausverhandelt wird. Das ist grundlegende  
16 Voraussetzung für die Legitimität von Politik.

17 (4) Politik gestaltet die Wirklichkeit im Heute für das Morgen und im Bewusstsein für das  
18 Gestern. Ohne Woher kein Wohin. Wir blicken nach vorne im Wissen sowohl um die geglückten  
19 Erfahrungen als auch um die Schuld und das Grauen in unserer Geschichte. Als Europäer\*innen  
20 handeln wir im Bewusstsein einer Verantwortung für globale Gerechtigkeit auf Grundlage der  
21 Bürger\*innen- und Menschenrechte, wie sie sich in der Allgemeinen Erklärung der  
22 Menschenrechte sowie im Grundgesetz und der EU-Grundrechtecharta manifestieren. Die  
23 Lehren aus den Menschheitsverbrechen des Nationalsozialismus sind uns Verpflichtung.

24 (5) Unsere Politik richtet sich an alle Menschen. Wir verstehen uns als Bündnispartei, die  
25 auf der Grundlage gemeinsamer Überzeugungen offen ist für unterschiedliche Erfahrungen,  
26 Vorstellungen und Ansätze. Sie orientiert sich nicht an der Summe einzelner Interessen oder  
27 einzelner Gruppen, sondern verbindet verschiedene Interessen zu einer gemeinsamen Vision für  
28 eine bessere Zukunft. Das kann anstrengend sein, denn es bedeutet auch Macht- und  
29 Verteilungsfragen zu stellen, gewachsene Strukturen zu verändern, Widerstände zu überwinden  
30 und um Alternativen zu ringen, aber nur so entsteht aus den vielen verschiedenen Erfahrungen  
31 und Ideen Neues.

32 (6) Jede Zeit hat ihre Aufgabe. Die Aufgabe unserer Zeit ist, eine krisenfeste Gesellschaft  
33 demokratisch und nachhaltig zu gestalten. Dazu sind Wohlstand im Sinne von Klimaneutralität,

34 Vorsorge und Gerechtigkeit sowie globaler Verantwortung neu zu definieren und die Politik  
35 ist darauf auszurichten. Um Krisen zu meistern, braucht es Zusammenhalt – in einer  
36 Gesellschaft, die allen Bürger\*innen die gleichen Rechte und Möglichkeiten gewährt, die  
37 Wohlstand gerecht verteilt, die die Unterschiedlichkeit von Menschen und Regionen als Stärke  
38 und Wert begreift, die die Rechte und Teilhabe von Minderheiten schützt und fördert sowie  
39 Spannungen durch Respekt ausgleicht. Wir streben nach einem solidarischen, gemeinsamen Wir  
40 in einer vielfältigen Gesellschaft.

## 41 **Ökologie**

42 (7) Die Umwelt zu schützen und zu erhalten, ist Voraussetzung für ein Leben in Würde und  
43 Freiheit. Sauberes Wasser und saubere Luft, Artenvielfalt und fruchtbare Böden sind  
44 notwendige Bedingungen für unsere Entfaltungsfreiheit und Emanzipation. Eine Politik, welche  
45 die natürlichen Lebensgrundlagen schützt, erhält die Möglichkeit zur Selbstbestimmung für  
46 uns und künftige Generationen. Das 21. Jahrhundert ist das Zeitalter des Anthropozän. Darin  
47 ist der Mensch zum entscheidenden Einflussfaktor dafür geworden, wie sich unsere Erde  
48 verändert. Die Natur braucht uns nicht. Wir Menschen brauchen sie als Teil von ihr.

49 (8) Das Wissen um die planetaren Grenzen ist Leitlinie unserer Politik. Die Menschheit  
50 überschreitet derzeit durch ihr Handeln die ökologischen Belastungsgrenzen in Bereichen wie  
51 Artenvielfalt, Klimaerhitzung oder Meeresversauerung und gefährdet so die Stabilität der  
52 Ökosysteme und die Lebensgrundlagen der Menschen. Es ist unsere Aufgabe, uns durch  
53 sozialen,  
54 wirtschaftlichen und technologischen Fortschritt zum Wohle der Menschen so nachhaltig  
55 weiterzuentwickeln, dass wir unsere Lebensgrundlagen bewahren.

55 (9) Wir haben nur diese eine Erde, in ihrer Schönheit und natürlichen Vielfalt. Menschen  
56 sind nicht die einzigen Lebewesen, die fühlen und empfinden. Daher ist es Pflicht für uns  
57 Menschen, das Wohl von Tieren und die gesamte lebendige Natur um ihrer selbst willen zu  
58 schützen.

59 (10) Eine intakte Umwelt ist Voraussetzung für Gesundheit. Der Erhalt unserer natürlichen  
60 Lebensgrundlagen und die Maßnahmen zur Eindämmung der Klimakrise verhindern massive  
61 Gesundheitsschäden und schützen im Sinne der Vorsorge die Gesundheit zukünftiger  
62 Generationen.

63 (11) Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt. Ziel einer nachhaltigen Entwicklung  
64 ist auch die ökologische Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Es ist unsere  
65 Verpflichtung, nachfolgenden Generationen faire Handlungsspielräume und  
66 Entscheidungsfreiheiten zu ermöglichen.

67 (12) Die Klimakrise und Zerstörung unserer Lebensgrundlagen verschärft bestehende  
68 Ungleichheiten und trifft damit insbesondere Frauen. Ökologische Maßnahmen müssen von  
69 Frauen  
70 und marginalisierten Gruppen wie zum Beispiel der indigenen Bevölkerung mitgestaltet werden.

70 Nachhaltigkeit braucht Geschlechtergerechtigkeit und inklusive Beteiligung.

71 (13) Unter der Zerstörung der Natur leiden diejenigen früher und am stärksten, die dazu am  
72 wenigsten beitragen und ihr am wenigsten entgehen können. Wo reiche Menschen sich noch

73 teilweise anpassen können, spüren ärmere die Folgen mit brutaler Härte. Umwelt- und  
74 Klimapolitik sind eine Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit. Jedoch können ökologische  
75 Maßnahmen in Widerspruch zu sozialen Interessen geraten. Daher muss ökologische Politik  
76 soziale Interessen immer miteinbeziehen.

77 (14) Wir denken Ökologie global. Ein Leben in Würde und Freiheit bedeutet ein Recht aller  
78 Menschen auf Selbstbestimmung und Teilhabe. Globale Umweltgerechtigkeit nimmt die  
79 historische Verantwortung der Industriestaaten für die Zerstörung der Umwelt in den Blick.  
80 Deshalb sind wir in der Pflicht, die ökologischen und sozialen Kosten unseres Wirtschaftens  
81 zu reduzieren, statt sie in andere Weltregionen zu verlagern, sowie diejenigen zu  
82 unterstützen, die schon heute stark von Umweltzerstörungen betroffen sind und das in Zukunft  
83 noch stärker sein werden.

84 (15) Eine nachhaltige Wirtschaftsweise schützt nicht nur Lebensgrundlagen, sondern erhöht  
85 auch Wohlstand und Lebensqualität. Das erfordert eine grundlegende Dekarbonisierung unserer  
86 Wirtschaft und unserer Lebensweise, für die in den kommenden Jahrzehnten erhebliche  
87 Investitionen notwendig sind.

88 (16) Der Weg in eine ökologische Zukunft sichert Demokratie und Selbstbestimmung für heute  
89 und für künftige Generationen. Sonst verlieren wir, was wir mit dem Klima schützen: Freiheit  
90 und Würde. Demokratische Verfahren bringen die Kreativität und den gesellschaftlichen  
91 Zusammenhalt hervor, die es zur Bewältigung der ökologischen Krisen braucht.

## 92 **Gerechtigkeit**

93 (17) Die Würde und Freiheit des Menschen werden in einer gerechten und solidarischen  
94 Gesellschaft verwirklicht. Solidarität schafft gesellschaftlichen Zusammenhalt.  
95 Gerechtigkeit heißt für uns gleiche und größtmögliche Freiheit für alle. Sie ist die  
96 Grundlage für ein gutes Leben.

97 (18) Jede\*r Mensch muss vor Armut geschützt sein, denn Armut kann kein akzeptierter Teil  
98 einer gerechten Gesellschaft sein. Doch soziale Gerechtigkeit bedeutet mehr als ein Leben  
99 ohne Armut: Jeder hat das Recht auf materielle Sicherheit und gesellschaftliche, politische  
100 und kulturelle Teilhabe sowie ein Leben ohne Existenzangst. Dafür braucht es einen starken  
101 Sozialstaat, der die Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes, glückliches Leben schafft,  
102 Teilhabe aktiv ermöglicht und dafür sorgt, dass niemand durchs Raster fällt.

103 (19) Eine gerechte Gesellschaft ermöglicht, gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben  
104 teilzunehmen. Das verlangt starke öffentliche Räume und Institutionen – gute Kitas,  
105 Kindergärten und Schulen, Hochschulen, Schwimmbäder und Sportplätze, Bibliotheken und  
106 Theater, einen gut ausgebauten öffentlichen Nahverkehr, Breitbandanschlüsse für alle,  
107 leistbaren Wohnraum, gute gesundheitliche Versorgung und gleichwertige Lebensverhältnisse in  
108 der Stadt und auf dem Land. In Zeiten der Individualisierung, in der sich viele Menschen  
109 einsam fühlen, sind solche Orte von besonderer Bedeutung.

110 (20) Die Finanzierung einer starken Daseinsvorsorge ist öffentliche Aufgabe.

111 (21) Gute, inklusive und diskriminierungsfreie Bildung ist Voraussetzung für Gerechtigkeit.  
112 Wir brauchen ein ganzheitliches und am Menschen orientiertes Bildungssystem, das nicht außer



113 Acht lässt, dass Menschen nicht über die gleichen Voraussetzungen verfügen. Das Vertrauen,  
114 dass wir die Zukunft für uns und die Generationen nach uns ermöglichen und gestalten können,  
115 ist ein notwendiger Antrieb für gesellschaftlichen Fortschritt.

116 (22) Eine Gesellschaft ist dann sozial, wenn Wohlstand, Ressourcen und Macht gerecht  
117 verteilt sind. Unregulierter Kapitalismus produziert Ungleichheit und Machtkonzentration. Zu  
118 große Ungleichheit bedroht den Zusammenhalt der Gesellschaft und damit einen Pfeiler der  
119 Demokratie. Aufgabe von Politik ist es, solche Ungleichheit zu vermeiden und durch  
120 Regulierung, Investitionen und Steuern Ungleichheit zu reduzieren und einen Ausgleich zu  
121 schaffen. Große Vermögen und hohe Einkommen bringen soziale Verpflichtungen mit sich.

122 (23) Alle Menschen sollen unabhängig vom Geschlecht an der Gesellschaft teilhaben können.  
123 Gerechtigkeit bedeutet, dass bezahlte und unbezahlte Arbeit, Einkommen, Zugang zu Bildung,  
124 Eigentum und Zeit zwischen den Geschlechtern gerecht verteilt sind.

125

126 (24) Ohne die staatliche Garantie für diskriminierungsfreie und gleiche Rechte, Zugänge und  
127 Teilhabe für alle ist Gerechtigkeit nicht herstellbar. Das heißt auch, dass die Bekämpfung  
128 von Rassismus und allen Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, auch in ihrer  
129 Verschränkung, grundlegende Aufgabe von Staat und Gesellschaft ist. Eine Gesellschaft ist  
130 dann gerecht, wenn auch Menschen mit jedweder Form der Behinderung in allen Bereichen des  
131 gesellschaftlichen Lebens teilhaben können.

132 (25) Soziales und ökologisches Wirtschaften schafft Innovation und Fortschritt und trägt so  
133 zu einer gerechten Gesellschaft bei. Dafür braucht es gemeinsame Regeln, die fairen  
134 Wettbewerb ermöglichen, die Konzentration von Macht verhindern und Verbraucher\*innen-  
Rechte  
135 schützen. Eine am Gemeinwohl orientierte, sozial-ökologische Marktwirtschaft setzt auf  
136 Sozialpartnerschaft und schafft gute, nachhaltige Arbeit. Sie trägt dazu bei, dass Menschen  
137 sich verwirklichen können, Informationen effektiv genutzt werden, Wohlstand zum Wohle aller  
138 und nicht auf Kosten zukünftiger Generationen entsteht und die Versorgung mit grundlegenden  
139 Gütern gewährleistet ist.

140 (26) Um globale Gerechtigkeit zu ermöglichen und die Universalität der Menschenrechte zu  
141 verteidigen, muss das Weltwirtschaftssystem ein sozial-ökologisches werden, das nach  
142 demokratischen Regeln organisiert ist und auf der Grundlage von gleichberechtigter  
143 Kooperation und Solidarität und nicht auf Dominanz beruht.

#### 144 **Selbstbestimmung**

145 (27) Menschen begegnen sich als Gleiche – in ihren Rechten und ihrer Würde. Selbst über das  
146 eigene Leben bestimmen zu können, macht die Würde und Freiheit eines Menschen aus. Politik  
147 hat die Aufgabe, die Freiheit und das Recht zur Selbstbestimmung zu schützen. Sie erkennt  
148 Unterschiede an und verhindert undemokratische und damit ungerechtfertigte Herrschaft.  
149 Voraussetzung für Selbstbestimmung, Freiheit und eine freie Entfaltung ist eine  
150 Gesellschaft, in der weder der soziale Status, das Geschlecht oder die Herkunft noch die  
151 Religion oder Weltanschauung oder äußere Merkmale noch rassistische Zuschreibungen, das  
152 Alter oder eine Behinderung noch die sexuelle Orientierung oder die sexuelle Identität einen  
153 Einfluss darauf haben, wer dazugehört und wer nicht. Freiheit muss gesellschaftlich aktiv  
154 ermöglicht werden.

155 (28) Selbstbestimmtes Leben ist auf soziale, rechtliche, demokratische und ökologische  
156 Voraussetzungen angewiesen, für welche Politik den Rahmen setzen muss. Sonst bleibt es das  
157 Privileg weniger. Freie Entfaltung und aktive Teilhabe brauchen eine gute und barrierefreie  
158 Infrastruktur, finanzielle Absicherung, Sicherheit und Schutz vor Gewalt und Kriminalität.  
159 Informationelle Selbstbestimmung und informationstechnische Sicherheit sind im digitalen  
160 Zeitalter zu garantieren.

161 (29) Die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen ist Voraussetzung für den  
162 gesellschaftlichen Zusammenhalt und für die individuelle Selbstbestimmung. Eine inklusive  
163 Gesellschaft schafft Strukturen, die allen Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit und  
164 Vielfalt Teilhabe und Partizipation ermöglichen.

165 (30) Selbstbestimmtes Leben setzt wirtschaftliche Freiheit voraus. Die Freiheit, den Beruf  
166 zu wählen, Verträge zu schließen, als Verbraucher\*innen selbstbestimmte Entscheidungen  
167 treffen zu können und ein Gewerbe oder Unternehmen zu gründen, gehört dazu. Alle haben das  
168 Recht, in einer Gewerkschaft für gute Arbeitsbedingungen und Löhne zu kämpfen.  
169 Wirtschaftliche Freiheit gewährleistet Eigentumsfreiheit, die sozial verpflichtet und sie  
170 beinhaltet einen wirkungsvollen Schutz vor Diskriminierung.

171 (31) Damit sich alle mit ihren Stärken und Schwächen selbstbestimmt entfalten können,  
172 braucht es eine solidarische Gesellschaft. In einer Welt, in der die Anforderungen an jede\*n  
173 Einzelne\*n steigen, in der alle immer schneller, anpassungsfähiger und immer besser sein  
174 sollen, darf es auch Langsamkeit und Schwäche geben und sollte jede\*r vor schädlichem Druck  
175 geschützt werden. Jeder Mensch verdient Wertschätzung und Anerkennung für seine  
176 individuellen Lebensentscheidungen, solange sie nicht zulasten der Rechte Dritter gehen und  
177 nicht gegen die verfassungsgemäße Ordnung verstoßen.

178 (32) Freiheit bedeutet Verantwortung für sich selbst und für andere. Sie ist ein  
179 individuelles wie auch ein gesellschaftliches Gut. Freiheit fordert zum wechselseitigen  
180 Respekt heraus und verlangt uns allen etwas ab. Freiheit und Selbstbestimmung finden ihre  
181 Grenze dort, wo durch sie anderen Menschen und zukünftigen Generationen diese genommen  
182 werden. Nur demokratische und rechtsstaatliche Verfahren können die Einschränkung von  
183 Freiheit und Selbstbestimmung legitimieren. Neue Technologien müssen Freiheit schützen und  
184 dürfen sie nicht gefährden.

185

186 (32 b) Zur Selbstbestimmung gehört die Anerkennung und der Schutz kultureller Vielfalt  
187 einschließlich religiöser Vielfalt sowie der Freiheit, keine Religion zu haben.

188 (33) Eine gleichberechtigte Gesellschaft ist eine, in der alle Menschen selbstbestimmt über  
189 ihr Leben und ihren Körper entscheiden können. Dieses Recht muss auch für Frauen und  
Mädchen  
190 gelten und setzt die Emanzipation von Verhältnissen der Unterdrückung und eine gemeinsame  
191 eindeutige Haltung gegen geschlechtsspezifische Gewalt voraus. Wir stehen an der Seite von  
192 Mädchen und Frauen sowie von trans\* und inter\* Menschen, die global für ihr  
193 Selbstbestimmungsrecht streiten.

194 (34) Kinder sind keine kleinen Erwachsenen. Sie haben eigene Rechte auf Förderung ihrer  
195 Entwicklung, auf Schutz, Teilhabe, Gehörtwerden und Bildung. Selbstbestimmung ist nur  
196 möglich, wenn allen Kindern und Jugendlichen gleiche Chancen gegeben werden.

197 **Demokratie**

198 (35) Demokratie heißt gleiche politische Freiheit für alle. Die Demokratie lebt von  
199 Voraussetzungen, die sie selbst nicht garantieren kann. Deshalb braucht sie Demokrat\*innen.  
200 Demokratie steht nie still. Sie entwickelt sich immer weiter. Demokratie ist die Staatsform,  
201 die zur Selbstkorrektur in der Lage ist.

202 (36) Demokratie ist mehr als die Herrschaft der Mehrheit, denn sie garantiert den Schutz von  
203 Menschen-, Freiheits- und Minderheitenrechten auf Grundlage eines liberalen Rechtsstaates.  
204 Auch die wehrhafte Demokratie braucht Bürger\*innen, die sie aktiv verteidigen und ihr immer  
205 wieder neue Kraft geben. Das ist der beste Schutz gegen die Zerstörung von innen.

206 (37) In einer Demokratie verhandeln Menschen gemeinschaftlich ihre Zukunft und entscheiden  
207 über die ihr Leben betreffenden Belange gemeinsam. Demokratie ist anstrengend. Sie braucht  
208 respektvollen Streit genauso wie den Kompromiss. Demokratie braucht Freiheit, sie muss  
209 Bürger\*innen- und Menschenrechte garantieren und ist sogleich an soziale Voraussetzungen  
und  
210 Solidarität gebunden.

211 (38) Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit sind das Fundament einer demokratischen  
212 Gesellschaft. Der Staat als Inhaber des Gewaltmonopols muss gewährleisten, dass die  
Menschen  
213 Zugang zu einer unabhängigen Justiz haben, um ihre Rechte gegen andere, aber auch gegen  
den  
214 Staat selbst ohne Gewalt durchsetzen zu können.

215

216 (Neu38b) Der Schutz, die Förderung und die Gewährleistung der Menschenrechte sind  
zwingende  
217 Voraussetzung für Demokratie.

218 (39) Wir stehen für eine inklusive, vielfältige Demokratie. In einer diversen Gesellschaft,  
219 in der vielfältige Perspektiven zusammenkommen und sich Gehör verschaffen, sehen wir die  
220 Aufgabe, Unterschiede anzuerkennen, Nachteile auszugleichen, strukturelle Benachteiligungen  
221 zu überwinden und somit Gleichberechtigung zu schaffen. Das ist die Grundlage für die  
222 wechselseitige Anerkennung als Gleiche in einer vielfältigen Gesellschaft. Demokratie  
223 ermöglicht ein gesellschaftliches Wir, das nicht in Partikularinteressen auseinanderfällt.  
224 Sie wird reicher durch den Respekt vor verschiedenen Erfahrungen.

225 (40) Allen Geschlechtern kommt in der Demokratie gleiche Gestaltungs- und  
Entscheidungsmacht  
226 zu. Die Partizipation aller Geschlechter, auch, inter-, trans- und non-binären Personen,  
227 setzt Geschlechtergerechtigkeit und durchlässige Strukturen voraus. Um Frauen an allen  
228 demokratischen Prozessen gleichberechtigt zu beteiligen, braucht es Parität.

229 (41) Demokratie ist eine öffentliche Angelegenheit. Der demokratische Meinungsstreit braucht  
230 eine starke und lebendige Zivilgesellschaft, Engagement und Bürger\*innen-Beteiligung, starke  
231 und freie Medien, Kultur, Künste und Wissenschaft, gute Bildungseinrichtungen und starke  
232 öffentliche Begegnungsräume sowie betriebliche Mitbestimmung auf Augenhöhe. Für die offene  
233 Auseinandersetzung nach klaren Regeln braucht Demokratie immer wieder Innovationen und  
234 Parteien, in denen sich Menschen zusammenfinden, um Meinungen zu bündeln und sich mit  
235 Programmen und Haltungen der öffentlichen Debatte und der Entscheidung zu stellen.

236 (42) Demokratie ist darauf angewiesen, dass sich Menschen aus allen Teilen der Gesellschaft  
237 einmischen und repräsentiert sehen. Demokratie braucht Zugänge und auch direkte  
Beteiligung,  
238 um die unterschiedlichen Perspektiven und Positionen in den demokratischen Prozess  
239 einbringen zu können.

240 (43) Demokratie beruht auf nachvollziehbaren Entscheidungswegen und auf Transparenz über  
241 Einflussnahme – etwa durch Unternehmen, Lobbyismus oder andere Staaten. Ein zu starker  
242 Einfluss bestimmter Gruppen und ökonomischer Interessen untergräbt das Primat der Politik  
243 und muss eingegrenzt werden. Politik entscheidet im Sinne des Gemeinwohls über  
244 wirtschaftliche Rahmenbedingungen, sie findet ausgleichend Wege, alle Stimmen zu hören und  
245 sichert so die  
246 Eigenständigkeit und Glaubwürdigkeit politischen Handelns.

247 (45) Der Föderalismus in Deutschland ist eine Lehre aus dem düstersten Kapitel unserer  
248 Geschichte und verhindert zentralstaatliche Übergriffe auf die Bürger\*innen-Rechte. Er  
249 verpflichtet zur Kooperation. Das Zusammenspiel von Bund, Ländern und Kommunen sichert  
250 demokratische und soziale Stabilität. Es stärkt vielfältige Regionen und sorgt für eine  
251 nahbare, ansprechbare Politik. Im Streben nach gleichwertigen Lebensverhältnissen tragen  
252 Bund und Länder gemeinsame Verantwortung.

253 (46) Für unser Land ist die europäische Integration konstitutiv – sie zu einer Föderalen  
254 Europäischen Republik weiterzuentwickeln ist Voraussetzung, um globale Fragen ökologisch,  
255 sozial und demokratisch mitgestalten zu können.

256

257 (46 b) Demokratie ist weltweit die Bedingung dafür, dass Menschen selbstbestimmt leben  
258 können. Internationale Solidarität von Demokrat\*innen gegen autoritäre Herrschaft und jede  
259 Form totaler Unterdrückung stärkt Demokratie global.

## 260 **Frieden**

261 (47) Gelebte Freiheit und garantierte Würde benötigen Frieden. Das Zusammenleben der  
262 Menschen fußt auf der Fähigkeit, Konflikte gewaltfrei und friedlich zu lösen und die  
263 Menschenrechte aller zu wahren. Wo Gewalt friedliche Politik verneint, können Menschenrechte  
264 und Gewaltfreiheit in Konflikt geraten. Wir setzen auf die Mittel der Politik, die dem Geist  
265 der Kooperation in globaler Verantwortung entsprechen.

266 (48) Würde, Freiheit und Gleichheit ergeben sich aus der Universalität und Unteilbarkeit der  
267 Menschenrechte. Die verbrieften Menschenrechte sind nicht verhandelbar – weder gegenüber  
268 machtpolitischen oder wirtschaftlichen Interessen noch gegenüber einem kulturellen  
269 Relativismus. Die Würde jedes Menschen ist unantastbar. Dies zu gewährleisten ist  
270 Verpflichtung nationaler und internationaler Politik. Wir tragen als internationale  
271 Gemeinschaft Verantwortung, gegen schwerste Menschenrechtsverletzungen und Völkermord  
im

272 Rahmen der Vereinten Nationen vorzugehen.

273 (49) Gewaltfreiheit ist mehr als die Nichtanwendung physischer Gewalt, Frieden mehr als die  
274 Abwesenheit von Krieg. Der Einsatz für eine Kultur der Gewaltfreiheit umfasst als wichtige  
275 Querschnittsaufgabe weit mehr als den Bereich der Außenpolitik. Kooperation, Dialog,  
276 demokratischer Ausgleich von Interessen, Abrüstung und die Stärke des Rechts, genauso  
277 Multilateralismus, internationale Partnerschaft und europäische Einigung sind der Weg, um

278 globale Herausforderungen, vor denen die Menschheit als Ganzes steht, zu bewältigen. Ziel  
279 bleibt, durch eine Politik für Gewaltfreiheit, mittel- und langfristig die politische  
280 Institution des Krieges zu überwinden.

281 (50) Frauenrechte sind Menschenrechte. Die Verwirklichung von Frauen- und  
282 Minderheitenrechten, wie zum Beispiel die Rechte von inter- und transgeschlechtlichen  
283 Menschen, der Schutz vor geschlechtsspezifischer, rassistischer und anderer  
284 menschenfeindlicher Gewalt, Verfolgung und Diskriminierung sowie eine aktive Unterstützung  
285 und das Empowerment von Mädchen, Frauen und anderen marginalisierten Gruppen in allen  
286 Bereichen sollen die internationale Politik leiten.

287 (51) Das vereinigte Europa, als einzigartiges Friedensprojekt entstanden, hat eine  
288 Mitverantwortung für Frieden weltweit. Gegen autoritären Nationalismus ist das Versprechen  
289 Europas auf Frieden, Freiheit, Demokratie, Solidarität, Gerechtigkeit, Stabilität,  
290 ökologische Verantwortung und Menschenwürde wichtiger Anker multilateraler und  
291 menschenrechtsbasierter Politik in der Welt. Es gilt auch in der EU-Außen- und  
292 Nachbarschaftspolitik.

293 (52) Internationale Solidarität sowie Verantwortung für unser historisches und heutiges  
294 Handeln bestimmen unsere Politik. Unser Ziel ist eine weltweite Ordnung mit internationalen  
295 Institutionen. Sie soll Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit sichern, globale Ungleichheit  
296 und Armut verringern, den gleichberechtigten Zugang zu globalen Gemeingütern ermöglichen,  
297 internationalen Austausch und nachhaltige Konnektivität stärken, Demokratie fördern, die  
298 gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Minderheitengruppen garantieren, die verbrieften  
299 Menschenrechte aller Migrant\*innen und das Klima schützen sowie die Einhaltung der  
300 planetaren Grenzen ermöglichen, so wie es in den Zielen für nachhaltige Entwicklung der  
301 Vereinten Nationen vereinbart ist.

## **Kapitel 8: International zusammenarbeiten**



45. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
20. - 22. November 2020, Karlsruhe - DIGITAL

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 22.11.2020  
Tagesordnungspunkt: GSP-I International zusammenarbeiten

### Antragstext

#### 1 **Kapitel 8: International zusammenarbeiten**

#### 2 **Frieden und internationale Ordnung**

3 (327) Die großen politischen Herausforderungen unserer Zeit lassen sich nur global lösen.  
4 Nachhaltige Politik bedarf vorausschauenden Handelns in internationaler Kooperation.

5 (328) Eine an Frieden, Freiheit, Solidarität, Gewaltfreiheit, Menschenrechten und globaler  
6 Gerechtigkeit orientierte Politik braucht Bündnisse all derer, die an den Wert von  
7 Kooperation und die Stärke des Rechts in den internationalen Beziehungen glauben – gerade  
8 weil offene Gesellschaften und freiheitliche Demokratien immer stärker auch im globalen  
9 Systemwettbewerb mit autoritären Staaten und Diktaturen stehen. Deutschland und Europa  
10 müssen sich selbstbewusst dieser Auseinandersetzung stellen. Multilaterale Zusammenarbeit in  
11 den internationalen Organisationen bleibt die beste Form, globale Politik zu gestalten.

12 (329) Es braucht eine internationale Ordnung, die auf der gerechten Verteilung globaler  
13 Ressourcen und auf verbindlichen Regeln fußt, die die Rechte von Einzelnen und von  
14 Kollektiven schützt, Konflikte verhindert oder gewaltfrei und zum Wohle der Allgemeinheit  
15 löst.

16 (330) Eine friedliche und gerechte Weltordnung erfordert starke Vereinte Nationen mit dem  
17 Ziel einer Weltinnenpolitik. Sie sind das zentrale Forum, um völkerrechtliche Normen zu  
18 entwickeln und sich auf weltgemeinschaftliche Ziele zu verständigen. Sie haben wichtige  
19 Institutionen und Verfahren für die Vorbeugung, Beilegung und Nachsorge von Gewaltkonflikten  
20 entwickelt. Die Vereinten Nationen wie auch Regionalorganisationen müssen deshalb gestärkt  
21 werden.

22 (331) Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik ist unsere Brücke in die  
23 Zivilgesellschaften der Welt. Das Netzwerk ihrer Akteur\*innen schafft sichere  
24 Begegnungsräume für den kulturellen Austausch, Zugang zu Bildung und Wissen und  
25 übernimmt  
26 Verantwortung auch aus unserer Geschichte heraus. Sie ist wertegeleitete Außenpolitik auf  
27 individueller Ebene, die Frieden und Entwicklung, internationale Kooperation und Solidarität  
28 in den Mittelpunkt stellt.

28 (332) Zur Bearbeitung globaler Herausforderungen braucht es die Europäische Union als  
29 Friedensmacht, die sich ihrer Verantwortung in der Welt, besonders im Rahmen der Vereinten  
30 Nationen, bewusst ist und zum Prinzip der internationalen Kooperation steht. Dieser  
31 Verantwortung kann die EU nur gerecht werden, wenn sie nationale Spaltungen überwindet und  
32 gemeinsam handelt. Die Antwort auf die aktuellen globalen Herausforderungen ist eine stetige

33 Vertiefung und Weiterentwicklung der EU, perspektivisch hin zu einer Föderalen Europäischen  
34 Republik.

### 35 **Europäische Union**

36 (333) Die Europäische Union ist die Antwort Europas auf zwei Weltkriege und den Holocaust.  
37 Sie ist Anker für Multilateralismus, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und demokratische  
38 Souveränität in einer globalisierten Welt. Es gilt, das Versprechen der Europäischen Union  
39 auf eine wertebasierte Politik nach innen und außen einzulösen. Bei Krisen gerät das Projekt  
40 EU immer wieder unter Druck, die Nationalstaaten agieren ohne Absprachen und oft  
41 unsolidarisch. Gerade in Krisen aber zeigt sich, dass die EU als Gemeinschaft stärker ist  
42 als jedes Land für sich allein und dass die Europäische Union mehr ist als ein Binnenmarkt.  
43 Sie muss weiterhin als politisches Projekt fortentwickelt werden, welches Krisen kooperativ  
44 und solidarisch bewältigt.

45 (334) Es ist zentrale Verantwortung der EU-Mitgliedstaaten, die Gräben in der Europäischen  
46 Union nicht durch nationale Egoismen zu vergrößern. Es ist ihre Verantwortung, die  
47 Handlungsfähigkeit der EU nach innen und außen zu verbessern.

48 (335) Die Europäische Grundrechtecharta, freie Binnengrenzen und europäische Freizügigkeit  
49 sind Meilensteine der europäischen Einigung, hinter die wir nicht zurückfallen dürfen. Sie  
50 müssen für alle Menschen in der EU gelten. Wenn nationale Regierungen Minderheitenrechte  
51 bedrohen und Freiheiten abbauen, ist die intensive Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft  
52 und pro-europäischen Kräften vor Ort umso wichtiger.

53 (336) Auf Grundlage der gemeinsamen Werte braucht es ein gemeinsames strategisches  
54 Bewusstsein und Handeln der EU, das sich durch die verschiedenen Politikbereiche zieht.  
55 Indem die EU mehr Souveränität und strategische Handlungsfähigkeit aufbaut, kann sie auch  
56 global Demokratie schützen und den Klimaschutz voranbringen sowie in der Wirtschafts- und  
57 Finanzpolitik an Menschenrechten und Gemeinwohl orientierte Standards setzen. Das schafft  
58 gemeinsame Gestaltungskraft und -macht in einer vernetzten Welt.

59 (337) Mit dem größten Binnenmarkt der Welt hat die EU wirtschaftlich einen großen Einfluss.  
60 Daraus erwächst die Verantwortung, Globalisierung sinnvoll zu gestalten und an  
61 Menschenrechten, Gemeinwohl und Nachhaltigkeit orientiert zu regulieren, um Krisen zu  
62 verhindern statt sie zu verstärken. Wer ökologisch, sozial, transparent und  
63 menschenrechtskonform produziert, soll davon einen Vorteil haben. Wer das Gegenteil tut,  
64 soll negative Konsequenzen spüren.

65 (338) Damit Herausforderungen nicht nur durch die eigene nationalstaatliche Brille  
66 betrachtet werden und um gegenseitiges Verständnis zu stärken, braucht es einen gesamt-  
67 europäischen Diskurs in der europäischen Öffentlichkeit sowie eine europäische  
68 Zivilgesellschaft. Dafür sind nichtkommerzielle und europäisch geförderte Kommunikations-  
69 und Begegnungsräume für alle Europäer\*innen notwendig – digital, über die klassischen Medien  
70 und im direkten Austausch miteinander –, ebenso wie gemeinsame Organisationsformen wie  
71 europäische Vereine und gemeinnützige Organisationen.

72 (339) Nicht alle EU-Staaten wollen immer dasselbe zur selben Zeit und die fehlende Einigung  
73 der EU-Staaten oder die Blockadehaltung einzelner Staaten dürfen nicht zur Ausrede für  
74 kollektives Nichthandeln werden. Deshalb können Mitgliedstaaten im Rahmen verstärkter

75 Zusammenarbeit nächste Schritte eher gehen als andere und in bestimmten Bereichen  
gemeinsam  
76 vorangehen. Dabei ist immer sicherzustellen, dass das Projekt der Europäischen Union als  
77 Ganzes nicht gefährdet wird und dass alle Mitgliedstaaten sich jederzeit anschließen können.  
78 So kann es in einem Bündnis der europäischen Demokratien auch gegen die nationalistischen  
79 Kräfte und Regierungen in Europa gelingen, das europäische Einigungswerk fortzusetzen sowie  
80 Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zu stärken.

81 (340) Die EU muss weltpolitikfähig werden, um im Sinne universeller Werte und daraus  
82 abgeleiteter Interessen die Regeln und Realitäten des internationalen Umfelds mitgestalten.  
83 Eine geeinte Europäische Union kann in der globalisierten Welt als Akteurin wirkmächtig  
84 handeln und demokratische und nachhaltig orientierte Gestaltungskraft entfalten. Die  
85 Grundlage dafür bilden die Menschenrechte und die globalen Nachhaltigkeitsziele.

86 (341) Die EU muss ihre Soft Power nutzen, um die internationale Politik entscheidend  
87 mitzugestalten. Dabei gilt es, nationale Interessen im Lichte des europäischen Gemeinwohls  
88 und der Handlungsfähigkeit der EU zu definieren und die Leitlinien der Mitgliedstaaten in  
89 einer gemeinsamen außenpolitischen Strategie zu bündeln. Das Prinzip der Einstimmigkeit soll  
90 durch Mehrheitsentscheidungen ersetzt werden, um die gemeinsame Außen- und  
91 Sicherheitspolitik der EU (GASP/GSVP) zu stärken und so handlungsfähiger zu werden.

92 (342) Das Friedensprojekt Europa ist mehr als die EU. Daraus erwachsen Verpflichtungen im  
93 Erweiterungsprozess und in der Nachbarschaftspolitik. Die EU steht in der politischen  
94 Verantwortung, das Vertrauen in das Beitrittsversprechen nicht zu enttäuschen und  
95 gleichzeitig den notwendigen Reformprozess in den Beitrittsländern mitzugestalten.  
96 Partnerschaften, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Solidarität mit den Regionen **in der**  
97 **Nachbarschaft der EU** tragen zu Stabilität und Sicherheit bei. Die Östliche Partnerschaft der  
98 EU ist eine wichtige Säule, die auf demokratischer Solidarität und der selbstbestimmten  
99 Entwicklung der osteuropäischen Nachbarn basiert. Auch die Kooperationen mit Staaten in  
100 Nordafrika und dem Nahen Osten können Demokratisierung, Durchsetzung von  
Menschenrechten und  
101 wirtschaftliche Entwicklung stärken. Unter dieser Prämisse sollen sie ausgebaut werden. Die  
102 gemeinsamen europäischen Institutionen wie OSZE oder Europarat sind im Zusammenspiel mit  
103 einer starken Europäischen Union wichtige Plattformen einer multilateralen Weltordnung.

#### 104 **Multilaterale Beziehungen**

105 (343) Die Vereinten Nationen bilden den multilateralen Rahmen der internationalen  
106 Zusammenarbeit. Mehr Verantwortung in den Vereinten Nationen erfordert von Deutschland  
und  
107 der EU, ihr Engagement finanziell, personell und diplomatisch substanziell zu verstärken,  
108 besser zu koordinieren und die internationalen Vereinbarungen auch konsequent und kohärent  
109 in nationale und europäische Politik umzusetzen. Dabei geht es um das Prinzip der Reform  
110 durch Stärkung. Das ist gerade wichtig, wenn nationale Egoismen zunehmen und wichtige  
111 Entscheidungen blockiert werden.

112

113 (344 neu) Partnerschaften der EU mit Regionalorganisationen wie der Afrikanischen Union (AU)  
114 und der südostasiatischen Staatengemeinschaft (ASEAN) sollen intensiviert werden, um  
115 multilaterale Kooperation, Demokratie, Menschenrechte und globale Nachhaltigkeit zu stärken.  
116 Insbesondere die Afrikanische Union (AU) sollte beim Aufbau ihrer Kapazitäten gestärkt und



117 der Selbstvertretungsanspruch der afrikanischen Länder in internationalen Foren unterstützt  
118 werden.

119 (344) Der Sicherheitsrat und andere Organe der Vereinten Nationen müssen an die Realitäten  
120 des 21. Jahrhunderts angepasst werden. Das betrifft sowohl die strukturelle und finanzielle  
121 Ausstattung von VN-Organisationen als auch eine gerechtere Repräsentation der Regionen im  
122 Sicherheitsrat. Das Konzept der Vetomächte ist nicht mehr zeitgemäß und mit diesem Anspruch  
123 nicht vereinbar. Das Vetorecht soll langfristig abgeschafft werden und als Zwischenschritt  
124 muss im Falle von schwersten Verbrechen gegen die Menschlichkeit ein Veto im Sicherheitsrat  
125 mit einer Begründung und einem Alternativvorschlag versehen werden. Wenn der Sicherheitsrat  
126 im Falle von schwersten Menschenrechtsverletzungen anhaltend blockiert ist, soll die  
127 Generalversammlung an seiner Stelle über friedens erzwingende Maßnahmen mit qualifizierter  
128 Mehrheit beschließen.

129 (345) Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) soll als Sonderorganisation der VN und als  
130 wichtigste Organisation im Bereich der globalen Gesundheit politisch, finanziell und  
131 personell gestärkt werden. Ihre Aufgabe kann sie nur mit einer ausreichenden Ausstattung an  
132 staatlichen, deutlich höheren Beiträgen und einem starken Mandat ausführen.

133 (346) Wenn multilaterale Prozesse in den Vereinten Nationen und der EU dauerhaft blockiert  
134 sind, braucht es im Sinne der Stärkung des internationalen Rechts und der internationalen  
135 Ordnung Vorreiter\*innen und innovative Konzepte, die offen für möglichst alle Beteiligten  
136 sind. Es braucht die Partnerschaft mit Demokratien und mit Demokrat\*innen weltweit, um das  
137 Völkerrecht zu stützen, demokratische Prozesse in der Welt zu erhalten, sowie für die Stärke  
138 des Rechts statt das Recht des Stärkeren einzutreten.

139 (347) In Zeiten von dysfunktionalen internationalen Institutionen bauen informelle Formate  
140 Brücken. Diese dürfen aber nicht Machtinstrumente gegenüber denen sein, die nicht an ihnen  
141 beteiligt sind. Zum Beispiel spielen die G20 eine wichtige Rolle für die internationale  
142 wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Bewältigung globaler Herausforderungen. Sie müssen  
143 für andere Akteure offen sein. Langfristig sollen die Beratungen der G20 in den Wirtschafts-  
144 und Sozialrat der Vereinten Nationen überführt werden.

145

146 (348) Die transatlantische Partnerschaft, die seit Jahrzehnten ein Stützpfeiler der  
147 deutschen Außenpolitik gewesen ist, muss erneuert und damit gestärkt, europäisch gefasst,  
148 multilateral orientiert und an klaren gemeinsamen Werten ausgerichtet werden. Dazu gehören  
149 das Eintreten für Nachhaltigkeit, für Menschenrechte, für Rechtsstaat und Demokratie und für  
150 internationale Solidarität. Die Zusammenarbeit soll alle staatliche wie  
151 zivilgesellschaftlichen Organisationen und Institutionen einbeziehen, die in ihrem Land und  
152 international zu einer solchen Perspektive beitragen können. Zur Lösung der  
153 Menschheits Herausforderungen braucht es auch Kooperation mit Russland und China. Diese darf  
154 nicht zu Lasten von Drittstaaten oder von Menschen- und Bürger\*innenrechten gehen.  
155 Demokratie und Menschenrechte sind der Maßstab für die Vertiefung der Beziehungen.

156 (348) Neben der staatlichen Zusammenarbeit sind Bündnisse mit und zwischen Städten und  
157 Regionen, Wirtschaftsakteur\*innen sowie Zivilgesellschaften zentral. Nichtstaatliche Akteure  
158 gehören stärker in Aushandlungsprozesse auf bilateraler und multilateraler Ebene einbezogen  
159 und in ihrer Vernetzung untereinander unterstützt. Im Dialog mit der globalen

160 Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft müssen neue Wege entwickelt und globale  
 161 Bündnispartner\*innen gefunden werden, um die sozial-ökologische Modernisierung und die  
 162 Achtung der Menschenrechte voranzutreiben. Auch wenn es noch keine Einigung auf ein  
 163 internationales Vorgehen gibt, kann so in zentralen Bereichen wie beim Handel oder in der  
 164 Flucht- und Migrationspolitik vorangegangen werden.

165 (349) Zu einer fairen Globalisierung gehört die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe  
 166 genauso wie die Mitbestimmung und demokratische Organisierung auf kommunaler und  
 regionaler  
 167 Ebene. Politik und nicht transnationale Konzerne muss die internationalen Spielregeln für  
 168 die Weltwirtschaft bestimmen.

169 (350) Die eigene kulturelle, sprachliche und religiöse Identität zu leben, muss  
 170 gewährleistet sein. Statt in regionale Nationalismen, Unabhängigkeitsbestrebungen oder  
 171 gewaltsame Konflikte zu verfallen, braucht es eine Politik für nationale Minderheiten, die  
 172 deren Rechte auf kulturelle und sprachliche Vielfalt stärkt sowie gleichberechtigte  
 173 gesellschaftliche Teilhabe und kulturelle Partizipation sichert und fördert.

#### 174 **Globale Sicherheit**

175 (351) Eine an universeller Würde und Freiheit orientierte Politik denkt Sicherheit nicht von  
 176 nationalen Grenzen, sondern von jedem einzelnen Menschen her. Zivile Krisenprävention,  
 177 soziale Sicherheit, Menschenrechte, die Gleichberechtigung der Geschlechter, die  
 178 Ermächtigung marginalisierter Gesellschaftsgruppen, insbesondere auch von LSBTIQ\*, eine  
 179 gewaltfreie Regelung von Konflikten, Wiederaufbau, Klima- und Umweltschutz, gerechte  
 180 Ressourcenverteilung und die Geltung des internationalen Rechts sind Grundlage einer  
 181 nachhaltigen Friedens- und Sicherheitspolitik. Dazu gehören auch die europäische Integration  
 182 und die Beteiligung an Systemen kollektiver Sicherheit.

183 (352) Über Frieden und Sicherheit nachzudenken sollte nicht erst beginnen, wenn beides schon  
 184 in Gefahr ist. Konsequenterweise auf alle Politikfelder angewandt kann das Prinzip der Vorsorge  
 185 viel Leid verhindern. Nachhaltige Sicherheit kann nur gemeinsam erreicht werden.  
 186 Friedenslogisches Handeln muss die Interessen und Bedrohungswahrnehmungen der jeweils  
 187 anderen Seiten berücksichtigen. Gespräche setzen nicht zwingend Vertrauen voraus, sondern  
 188 Vertrauen entsteht durch den Abbau klischeehafter Feindbilder und eine gezielte  
 189 Entspannungspolitik.

190 (353) Zivile Krisenprävention und politische Konfliktbearbeitung müssen noch stärker  
 191 institutionell verankert werden. Dazu bedarf es ausreichender Analysekapazitäten,  
 192 Regionalkompetenz, Wirkungsforschung, eines intensivierten Wissenstransfers zwischen  
 193 Wissenschaft, Praxis und Politik und der unmittelbaren Verfügbarkeit von Personal und  
 194 Material. Zivile Krisenprävention und politische Konfliktlösung haben Vorrang vor dem  
 195 Einsatz militärischer Gewalt, was sich auch in der tatsächlichen institutionellen,  
 196 finanziellen und personellen Ausstattung widerspiegeln muss. Wo sich multiple Krisen häufen,  
 197 kommt es besonders darauf an, bei der Krisenprävention schneller besser zu werden.

198 (354) Das allgemeine Gewaltverbot der VN-Charta ist eine große Errungenschaft. VN-geführte  
 199 Friedenseinsätze sind ein zentrales Instrument kollektiver Friedenssicherung und als solche  
 200 trotz aller Defizite – gerade durch eine größere europäische Beteiligung an  
 201 Blauhelmeinsätzen – zu stärken.

- 202 (355) Die Europäische Union ist eine Friedensmacht. Das Primat des Zivilen und das breite  
203 Spektrum ziviler Instrumente zeichnen sie aus. Friedensmissionen, zivile Krisenprävention,  
204 Diplomatie, internationale Zusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Auswärtige Kultur- und  
205 Bildungspolitik, Mediation, die Bereitstellung von Zivil- und Sicherheitsexperten,  
206 Rechtsstaatsförderung und gesellschaftliche Verständigungsarbeit sind die Stärken der  
207 Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Sie muss institutionell, personell und  
208 finanziell gestärkt und noch enger verzahnt werden.
- 209 (356) Eine starke Außen- und Sicherheitspolitik ist feministisch. Die gleichberechtigte  
210 Vertretung von Frauen in der internationalen Politik sowie ihre gleichberechtigte  
211 Beteiligung und Mitbestimmung an diplomatischen Verhandlungen oder bei der  
212 Zusammensetzung  
213 sicherheits- und außenpolitischer Gremien ist dafür Maßgabe. Feministische Außenpolitik  
214 folgt dem Leitbild der "menschlichen Sicherheit". Frauen und marginalisierte Gruppen sind in  
215 besonderem Maße von Kriegen und gewaltsamen Konflikten betroffen. Die migrantische  
216 Perspektive ist auch in außen- und sicherheitspolitische Entscheidungen zu integrieren.
- 216 (357) Die Klimakrise ist ein globales Sicherheitsrisiko. Klimapolitik ist daher ein  
217 zentraler Bestandteil der globalen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik. Dafür ist  
218 ein internationales Rahmenwerk auf VN- und EU-Ebene zur Vermeidung von Klima- und  
219 Umweltkonflikten erforderlich, um Staaten und Regionen, die besonders von den Folgen der  
220 Klimakrise oder von Rohstoffknappheit, Dürren, Nahrungsknappheit und Überschwemmungen  
221 betroffen sind, zu schützen und zu unterstützen: die Responsibility to Prepare.
- 222 (358) Abrüstung, Rüstungskontrolle und die Nichtverbreitung von Waffen sind und bleiben  
223 wesentliche Pfeiler jeder Friedenspolitik. Unser Anspruch ist es, alle Länder hier  
224 einzubeziehen, insbesondere auch die neue Supermacht China. Abrüstung und  
225 Rüstungskontrolle  
226 bedeuten global mehr Sicherheit für alle. Es bedarf eines strengen Regelwerkes zur Abrüstung  
227 und zum Verbot von chemischen, biologischen und nuklearen Massenvernichtungswaffen. Der  
228 Beitritt Deutschlands zum VN-Atomwaffenverbotsvertrag und die Stärkung des nuklearen  
229 Nichtverbreitungsvertrags gehören dazu. Dafür muss gemeinsam mit den internationalen und  
230 europäischen Partnern am Ziel eines atomwaffenfreien Europas gearbeitet werden. Dazu  
231 braucht  
232 es ein Deutschland frei von Atomwaffen und damit ein zügiges Ende der nuklearen Teilhabe.  
233 Der Anspruch ist nichts Geringeres als eine atomwaffenfreie Welt.
- 232 (359) Exporte von Waffen und Rüstungsgütern an Diktatoren, menschenrechtsverachtende  
233 Regime  
234 und in Kriegsgebiete verbieten sich. Für die Reduktion von Rüstungsexporten braucht es eine  
235 gemeinsame restriktive Rüstungsexportkontrolle der EU mit starken Institutionen und in EU-  
236 Gemeinschaftsrecht gegossene Exportkriterien. EU-Mitgliedstaaten, die gegen verbindliche  
237 Rüstungsexportkriterien verstoßen, müssen mit Sanktionen rechnen. Der Einsatz von  
238 Sicherheitsfirmen in internationalen Konflikten muss streng reguliert und private  
239 Militärfirmen müssen verboten werden. Kooperationen mit dem Sicherheitssektor anderer  
240 Staaten müssen an die Einhaltung demokratischer, rechtstaatlicher und menschenrechtlicher  
241 Kriterien geknüpft werden.
- 241 (360) Autonome tödliche Waffensysteme, die keiner wirksamen Steuerung mehr durch den  
242 Menschen bei Auswahl und Bekämpfung von Zielen unterliegen, stellen eine unberechenbare

243 Bedrohung dar. Es ist entscheidend für Frieden und Stabilität, Autonomie in Waffensystemen  
244 international verbindlich zu regulieren und ihre Anwendungen, die gegen ethische und  
245 völkerrechtliche Grundsätze verstoßen, zu ächten und zu verbieten. Das gilt auch für  
246 digitale Waffen wie Angriffs- und Spionagesoftware. Hierbei müssen Deutschland und die EU  
247 eine globale Führungsrolle einnehmen. Weiterentwickelte, verbindliche Regeln sollen eine  
248 Militarisierung des Weltraumes verhindern.

249 (361) Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten müssen sich gegen Angriffe auf ihre  
250 kritische Infrastruktur schützen. Um Angriffe über und auf das Internet zu verhindern,  
251 braucht es mehr eigene Anstrengung zur Sicherung der Infrastruktur und ein internationales  
252 Vertragswerk.

253 (362) Die Anwendung militärischer Kriegsgewalt bringt immer massives Leid mit sich. Wir  
254 wissen aber auch, dass die Unterlassung in einzelnen Fällen zu größerem Leid führen kann.  
255 Deshalb ist es so wichtig, frühzeitig auf Konflikte einzuwirken und zu verhindern, dass sie  
256 zu bewaffneten Auseinandersetzungen eskalieren. Das Konzept der Schutzverantwortung  
257 („Responsibility to Protect“) verpflichtet Staaten, ihre Bevölkerung vor schwersten  
258 Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu schützen. In diesen  
259 Fällen können die Vereinten Nationen Zwangsmaßnahmen beschließen. Die  
Schutzverantwortung  
260 verpflichtet die Staatengemeinschaft gleichermaßen, ihre Instrumente für Prävention,  
261 Krisenreaktion und Nachsorge bzw. Wiederaufbau kriegszerstörter Gesellschaften auszubauen.  
262 Diplomatische Initiativen, Mediation und UN-Friedenseinsätze können Gewalt eindämmen und  
263 Voraussetzungen für Friedensprozesse schaffen. Zentral für Frieden, Versöhnung und  
264 Gerechtigkeit ist auch der Einsatz gegen die Straflosigkeit von Menschenrechtsverbrechen.

265 (363) Der Einsatz von militärischer Gewalt ist immer nur äußerstes Mittel. Er kommt nur in  
266 Betracht, wenn alle alternativen Möglichkeiten wie Sanktionen oder Embargos aussichtslos  
267 sind. Ein Militäreinsatz braucht einen klaren und erfüllbaren Auftrag, ausgewogene zivile  
268 und militärische Fähigkeiten und unabhängige Evaluierungen. Bewaffnete Einsätze der  
269 Bundeswehr im Ausland sind in ein System gegenseitiger kollektiver Sicherheit, das heißt  
270 nicht in verfassungswidrigen Koalitionen der Willigen, und in ein politisches Gesamtkonzept,  
271 basierend auf dem Grundgesetz und dem Völkerrecht, einzubetten. Bei Eingriffen in die  
272 Souveränität eines Staates oder dort, wo staatliche Souveränität fehlt, braucht es ein  
273 Mandat der Vereinten Nationen. Wenn das Vetorecht im Sicherheitsrat missbraucht wird, um  
274 schwerste Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu decken, steht die Weltgemeinschaft vor  
275 einem Dilemma, weil Nichthandeln genauso Menschenrechte und Völkerrecht schädigt wie  
276 Handeln.

277 (364) Die Bundeswehr ist eine im Grundgesetz und in internationalen Bündnissen verankerte  
278 Parlamentsarmee. Daraus erwächst eine Fürsorgepflicht des Parlaments gegenüber den aktiven  
279 und ehemaligen Soldat\*innen und Zivilbeschäftigten sowie die Verpflichtung, sie entsprechend  
280 ihrem Auftrag und ihren Aufgaben personell und materiell auszustatten. Der Auftrag und die  
281 Aufgaben der Bundeswehr orientieren sich an den realen und strategisch bedeutsamen  
282 Herausforderungen für Sicherheit und Friedenssicherung. Sie ist ein notwendiges Mittel  
283 staatlicher und internationaler Sicherheitspolitik. Deutschland soll sich auf seine  
284 Bündnispartner verlassen können und genauso sollen sich die Bündnispartner auf Deutschland  
285 verlassen. Die Gesamtverantwortung für den Einsatz muss begründet, Informationen über alle

286 Operationen im Einsatz den Verbündeten vollständig zugänglich sein. Direkte Einsätze im  
287 Rahmen der VN haben dabei Vorrang vor Kriseneinsätzen der EU und der NATO.

288 (365) Die Prinzipien der „Inneren Führung“ und der „Staatsbürger\*innen in Uniform“ binden  
289 die Soldat\*innen an die Gesellschaft und die Werte und Normen des Grundgesetzes. Eine  
290 Bundeswehr, die fest in unserer Gesellschaft verankert ist, muss die Vielfalt der  
291 Gesellschaft abbilden. Das betrifft den Anteil von Menschen unterschiedlicher sozialer  
292 Herkunft, mit und ohne Migrationserfahrung, von People of Color sowie von Frauen, die in der  
293 Bundeswehr beschäftigt sind. Menschenfeindliche Ideologien und rechtsextremistische  
294 Strukturen in der Bundeswehr müssen konsequent verfolgt und zerschlagen werden. Unsere  
295 Geschichte lehrt uns, wie unersetzlich demokratische und antifaschistische Grundwerte sowie  
296 Demokratiebildung gerade in einer Armee sind. Der bewaffnete Einsatz der Bundeswehr im  
297 Inneren ist abzulehnen.

298 (366) Gemeinsam mit den internationalen Partnern muss die Europäische Union ihrer  
299 Verantwortung für die eigene Sicherheit und Verteidigung gerecht werden. Die gemeinsame  
300 Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU setzt eine gemeinsame EU-Außenpolitik voraus.  
301 Es braucht eine parlamentarisch kontrollierte Sicherheitsunion. Anstatt immer mehr Geld in  
302 nationale, militärische Parallelstrukturen zu leiten, sollte die verstärkte Zusammenarbeit  
303 der Streitkräfte in der EU ausgebaut, militärische Fähigkeiten gebündelt und allgemein  
304 anerkannte Fähigkeitslücken geschlossen werden. Dafür braucht es eine geeignete Ausstattung,  
305 den Ausbau von EU-Einheiten sowie eine Stärkung und Konsolidierung der gemeinsamen EU-  
306 Kommandostruktur.

307 (367) Die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union muss strategisch,  
308 vorausschauend, umfassend und schnell handlungsfähig sein. Dazu braucht es eine  
gemeinsame  
309 Analysefähigkeit sowie eine Stärkung des Europäischen Auswärtigen Dienstes. Schritt für  
310 Schritt sollen immer mehr Entscheidungen in diesem Bereich mit qualifizierter Mehrheit  
311 getroffen werden können.

312 (368) Die NATO leidet unter divergierenden sicherheitspolitischen Interessen innerhalb der  
313 Allianz bis hin zur gegenseitigen militärischen Bedrohung. Ihr fehlt in dieser tiefen Krise  
314 eine klare strategische Perspektive. Trotzdem bleibt sie aus europäischer Sicht neben der EU  
315 unverzichtbarer Akteur, der die gemeinsame Sicherheit Europas garantieren kann und der als  
316 Staatenbündnis einer Renationalisierung der Sicherheitspolitik entgegenwirkt. Es braucht  
317 aber eine strategische Neuausrichtung. Mit einer stärkeren militärischen Zusammenarbeit und  
318 Koordinierung innerhalb der EU und mit den europäischen NATO-Partnern **wie** Großbritannien  
und  
319 Norwegen können europäische Werte und strategische Interessen geschlossen und  
überzeugender  
320 vertreten werden.

321 (369) Frieden in Europa bedeutet mehr als Frieden, Sicherheit und Stabilität in der EU.  
322 Damit die Vision einer friedlichen Zukunft für alle Europäer\*innen Wirklichkeit werden kann,  
323 braucht es die gemeinsamen, über die EU hinausreichenden europäischen Institutionen wie den  
324 Europarat und die OSZE, um alle europäischen Staaten einzubinden. Sie müssen gestärkt und  
325 weiterentwickelt werden, um das Ziel eines tatsächlich effektiven und starken Systems  
326 kollektiver Sicherheit in ganz Europa zu erreichen. Auch angesichts der nationalistischen

327 und rückwärtsgewandten Politik Russlands, die Europas Sicherheit und die Selbstbestimmung  
328 der Nachbarn Russlands untergräbt, bleibt das Ziel, auf der Basis gemeinsamer Werte diesen  
329 östlichen Nachbarn Europas für eine solche Perspektive zu gewinnen.

### 330 **Globale Strukturpolitik**

331 (370) In einer verflochtenen Welt verbinden und überkreuzen sich alle Bereiche der Politik.  
332 Globale Strukturpolitik muss für die sozial-ökologische Transformation einen abgestimmten,  
333 vernetzten Ansatz verfolgen, der auch inländische Politikbereiche einbezieht und innere  
334 Widersprüche im Regierungshandeln konsequent auszuräumt. Alle politischen Entscheidungen  
335 müssen einem verpflichtenden Nachhaltigkeitscheck unterzogen werden, um friedens-,  
336 menschenrechts- und klimapolitisch kontraproduktive Wirkungen zu prüfen und Schädliches zu  
337 unterlassen.

338 (371) Handlungsrahmen für das Gesamtregierungshandeln sind die Menschenrechte, die  
339 Klimaziele von Paris und die Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen für eine nachhaltige  
340 Entwicklung. Sie sind Voraussetzung dafür, Strukturen global und nachhaltig gestalten zu  
341 können. So konnten Erfolge bei der Bekämpfung von Armut und Hunger sowie beim Zugang  
zum  
342 Gesundheits- und Bildungssystem erreicht werden. Der Einsatz für Geschlechtergerechtigkeit  
343 ist integraler Bestandteil einer queerfeministischen Strukturpolitik. Das Recht auf  
344 Entwicklung gilt weltweit. Um die globalen Nachhaltigkeitsziele im Rahmen der planetaren  
345 Grenzen einzuhalten und das globale Zusammenleben möglichst krisenfest zu gestalten,  
braucht  
346 es eine globale sozial-ökologische Transformation.

347 (372) Internationale Zusammenarbeit, insbesondere Entwicklungspolitik mit Staaten und  
348 Zivilgesellschaften in ärmeren Regionen der Welt darf nicht einseitigen migrations-,  
349 wirtschafts- oder sicherheitspolitischen Interessen untergeordnet werden. Internationale  
350 Zusammenarbeit basiert vielmehr auf rechtebasierter Kooperation, dem Partnerschaftsprinzip,  
351 auf Selbstbestimmung und hat globale Gerechtigkeit und die Sicherung globaler öffentlicher  
352 Güter zum Ziel.

353 (372-2) Es besteht die gesamtgesellschaftliche Pflicht, die verheerenden Auswirkungen des  
354 Kolonialismus anzuerkennen, aufzuarbeiten und sie zu beheben. Die Menschen und Staaten im  
355 globalen Süden verfügen über ein enormes Innovationspotential, von dem auch Deutschland  
und  
356 Europa lernen können. Die internationale Zusammenarbeit ist postkolonial und antirassistisch  
357 auszurichten.

358 (373) Die Fehler der Ausbeutung von Mensch und Natur müssen überwunden werden durch ein  
359 faires und nachhaltiges Wohlstandsmodell. Aus den Verbrechen des Kolonialismus erwächst für  
360 Deutschland und Europa eine besondere Verantwortung, nach innen und außen. Wertegeleitete  
361 Politik hat ihr Handeln konsequent auf friedens-, menschenrechts- und klimapolitisch  
362 kontraproduktive Wirkungen zu prüfen und Schädliches zu unterlassen.

363 (374) Es braucht eine starke öffentliche Säule der Entwicklungs- und Klimafinanzierung. Sie  
364 muss eng verzahnt, wirksam ausgeweitet und an den nachhaltigen Entwicklungszielen  
365 ausgerichtet werden. Dabei sind evidenzbasierte Ansätze und der ständige Austausch mit der  
366 Wissenschaft unerlässlich.

367 Die globale Transformation bedeutet vor allem in ärmeren Ländern massive Investitionen.  
 368 Diese nachhaltig, sozial-ökologisch und auf lokale Bedürfnisse ausgerichtet bereitzustellen,  
 369 muss ein zentrales Ziel der globalen Finanzierungsarchitektur sein. Internationale Zusagen  
 370 müssen verbindlich eingehalten und die Förderung der Geschlechtergerechtigkeit muss  
 371 berücksichtigt werden. Auch neue Wege wie Direkthilfen an Menschen über Social-Cash-Transfer

372 sollten strukturell verankert werden. In der internationalen Klimafinanzierung stehen die  
 373 Industriestaaten - auch aufgrund ihrer historischen Emissionen - gegenüber den ärmeren  
 374 Ländern in der Verantwortung. Sie unterstützen bei Investitionen in Klimaschutz, bei der  
 375 Anpassung an die Folgen der Klimakrise und bei der Bewältigung von Schäden und Verlusten.  
 376 Denn angesichts der Klimakrise ist globale Kooperation und Unterstützung unabdingbar.

377 (375) Als weltweit größte Geberin hat die EU ein großes Potential für mehr Kohärenz und  
 378 Effizienz in der globalen Strukturpolitik. Ziel ist mittelfristig die Vergemeinschaftung der  
 379 nationalen Entwicklungspolitiken der Mitgliedstaaten. Eine gemeinsame europäische  
 380 Entwicklungspolitik soll zu einem Kern des gemeinsamen europäischen Handelns werden.

381 (376) Nachhaltiger Frieden und Demokratie sind auf eine aktive Zivilgesellschaft und  
 382 Transparenz angewiesen. Eine lebendige Zivilgesellschaft trägt dazu bei, Korruption und  
 383 soziale Ungleichheit zu bekämpfen. Daher gilt es, die Handlungsspielräume und  
 384 Gestaltungsprozesse einer kritischen Zivilgesellschaft global zu verteidigen und die  
 385 Selbstorganisationskräfte der Zivilgesellschaft, insbesondere von Frauen, Indigenen und  
 386 marginalisierten Gruppen, zu stärken und zu erweitern. Hierfür braucht es sichere und offene  
 387 digitale Werkzeuge und Räume.

### 388 **Handel**

389 (377) Internationaler Handel verbindet Menschen und Staaten, ermöglicht Teilhabe an Gütern  
 390 und Dienstleistungen und die Verbreitung von Innovationen, schlechte Handelsregeln tragen  
 391 jedoch zu Umweltverschmutzung und Ausbeutung bei. Handel ist kein Selbstzweck, sondern  
 dient

392 einem weltweit gerechten Wohlstand und damit der menschlichen Entfaltung. Er soll fair  
 393 gestaltet und demokratisch kontrolliert werden. Er muss zur Umsetzung der VN-  
 394 Nachhaltigkeitsziele und des Pariser Klimaabkommens beitragen, anstatt diese zu  
 395 konterkarieren.

396 (378) Eine demokratische Welthandelsordnung unter dem Dach einer reformierten WTO soll für  
 397 den regelgebundenen Ausgleich von Interessen stehen. Dazu gehört ein globales Kartellrecht,  
 398 ein transparentes Überwachungssystem des Vernetzungsgrads eines Wirtschaftsakteurs sowie  
 399 gesetzlich verankerte menschenrechtliche Sorgfaltspflichten für Unternehmen und deren  
 400 Einklagbarkeit. Auch fortschrittliche bilaterale Abkommen können wichtige Schritte auf  
 401 diesem Weg sein, wenn sie transparent und demokratisch zustande kommen und sich an  
 globalen

402 Gemeinwohlinteressen ausrichten. Einer Untergrabung des Multilateralismus durch  
 403 Großmachtspolitik treten wir entgegen.

404 (379) Handelspolitik der EU ist ein starkes Instrument, um Umwelt-, Tier- und Klimaschutz,  
 405 die Einhaltung der Menschenrechte und soziale Standards wie den Schutz von  
 406 Arbeitnehmer\*innen-Rechten mit Wirtschaftsinteressen in Einklang zu bringen und weltweit  
 407 durchzusetzen. Bereiche der Daseinsvorsorge, also öffentliche Güter wie beispielsweise

408 Bildung, Gesundheit, soziale Sicherheit oder Wasser, sind staatliche Aufgaben und  
409 unterliegen einem öffentlichen Interesse. Sonderrechte und Sonderjustiz für Konzerne sind  
410 auszuschließen. Handelsabkommen dürfen es Staaten und der EU nicht erschweren, eigene  
höhere  
411 Standards in Bezug auf Klima-, Umwelt-, und Verbraucher\*innenschutz festzulegen. Das  
412 europäische Vorsorgeprinzip ist stets zu wahren.

413 (380) Es braucht weltweit eine regionale Versorgungssicherheit mit überlebensnotwendigen  
414 Lebens- und Arzneimitteln. Daher dürfen diese nicht allein krisenanfälligen globalen  
415 Lieferketten überlassen werden, sondern müssen auch im europäischen Binnenmarkt produziert  
416 werden können.

417 (381) Handelsabkommen sind stark, wenn sie regionale Wirtschaftskreisläufe, regionale  
418 Wertschöpfung und regionalen Handel fördern und die Erfüllung der Nachhaltigkeitsziele  
419 sichern, indem sie Umwelt- und Sozialstandards sowie die Einhaltung der Menschenrechte  
420 verbindlich vorschreiben. Hierfür sind Prüf- und Beschwerdeinstrumente sowie  
421 Sanktionsmöglichkeiten wie Handelsbeschränkungen vorzusehen.

422 (382) Fairer Handel braucht einen Abbau der Ungleichgewichte im Welthandel und in der  
423 Eurozone. Deutschland hat dabei eine besondere Verantwortung und sollte mit öffentlichen  
424 Investitionen, guten Löhnen oder einer Stärkung der Binnennachfrage seinen  
425 Handelsbilanzüberschuss schrittweise reduzieren.  
426

427 (382 b) Eine faire Handelspolitik beruht auf Gegenseitigkeit und hilft der europäischen  
428 Wirtschaft gegen unfaire Praktiken wie Dumping oder Welthandelsrecht verletzende  
429 Subventionen. Sie achtet auf den Schutz sensibler Infrastruktur gegenüber Investitionen aus  
430 Drittstaaten.

431 (383) Ärmere Länder sind im Welthandel mit einer asymmetrischen Zollpolitik zu stärken. Sie  
432 sollen souverän entscheiden, welche Bereiche ihrer Wirtschaft sie öffnen und welche sie  
433 schützen wollen. Industriestaaten müssen unter Berücksichtigung hoher ökologischer und  
434 sozialer Standards ihre Märkte hingegen für diese Länder öffnen und hoch subventionierte  
435 Agrarprodukte nicht exportieren, die lokale Märkte zerstören. Denn formal gleiche Rechte bei  
436 ungleich verteilter ökonomischer Macht führen zu ungerechten Ergebnissen und benötigen  
437 deshalb gemeinsame Steuerungsmechanismen und die Orientierung an globalen  
438 Gemeinwohlinteressen.

439 (384) Herstellung, Produktion und Transport der Waren für den europäischen Markt müssen frei  
440 sein von ausbeuterischer Arbeit, Menschenrechtsverletzungen, Kinderarbeit und  
441 Umweltzerstörung, auch auf See. Fairer Handel soll Standard werden. Sorgfaltspflichten  
442 sollen auf nationaler wie internationaler Ebene gesetzlich verankert werden. Auch der  
443 Tierschutz ist zu beachten. Das gilt für den gesamten Weg der Lieferketten und ist über  
444 vollständige Transparenz, etwa durch digitale Verfahren und Sanktionsmöglichkeiten  
445 herzustellen. Dabei kommt der öffentlichen Hand als weitaus größter Beschafferin eine  
446 besondere Verantwortung zu. Gleichzeitig tritt die EU dafür ein, dass diese Ziele auch  
447 global gelten.

448 **Finanzmärkte und Währungsordnung**



449 (385) Unregulierte globale Finanzmärkte haben zu Beginn des 21. Jahrhunderts eine schwere  
 450 Wirtschaftskrise ausgelöst und weltweit für schwere Verwerfungen gesorgt. Kurzfristige,  
 451 spekulative Finanzströme sollen daher reguliert, verteuert und notfalls verboten werden.  
 452 Alle internationalen Kapitalströme sollten transparent sein. Auch mit Steuerumgehung und  
 453 nicht gesicherten Spekulationen soll künftig kein Geld mehr verdient werden. Steuersümpfe  
 454 müssen trockengelegt und internationale Steuerhinterziehung - auch mittels eines  
 455 international verbindlichen Regelwerks, das Mindeststandards für die Steuerpflichten von  
 456 Unternehmen und Staaten setzt - muss bekämpft werden. Wo und wieviel internationale  
 Konzerne  
 457 an Steuern zahlen, muss öffentlich einsehbar sein.

458 (386) Nachhaltige internationale Direktinvestitionen fördern die weltweite Entwicklung und  
 459 gehören zu einer starken Außenwirtschaftspolitik der Europäischen Union. Eine gerechte  
 460 Weltwährungsordnung ermöglicht allen Ländern - nicht nur den wohlhabenden - eine  
 461 langfristige und damit verlässliche Finanzierung von Investitionen. Neben einer Regulierung  
 462 von kurzfristigem Kapitalverkehr braucht es dafür die Stabilisierung von Wechselkursen.

463 (387) Nur globale öffentliche Institutionen können gegen spekulative Attacken auf Staaten  
 464 und ihre Währungen absichern. Langfristiges Ziel ist daher eine weltweite Kooperation der  
 465 Zentralbanken sowie eine Stärkung und Demokratisierung des Internationalen  
 466 Währungsfonds (IWF). So soll Liquidität sichergestellt, dem globalen Finanzmarkt ein  
 467 stabiler Rahmen gesetzt und Krisen sollen so verhindert werden. Die Europäische Zentralbank  
 468 steht schon jetzt in der Verantwortung, die Auswirkungen ihrer Politik auf weniger und am  
 469 wenigsten entwickelte Länder zu berücksichtigen sowie Wechselkurse zu stabilisieren und  
 470 abzusichern. So hilft europäische Geldpolitik, spekulative Kapitalflucht aus diesen Ländern  
 471 zu vermeiden und deren Entwicklung zu fördern.

472 (388) Schulden können - wenn das Geld gut investiert wird - Entwicklung fördern und die  
 473 notwendige Finanzierung für die sozial-ökologische Transformation bereitstellen.  
 474 Überschuldung hingegen schadet insbesondere den Ärmsten der Armen. Insbesondere bremst  
 sie  
 475 die Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele, gefährdet Gesundheitsversorgung, Bildung und  
 476 Infrastruktur in vielen Ländern. Die internationale Gemeinschaft muss regelbasierte  
 477 Verfahren schaffen, um bei Zahlungsunfähigkeit von Staaten durch Schuldenerlasse,  
 478 Zahlungsaufschübe oder einen Schuldenschnitt einen Ausgleich zu finden.  
 479 Staateninsolvenzverfahren können sämtliche Schulden für Länder umfassen, die nicht in ihrer  
 480 eigenen Währung verschuldet sind. Finanzhilfen wiederum dürfen nicht vom Abbau der  
 481 Daseinsvorsorge abhängig gemacht werden.

482 (389) Zu einer weltpolitikfähigen EU gehört eine sichere und starke Währung. Der Euro soll  
 483 zu einer globalen Leitwährung werden. Voraussetzung dafür sind eine gemeinsame Fiskalpolitik  
 484 der EU sowie die Herausgabe sicherer und liquider gemeinsamer Anleihen, abgesichert mit  
 485 eigenen Steuerquellen. Die strategische Handlungsfähigkeit der EU soll auch durch eigene  
 486 Zahlungssysteme und ein digitales Zentralbankgeld sichergestellt werden.

#### 487 **Migration und Flucht**

488 (390) Migration hat es in der Menschheitsgeschichte immer gegeben. Sie ist und war stets  
 489 Triebfeder für Entwicklung und globale Zusammenarbeit, genauso Quelle von Austausch und  
 490 Innovation, aber auch von Leid und Verlust. Migration prägt und verändert seit Jahrhunderten

491 auch unsere Gesellschaft und unseren Alltag auf allen Ebenen. Die Möglichkeit zu migrieren  
492 oder in der Heimat zu bleiben, darf nicht das Privileg weniger Menschen bleiben. Um globale  
493 Abschottung zu beenden sind die Grundlagen zu schaffen. Unsere Demokratie ist keine, in der  
494 Zugehörigkeit auf Herkunft basiert, sondern eine offene Gesellschaft, in der wir uns  
495 gemeinsam darüber verständigen, wie wir zusammenleben wollen. Diskriminierungen und  
496 Ausschlussmechanismen sind darin abzubauen und Rassismus wird aktiv und entschlossen  
497 bekämpft. Jeder Mensch hat das Recht auf ein Leben in Würde und Freiheit.

498 (391) Migration ist globale Realität und braucht globale Regelungen. So stärken  
499 internationale Vereinbarungen, wie der Globale Pakt für Migration die Rechte und die  
500 Freiheit von Menschen, die nicht in ihrem Geburtsland leben, arbeiten oder zur Schule gehen.  
501 Sie sind Grundlage für die internationale Verständigung zum rechtebasierten Umgang mit  
502 Migration und soll in diesem Sinne weiterentwickelt werden. Der gleichberechtigte Anspruch  
503 von Migrant\*innen zur Durchsetzung ihrer Rechte muss national und europäisch verbindlich  
504 umgesetzt werden.

505 (392) Deutschland ist ein Einwanderungsland, Europa ein Kontinent der Migration. Deshalb  
506 braucht es sichere Zugangswege und ein Einwanderungsgesetz, das faire und  
507 diskriminierungsfreie Kriterien für Einwanderung definiert. Das schließt ein Recht auf  
508 Familienleben mit ein sowie dass Menschen ihren Status wechseln und zwischen ihrem  
509 Herkunftsland und dem Wohnort hin- und herreisen können. Menschen, die hier leben, sollen  
510 schnell den Zugang zu staatsbürgerlichen Rechten bekommen. Dafür braucht es ein modernes  
511 Staatsbürgerschaftsrecht, das mehrere Staatsbürgerschaften ermöglicht.

512 (393) Menschen, die aufgrund von politischer Verfolgung, Folter, Bedrohung von Leib und  
513 Leben, Menschenrechtsverletzungen oder Krieg gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen,  
514 werden durch das Asylrecht geschützt. Das international verankerte Recht, in einem anderen  
515 Land Schutz zu suchen, beruht auf den Lehren aus dem Menschheitsverbrechen der Shoah. Die  
516 völkerrechtlich verbindlichen Regeln, insbesondere der Genfer Flüchtlingskonvention, gelten  
517 universell und uneingeschränkt für alle Geflüchteten. Sie sind Verpflichtung und Fundament  
518 einer Welt, in der die Würde des Menschen unantastbar ist. Das individuelle Grundrecht auf  
519 Asyl ist Grundpfeiler einer menschenrecht orientierten Politik und muss unangetastet  
520 bleiben. Statt Länder politisch als sichere Dritt- oder Herkunftsstaaten einzustufen,  
521 braucht es rechtssichere, schnelle und faire Verfahren, also unvoreingenommene Asylverfahren  
522 und den Zugang zu einer unabhängigen Beratung während des gesamten Verfahrens. Der  
523 Globale

523 Pakt für Flüchtlinge steht für das Bestreben, Flucht international menschenwürdig zu  
524 gestalten und die Rechte der Betroffenen zu schützen. Entsprechend muss der internationale  
525 Umgang mit Geflüchteten rechtebasiert weiterentwickelt werden.

526 (394) Egal wo jemand herkommt, egal wo jemand hinwill oder aus welchem Grund ein Mensch  
527 in

527 Seenot ist: Menschen sind aus Lebensgefahr zu retten und an einen sicheren Ort zu bringen.  
528 Dort, wo Menschen in Not sind, haben Staaten die Verantwortung, Rettungen zu koordinieren  
529 und zu organisieren. Dafür braucht es ein gemeinsames EU-Seenotrettungssystem. Wer sich für  
530 Menschenrechte einsetzt, ob an Land oder auf See, ist zu unterstützen und darf nicht  
531 kriminalisiert werden.

532 (395) Die Klimakrise zwingt immer mehr Menschen zu Migration und Flucht, bereits bestehende  
533 Konflikte werden weiter verschärft. Insbesondere der globale Süden ist davon betroffen. Ziel

534 muss sein, durch Klimaschutz, -finanzierung und -anpassung zu verhindern, dass Menschen  
535 aufgrund der Klimafolgen ihre Heimat verlassen müssen. Wenn Menschen die Staatenlosigkeit  
536 droht oder sie dauerhaft ihre Heimat verlieren, brauchen sie Möglichkeiten zur würdevollen,  
537 frühzeitigen, selbstbestimmten und sicheren Migration. Sie dürfen nicht in eine Schutzlücke  
538 geraten. Perspektivisch brauchen sie einen völkerrechtlichen Schutzstatus. Insbesondere  
539 Staaten, die historisch wie aktuell den Großteil klimaschädlicher Gase emittieren, müssen  
540 sich an einem globalen Ausgleich der Klimafolgen, Schäden und Verluste sowie der Schaffung  
541 sicherer und würdevoller Migrationswege beteiligen.

542 (396) Menschen brauchen Perspektiven. Duldungen bedeuten einen Zustand in der Schwebelage,  
543 fortdauernde Unsicherheit und Perspektivlosigkeit. Ein solcher Ausnahmezustand muss  
Ausnahme

544 sein. Menschen, die dauerhaft hier leben, brauchen ein sicheres Bleiberecht. Kein Mensch ist  
545 illegal, daher sollten Abschiebungen stets das letzte Mittel sein. Freiwillige Rückkehr hat  
546 immer Vorrang. Haft ohne Verbrechen zur Durchsetzung der Ausreise ist ein massiver Eingriff  
547 in das verfassungsrechtlich garantierte Freiheitsrecht. Abschiebungen in Kriegs- und  
548 Krisengebiete verbieten sich.

549 (397) Rechtsstaatliche, zügige und geordnete Verfahren ermöglichen die Wahrnehmung der  
550 menschenrechtlichen und humanitären Verantwortung der EU. Der Zugang zu individuellen  
551 Asylrechtsverfahren muss in den Mitgliedsstaaten der EU gewährleistet sein. Abschottung ist  
552 nicht nur inhuman, sondern führt zu Chaos. Rechtsstaatlich und europäisch kontrollierte EU-  
553 Außengrenzen, eine zuverlässige Registrierung und erste Checks durch eine eigene EU-  
554 Asylbehörde, humane Unterkünfte sowie ein einheitliches Asylsystem, das die Verantwortung  
555 innerhalb der EU fair verteilt, sind die Grundlagen einer gemeinsamen EU-Asylpolitik.  
556 Grenzen sind nur rechtsstaatlich kontrolliert, wenn Menschenrechte an diesen Grenzen  
557 geschützt werden und eine Möglichkeit zur Einreise existiert.

558 (398) Nicht jede\*r hat das Recht auf Asyl, aber jede\*r hat das Recht auf ein  
559 rechtsstaatliches Verfahren mit individueller Prüfung sowie auf eine würdige Unterbringung  
560 und Behandlung. Zugang zu unabhängiger, rechtlicher Beratung und zu  
561 Widerspruchsmöglichkeiten zeichnet den Rechtsstaat aus. Ärztliche Versorgung und Zugang zu  
562 Bildung muss in dieser Zeit und auch unabhängig vom Status gewährleistet sein. Ziel ist ein  
563 gemeinsames EU-Asylrecht mit hohen Standards.

564 (399) Um eine humanitäre Versorgung von geflüchteten Menschen auch außerhalb der  
565 Europäischen Union zu unterstützen, sind Kooperationen und Solidarität mit Nachbarstaaten  
566 und weiteren Aufnahmeländern notwendig. Die Möglichkeit zu fliehen sowie in Deutschland und  
567 Europa Schutz zu suchen, darf jedoch nicht durch Kooperationen mit Drittstaaten erschwert  
568 werden und Kooperationen dürfen nicht zu Menschenrechtsverletzungen führen. Besonderen  
569 Schutz brauchen vulnerable Gruppen wie zum Beispiel Frauen, Kinder, LGBTIQ, alte und kranke  
570 Menschen.

571 (400) Das Bekämpfen von Fluchtursachen heißt, die Gründe für Flucht und nicht die Menschen  
572 auf der Flucht zu bekämpfen. Europäische Politik muss sich danach ausrichten, die  
573 politischen Herausforderungen global zu denken und auch lokal dafür Sorge zu tragen, globale  
574 Gerechtigkeit zu stärken. Europäische Wirtschafts-, Finanz-, Handels-, Agrar- oder  
575 Rüstungsexportpolitik muss konsequent auf ihre sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen  
576 Wirkungen in Drittstaaten überprüft werden, Korruption und Patronage unterbinden und nach

577 dem Pariser Klimaabkommen, den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen sowie den  
578 Menschenrechten gestaltet sein.

579 (401) Im Zentrum unserer Asyl- und Migrationspolitik steht der Mensch in seiner Würde und  
580 Freiheit. Unser Ziel ist eine Welt, in der Menschen nicht zur Flucht gezwungen werden.

# **Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen**



45. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
20. - 22. November 2020, Karlsruhe - DIGITAL

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 21.11.2020  
Tagesordnungspunkt: GSP-L Lebensgrundlagen schützen

## **Antragstext**

### **1 Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen**

#### **2 Klima und Energie**

3 (53) Nach dem fossilen Zeitalter beginnt das ökologische Zeitalter. War der Fortschritt der  
4 Moderne bislang angetrieben von Kohle, Öl und Gas und verlagerte er seine sozialen und  
5 ökologischen Kosten zu großen Teilen in andere Weltregionen und in die Zukunft, geht es beim  
6 Fortschritt heute darum, die natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren sowie den  
7 gegenwärtigen und kommenden Generationen weltweit ein Leben in Freiheit, Würde und  
8 Wohlstand  
9 zu ermöglichen. Je entschiedener wir handeln, umso mehr Freiheiten und Alternativen haben  
10 wir in den kommenden Jahrzehnten.

11 (54) Im ökologischen Zeitalter ist das Prinzip der Nachhaltigkeit leitend. Die natürlichen  
12 Ressourcen dürfen demnach nur in dem Maße genutzt werden, wie sie sich auch wieder  
13 erneuern  
14 können. Das gilt für Technologien, Wirtschaftsweisen, für den privaten Verbrauch und Konsum.  
15 Konkret bedeutet das: Politische Entscheidungen müssen daran gemessen werden, ob ihre  
16 Folgen  
17 mit der Einhaltung der planetaren Grenzen vereinbar sind.

18 (55) Wir leben in Zeiten der Klimakrise. Der Anstieg der Meeresspiegel bedroht das Leben an  
19 den Küsten. Trockenheit und Wüstenbildung zerstören Lebensräume von Mensch und Tier.  
20 Hitzesommer und Wetterextreme sorgen für extreme Schäden und nehmen lebensbedrohliche  
21 Ausmaße an, insbesondere im globalen Süden. Immer mehr Menschen müssen ihr Zuhause  
22 verlassen. Es ist Aufgabe der Menschheit, die Katastrophe so weit wie möglich zu verhindern.

23 (56) Zentrale Grundlage unserer Politik ist das Klimaabkommen von Paris sowie der Bericht  
24 des  
25 Weltklimarates zum 1,5-Grad-Limit, der verdeutlicht, dass jedes Zehntelgrad zählt, um das  
26 Überschreiten von relevanten Kippunkten im Klimasystem zu verhindern. Es ist daher  
27 notwendig, auf den 1,5-Grad-Pfad zu kommen. Dafür ist unmittelbares und substanzielles  
28 Handeln in den nächsten Jahren entscheidend. Mehr erneuerbare Energien zu nutzen, ist nicht  
29 nur günstiger und nachhaltiger, sondern führt auch schneller zu europäischer  
30 Klimaneutralität – die deutlich vor Mitte des Jahrhunderts erreicht werden muss.

31 (57) Maßstab erfolgreicher Klimapolitik ist der globale Budget-Ansatz. Er zeigt auf, wie  
32 viele Treibhausgasemissionen insgesamt weltweit noch ausgestoßen werden dürfen, um das  
33 Pariser Klimaabkommen einzuhalten. Industriestaaten wie Deutschland als historisch größte  
34 Verursacher von Treibhausgasen haben eine besondere Verantwortung und müssen deshalb  
35 eine

32 Führungsrolle bei der Dekarbonisierung einnehmen. Jede zusätzliche von ihnen ausgestoßene  
33 Tonne CO<sub>2</sub> ist ein bei Ländern des globalen Südens und bei nachfolgenden Generationen  
34 aufgenommenen Kredit. Daraus folgt die Notwendigkeit, jeden Tag konkret zu handeln.

35 (58) Der Übergang zu 100 Prozent erneuerbaren Energien und der Ausstieg aus fossilem Gas, Öl  
36 und Kohle sind die Schlüsselaufgaben des Klimaschutzes. Eine schnelle und konsequente  
37 Dekarbonisierung modernisiert zugleich Wirtschaft und Industrie und sichert so  
38 gesellschaftlichen Wohlstand und Arbeitsplätze. Um alle Wirtschaftsprozesse zu  
39 dekarbonisieren, müssen die Erneuerbaren massiv ausgebaut werden sowie effizient und  
40 wirtschaftlich zwischen den Sektoren Strom, Wärme, Verkehr, Industrie und Landwirtschaft  
41 über  
42 Netze, Speicher und erneuerbare Energieträger gekoppelt werden.

43 (59) Der Einsatz moderner Technologien ermöglicht Klimaneutralität. Die Aufgabe von Politik  
44 ist es daher, den Einfallsreichtum der Menschen zu aktivieren, um geeignete Technologien zu  
45 entwickeln und clever zu nutzen. Technologische Lösungen müssen immer dem Vorsorgeprinzip  
46 folgen und Maßgaben zur Rückholbarkeit unterliegen, denn großtechnische Eingriffe in das  
47 Klimasystem bergen unkalkulierbare Risiken. Bei der Abwägung  
48 von Nutzen und Schäden müssen also die mögliche Umkehrbarkeit sowie die Eingriffstiefe  
49 berücksichtigt werden. Technologien werden grundlegende Veränderungen und schnelles  
50 Handeln  
51 nicht ersetzen, sondern nur ergänzen können. Ebenso sind Negativemissionen kein Ersatz für  
52 Emissionsreduktionen.

53 (60) Die Digitalisierung kann einen Beitrag für den Klimaschutz leisten. Über moderne  
54 Technik und Preissignale ermöglicht sie es,  
55 eine schwankende erneuerbare Produktion eng mit dem Verbrauch zu verzahnen. Das Potential  
56 der Digitalisierung für Ressourceneffizienz und  
57 sparsamen Energieverbrauch soll bestmöglich gefördert werden. Die Digitalisierung selbst  
58 muss mit Maßnahmen flankiert werden, die den Ressourcenverbrauch begrenzen, Rebound-  
59 Effekte  
60 vermeiden und Suffizienz unterstützen. Maßstab sind die planetaren Grenzen.

61 (61) Eine dezentrale Versorgung mit erneuerbaren Energien in vielfältiger Besitzstruktur ist  
62 krisenfester als ein Energiesystem, das auf zentralen Großkraftwerken beruht. Gleichzeitig  
63 lässt sich die lokale und regionale Versorgung durch erneuerbare Energien mittels einer  
64 europaweiten Vernetzung optimieren. Die europäische Energieunion soll die Stärken der  
65 vielfältigen erneuerbaren Energien miteinander verbinden. Dabei können Solarenergie und  
66 Onshore-Windkraft in ganz Europa genutzt werden, Geothermie und Wasserkraft zum Beispiel  
67 in  
68 Skandinavien und den Alpen, Offshore-Windkraft im Atlantik, im Mittelmeer und in Nord- und  
69 Ostsee. Dies gelingt, wenn entscheidende Akteur\*innen, wie Bürger\*innen, Kommunen, aber  
70 auch  
71 regionale Unternehmen und das Handwerk aktiv zur Energiewende beitragen – zugleich können  
72 sie dadurch  
73 einen unmittelbaren Nutzen haben.

74 (62) Bei Infrastrukturen wie Strom- und Gasleitungen, die natürliche Monopole

72 darstellen, hat die öffentliche Hand eine besondere Verantwortung. Entsprechend soll ihr  
73 Anteil bei künftigen Investitionen erhöht werden.

74 (63) Es braucht eine vorausschauende Energieaußenpolitik auch über Europa hinaus. Sie hilft  
75 weltweit bei der Dekarbonisierung, plant und organisiert den Übergang zu neuen Energie- und  
76 Handelsflüssen und sichert noch notwendige Energieimporte. Zusätzlich hilft eine  
77 Energieaußenpolitik auf Augenhöhe mit den Partnerländern beim Aufbau der entsprechenden  
78 Strukturen für deren eigene Energiewende und anschließend für den Export. Sie stellt  
79 außerdem sicher, dass die importierte Energie nachhaltig und unter sozial gerechten  
80 Bedingungen  
81 erzeugt wurde.

82 (64) Um die Klimakrise zu bewältigen, ist es weder notwendig noch vertretbar, zur Atomkraft  
83 zurückzukehren. Diese Hochrisikotechnologie ist vielmehr eine weltweite existenzielle  
84 Bedrohung für Natur, Mensch und Tier. Daher sind alle Anlagen stillzulegen, die einer  
85 weiteren Nutzung der Atomkraft im In- und Ausland dienen oder das Material zu einem  
86 möglichen Bau von Atombomben produzieren. Statt der Privilegierung der Atomkraft im  
Euratom-  
87 Vertrag sollten erneuerbare Energien gefördert werden. Eine mögliche Energiegewinnung aus  
88 Kernfusion kommt zu spät, um in den nächsten Dekaden einen wesentlichen Beitrag zur Lösung  
89 der Klimakrise leisten zu können.

90 (65) Jetzt stellt sich die Aufgabe, einen Standort für ein Endlager für den hochradioaktiven  
91 Atommüll mit höchstmöglichen Sicherheitsstandards und bei bestmöglichen geologischen  
92 Bedingungen zu finden. Bei der Suche auf Basis von wissenschaftlichen Kriterien und mit  
93 größtmöglicher Transparenz und Beteiligung der Bevölkerung, ist die gesamtgesellschaftliche  
94 Verantwortung vor Eigeninteressen zu stellen. Ebenso müssen die Zwischenlager die höchsten  
95 erreichbaren Sicherheitsstandards erfüllen.

## 96 **Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft**

97 (66) Der Verlust an Biodiversität ist so dramatisch wie die Klimakrise. Schlimmer noch: Die  
98 beiden Krisen bedingen sich gegenseitig und können daher auch nur gemeinsam gelöst werden.

99 Die Roten Listen und die planetaren Grenzen müssen als „Barometer des Lebens“ zum  
Gradmesser  
100 für politische Handlungsleitlinien werden, denn die biologische Vielfalt sichert das Leben  
101 auf dem Planeten. Ökologischer Landbau, die Ökologisierung der konventionellen  
102 Landwirtschaft, flächensparendes Planen und Bauen, der Erhalt wertvoller Lebensräume, mehr  
103 Schutzgebiete und Biotop sowie mehr Wildnis und freie Natur an Land, in  
104 Flüssen, Seen und Meeren sind als wirksamer Schutz für Artenvielfalt und Umwelt zu  
105 betreiben und zu fördern. Insbesondere die Weltmeere sind durch Versauerung, Überhitzung  
und  
106 Überfischung massiv bedroht. Als größte Sauerstoffproduzenten müssen sie durch wirksame  
107 Meeresschutzgebiete, umweltgerechte Land- und Fischereiwirtschaft geschützt werden.

108 (67) Das Vordringen des Menschen in die letzten, noch nicht zerstörten natürlichen Gebiete  
109 und die grenzenlose Aneignung von Umwelt und Tierwelt zum Verbrauch oder Verzehr  
gefährden  
110 nicht nur die Natur, sondern auch die menschliche Gesundheit. Sogenannte zoonotische

111 Krankheiten können fatale gesellschaftliche Folgen haben. Der Schutz von Ökosystemen trägt  
112 auch dazu bei, Seuchen und Pandemien zu verhindern. Bei Eingriffen in die Natur müssen  
113 nicht-verantwortbare Risiken, wie die Ausrottung ganzer Populationen oder Arten durch  
114 gentechnische Methoden, ausgeschlossen werden.

115 (68) Damit Wälder, Moore und Auen ihren unverzichtbaren Beitrag zur Sicherung der  
116 Biodiversität, zur Grundwasserneubildung und zur Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes leisten  
können,  
117 müssen Wiederbewaldung und Waldumbau - weg von Monokulturen und hin zu naturnahen,  
118 klimaresilienten Mischwäldern - nach ökologischen Kriterien beschleunigt werden. Zugleich  
119 ist es dringend nötig, die Trockenlegung von Mooren zu stoppen, ihre Wiedervernässung und  
120 die Auenrenaturierung zu fördern. Denn Naturschutz ist Klimaschutz.

121 (69) Artenschutz erfordert den Schutz von Lebensräumen und mehr Wissen. Ziel ist der Auf-  
122 und Ausbau eines vernetzten Verbundes von Schutzflächen sowie eine naturgerechte Land- und  
123 Waldwirtschaft. Das Vollzugsdefizit im Natur-, Umwelt- und Klimaschutz gehört beendet. Die  
124 Forschung über die verschiedenen Arten, ihre Bestandssichtung und ihr Zusammenspiel im  
125 Ökosystem soll gefördert und digital unterstützt werden, denn geschätzt sind heute weniger  
126 als ein Viertel aller Arten bekannt. Intensivierte Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit  
127 erhöht das Bewusstsein für die Bedeutung des Artenschutzes und den respektvollen Umgang  
mit  
128 der Natur. Zum Schutz von Arten gehört es auch, den kommerziellen Wildtierhandel und die  
129 Trophäenjagd effektiv zu unterbinden.

130 (70) Ein Ende der Verschmutzung der Erde mit Luft- und Wasserschadstoffen, Plastik, Müll,  
131 giftigen Chemikalien und Pestiziden ist essenziell für Umwelt-, Gesundheits- und  
132 Klimaschutz. Leitlinien für die Regulierung von Umweltverschmutzungen sind das Vorsorge- und  
133 das Verursacherprinzip. Abfall darf nicht in andere Länder ohne strenge und  
134 kontrollierbare Umweltschutzaufgaben ausgelagert werden. Schadstoffe sollen nicht Teil von  
135 Produkten und Produktionsverfahren sein, da sich ihre Umweltauswirkungen nachträglich in der  
136 Regel nur unvollständig und zu hohen Kosten begrenzen lassen. Vorrang hat daher der Ersatz  
137 umweltschädlicher durch umweltverträgliche Produkte und Produktionsverfahren mittels  
138 entsprechender Gebote, starker Anreize und gesetzlicher Regelungen.

139 (71) Um den Raubbau an der Natur zu beenden, muss der absolute Verbrauch von natürlichen  
140 Ressourcen substanziell und rasch reduziert werden. Dies gilt auch für Ressourcen, die  
141 importiert werden. Die Achtung der planetaren Grenzen bedeutet, dass Wohlstand und  
142 Lebensqualität so weit wie möglich vom Ressourcenverbrauch entkoppelt und Ressourcen in  
eine  
143 vollständige Kreislaufwirtschaft überführt werden.

144 (72) Eine zukunftsfähige Landwirtschaft arbeitet mit der Natur. Die wachsende Abhängigkeit  
145 von Weltmärkten mit engen, schuldengetriebenen Produktionszwängen und wenigen  
Großkonzernen,  
146 von Pestiziden und Saatgutpatenten gehört beendet. Es darf keine Patente auf Pflanzen und  
147 Tiere sowie deren genetische Anlagen geben. Die Zukunft gehört einer klimafreundlichen,  
148 kreislauforientierten und regional verwurzelten Landwirtschaft, die altes Erfahrungswissen  
149 mit modernen agrarökologischen Anbaumethoden, digitalen Anwendungen und nachhaltigem  
150 Wassermanagement kombiniert. Diese vielfältige Landwirtschaft produziert nicht für Märkte,



151 sondern für Menschen, die ein Recht auf sichere, gesunde und nachhaltige Lebensmittel haben.  
152 Sie arbeitet ressourcenschonend, naturverträglich und orientiert sich am Leitbild der  
153 ökologischen Landwirtschaft mit ihren Prinzipien Tiergerechtigkeit, Gentechnikfreiheit und  
154 Freiheit von synthetischen Pestiziden. Eine solche Landwirtschaft steht für den Erhalt einer  
155 vielfältigen Kulturlandschaft und die Vielfalt von Anbausystemen, Nutztierassen und  
156 Pflanzensorten. Die Weidetierhaltung verdient dabei eine besondere Förderung, da sie das  
157 ökologisch wertvolle Grünland erhält und sinnvoll nutzt. Der notwendige Wandel hin zur  
158 zukunftsfähigen Landwirtschaft gelingt nur zusammen mit den Bäuerinnen und Bauern.

159 (73) Jeder Mensch hat das Recht auf bezahlbare, gesunde und ausreichende Nahrung. Es muss  
160 dafür Sorge getragen werden, dass Klima und Umwelt bei der Lebensmittelherstellung geschont

161 werden, gesunde Lebensmittel produziert und damit insbesondere Kinder vor  
162 ernährungsbedingten Krankheiten geschützt werden. Zugleich müssen faire Arbeits- und  
163 transparente Produktionsbedingungen in der Lieferkette herrschen.

164 (74) Die Sicherung und Versorgung mit Nahrungsmitteln ist ein hohes Gut. Der Landwirtschaft  
165 gebührt Anerkennung, dass sie dies gewährleistet. Im Sinne der globalen  
166 Ernährungssouveränität gilt es, bäuerliche Strukturen zu stärken, Landgrabbing und  
167 Bodenspekulation durch Großinvestoren - in Ländern des globalen Südens wie auch bei uns - zu  
168 unterbinden sowie regionale Wertschöpfungsketten und solidarische Systeme zu fördern.  
169 Die Exportorientierung der Landwirtschaft zulasten anderer Regionen muss abgebaut  
170 werden. Ziel ist, dass Bäuer\*innen einen Ausweg aus dem System des „Wachse oder Weiche“  
171 erhalten. Dazu gehört auch, dass sie für ihre vielfältigen Gemeinwohlleistungen gezielt  
172 entlohnt werden.

173

#### 174 **Tierschutz**

175 (75) Tiere sind fühlende Lebewesen, sie haben Rechte und dürfen nicht zu Rohstofflieferanten  
176 oder Unterhaltungsobjekten degradiert werden. Wo immer ihr Wohlergehen aufgrund  
177 menschlichen

178 Handelns in Gefahr ist, muss es geschützt werden. Jede Tierhaltung ist an ihren umfassenden  
179 Bedürfnissen auszurichten, denn auch Tieren steht ein gutes und gesundes Leben zu. Dafür  
180 müssen die entsprechenden politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen  
181 werden.

182 Anerkannte Tierschutzorganisationen benötigen als Anwälte der Tierrechte mehr Kompetenzen  
183 und mehr Unterstützung.

184 (76) Solange wir Menschen Tiere halten, um sie zu töten und zu essen, müssen wir ihnen  
185 ein würdevolles Leben frei von Schmerzen, Angst und Stress ermöglichen - ohne  
186 tierquälerische Zucht-, Haltungs-, Transport- und Schlachtmethode. Eine zukunftsfähige  
187 Landwirtschaft hat diese Ziele fest in sich verankert. Das bedeutet auch, dass künftig immer  
188 weniger Tiere gehalten werden und entsprechend weniger Fleisch konsumiert und exportiert  
189 wird. Das ist zugleich essenziell für den Schutz von Klima, Umwelt und Biodiversität und  
190 einen fairen Handel mit den Ländern des globalen Südens. Auch durch eine neue  
191 Ernährungspolitik und die gezielte Förderung pflanzlicher Alternativen sinkt der Konsum von  
192 tierischen Produkten. Tierversuche sollen nach einem Ausstiegsplan konsequent reduziert und  
193 durch innovative Forschungsmethoden ohne Tiere ersetzt werden.

#### 192 **Mobilität**

193 (77) Jeder Mensch hat das Recht auf Mobilität. Sie ermöglicht Freiheit und Teilhabe und ist  
194 Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie muss sich an den menschlichen Bedürfnissen  
195 orientieren, vollständig barrierefrei gestaltet sein und zugleich die planetaren Grenzen  
196 wahren. Eine sozial-ökologische Politik schafft die Mobilitätswende und garantiert allen  
197 Menschen nachhaltige Mobilität. Sie sorgt für bessere Luft, weniger Verkehrslärm und stärkt  
198 die Sicherheit. Ziel ist ein Straßenverkehr, in dem keine Menschen mehr sterben. Dazu  
199 braucht es strenge Geschwindigkeitsbegrenzungen, auch auf Autobahnen.

200 (78) Die öffentliche Förderung der einzelnen Verkehrsmittel ist in Zukunft am ökologischen  
201 Fußabdruck auszurichten. Zugleich müssen die einzelnen Verkehrsträger für ihre jeweiligen  
202 Umweltkosten aufkommen. Statt immer neue Straßen und Autobahnen braucht das Land eine  
203 moderne und flächendeckende Infrastruktur für Schienen- und öffentlichen Nahverkehr. Das  
204 heißt auch, dass vorhandene Straßeninfrastruktur neu und vernetzt genutzt werden kann.  
205 Attraktive Angebote führen zu einer Verkehrsverlagerung. Es gilt das Prinzip: Schiene,  
206 Radfahren und Zufußgehen stärken, Straßen- und Luftverkehr dekarbonisieren.

207 (79) Die Mobilität im ökologischen Zeitalter ist vernetzt und digital. Die Verkehrsträger  
208 kombinieren ihre Angebote und Verbindungen - ermöglicht von allen Anbietern und auf  
209 Grundlage transparenter Programmierungen und Informationen. Der öffentliche Nahverkehr  
wird

210 immer stärker öffentlich finanziert, sodass seine Nutzung für alle über niedrige  
211 Pauschaltarife bis hin zu Kostenlosangeboten gewährleistet ist. Gleichzeitig muss das  
212 Angebot verbessert werden. Verschiedene Mobilitätsformen greifen so nahtlos ineinander und  
213 ermöglichen individuelle Mobilität, auch für Menschen mit einer Behinderung oder  
214 mobilitätseingeschränkte Menschen. Home-Office, Videokonferenzen und flexibles Arbeiten  
215 tragen zusätzlich zur Verkehrsvermeidung bei.

216 (80) In ländlichen Räumen ist die Mobilitätswende am anspruchsvollsten, denn viele Menschen  
217 sind dort auf das Auto angewiesen. Deshalb braucht es gerade hier einen verlässlichen Takt  
218 bei der  
219 ÖPNV-Anbindung. Da, wo weiterhin ein Auto gebraucht wird, wird es künftig emissionsfrei und  
220 digital vernetzt sein. Regionale Wirtschaft zu stärken und Menschen bezahlbaren Wohnraum in  
221 der Nähe ihres Jobs zu bieten, vermeidet unnötige Wege, Gütertransporte und Pendelwege.  
222

223 (81) Der Raum in den Städten wird Stück für Stück neu aufgeteilt. Sichere und  
224 barrierefreie Infrastruktur für Fußgänger\*innen, Radfahrende und Menschen mit  
225 Behinderung sowie ein attraktiver, für alle erschwinglicher und verlässlicher Nahverkehr  
226 bilden das Rückgrat einer sozial-ökologischen Mobilität. Insgesamt wird es deutlich weniger  
227 Autos und weniger unnötigen Verkehr geben, die Autozentrierung von Verkehrspolitik,  
228 Stadtplanung und Gesellschaft gehört der Vergangenheit an. Fahrräder und E-Bikes können  
229 Autoverkehr ersetzen und unsere Städte und Dörfer lebenswerter, sicherer und mobiler machen

230 - Radwege und Ladestationen vorausgesetzt. In den Städten gehört die Zukunft der autofreien  
231 Innenstadt.

232 (82) Die Verkehrswende in der Stadt und auf dem Land gelingt nur mit einer starken und  
233 zuverlässigen Bahn. Das erfordert einen Aus- und Umbau des Nah- und Fernverkehrs, eine  
234 getrennte Bewirtschaftung von Infrastruktur und Betrieb und eine erhebliche  
235 Angebotsausweitung. Dazu gehören die Anbindung an Regionalzentren auch über

236 Verwaltungsgrenzen und nationale Grenzen hinweg sowie der Ausbau und die Elektrifizierung  
237 des Schienennetzes, damit alle größeren Städte angebunden sind.  
238 Stillgelegte Bahnstrecken sollen reaktiviert werden. Die europäischen Großstädte sind durch  
239 schnelle transnationale Bahnverbindungen, ein komfortables Nachtzugangebot und ein  
240 einheitliches europäisches Buchungssystem zu vernetzen. Das sind wesentliche  
Voraussetzungen  
241 dafür, dass Kurzstreckenflüge sowie viele Regionalflughäfen überflüssig werden und der  
242 Flugverkehr – wie klimapolitisch notwendig – merklich zurückgeht.

243

244 (83) Auch der Güterverkehr muss klimaneutral und schadstofffrei werden. Für diese  
245 Aufgabe müssen alle Möglichkeiten genutzt werden, insbesondere die Verlagerung von Straße  
246 und Flugzeug auf Bahn und emissionsfreie Schiffe sowie der Umstieg auf alternative  
247 Antriebssysteme, der Bau und Ausbau von Oberleitungen auf Straße und Schiene und die  
248 Förderung des kombinierten Güterverkehrs Straße-Schiene. Es gilt, durch dezentrale  
249 Verteilkonzepte die Städte möglichst frei von Lkw zu bekommen.

## 250 **Wohnen**

251 (84) Jeder Mensch hat das Recht auf Wohnen. Nur wer ein gesichertes Zuhause hat, kann  
252 Freiheit und Teilhabe erleben. Allen dieses Recht zu ermöglichen, ist Teil der öffentlichen  
253 Daseinsvorsorge. Eine sozial-ökologische Wohnungspolitik garantiert jedem Menschen ein  
254 würdiges Zuhause innerhalb der planetaren Grenzen.

255 (85) Im urbanen Raum zeigen sich die Herausforderungen für die ökologische Gesellschaft wie  
256 unter einem Brennglas. Das überholte Leitbild der autogerechten Stadt kostet Lebensqualität  
257 und macht krank. Mehr Wohnraum und mehr Platz für Grün und Stadtnatur, städtisches Leben,  
258 Freizeit, Begegnungen und Erholung schaffen lebenswerte Städte mit kurzen Wegen, in denen  
259 die Menschen gerne wohnen und arbeiten. Das Stadtklima wird verbessert, die  
260 Bodenversiegelung minimiert und das Recht auf saubere Luft sichergestellt.

261 (86) Die lebenswerte Stadt der Zukunft ist eine Null-Emissionen-Stadt. Dies gelingt, wenn  
262 erneuerbare Energien, saubere Mobilität und klimaneutrales Heizen verbunden werden. Dazu  
263 gehören Plus-Energiehäuser, Gebäude, die Solarenergie ernten, begrünte Fassaden und Dächer  
264 sowie Gebäude, die mit kreislauffähigen, ökologischen Baustoffen errichtet, modernisiert und  
265 gedämmt werden und die vielfältigen erneuerbaren Wärmequellen gemeinsam nutzen. So  
tragen

266 die Quartiere der Zukunft aktiv zur klimafreundlichen Stadt bei.

267 (87) Der gesamte Gebäudebestand soll CO<sub>2</sub>-neutral geheizt, gekühlt, belüftet und beleuchtet  
268 werden. Klimagerechte Energiestandards für Neu- und Altbauten, die den gesamten  
Lebenszyklus  
269 der Gebäude und Baumaterialien berücksichtigen, sowie Wärme- und Kühlsysteme, die auf  
270 erneuerbaren Energien basieren, geben den Weg dahin vor. Zugleich müssen die Städte durch  
271 klimagerechte Planung, mehr Grün und ein ausgeklügeltes Wassermanagement  
widerstandsfähig

272 gegen Hitze, Dürre, Stürme und Starkregen gestaltet werden. Klimagerechtigkeit bedeutet  
273 auch, dass energieeffizientes Wohnen für alle erschwinglich und barrierefrei zur Verfügung  
274 steht.

275 (88) Es braucht eine Bauwende, damit das Bauwesen weg kommt vom hohen Rohstoff- und  
276 Energieverbrauch und Flächen sparsam einsetzt. Nachwachsende und recycelte Baustoffe sind  
277 Grundlage einer Kreislaufwirtschaft. Gebäude werden in Zukunft aus gesunden und  
278 klimaneutralen Baustoffen errichtet, instandgesetzt und modernisiert. Die Umnutzung von  
279 Bestandsgebäuden sowie die nachhaltige Stadtentwicklung und Gebäudeplanung stellen die  
280 Menschen mit ihren Bedürfnissen in den Mittelpunkt und sichern so das Erreichen der  
281 verbindlich vereinbarten Nachhaltigkeits- und Klimaziele.

## 282 **Soziales und Ökologie**

283 (89) Der Übergang in das ökologische Zeitalter muss mit einem gestärkten sozialen  
284 Zusammenhalt und mehr Gemeinwohlorientierung einhergehen. Bei allen Maßnahmen des  
Übergangs  
285 gilt es, auf den sozialen Ausgleich zu achten, zum Beispiel in Form finanzieller  
286 Kompensationen. Je schneller und verlässlicher der notwendige Umbau weg von den fossilen  
287 Energien angegangen wird, umso besser können abrupte Brüche vermieden werden.

288 (90) Es muss sichergestellt werden, dass alle Menschen Zugang zu essenziellen Gütern der  
289 Daseinsvorsorge wie Wohnen, Wasser, Strom, gesunder Ernährung, Mobilität und  
290 Breitbandanschluss haben. Deshalb müssen sozialstaatliche Garantien immer mit Blick auf  
291 Preisänderungen angepasst werden. Und es braucht eine  
292 Daseinsvorsorge, die es den Menschen ermöglicht, klimaneutral zu leben. Investitionen in  
293 eine solche Daseinsvorsorge tragen zu sozialer Gerechtigkeit und Klimaschutz bei.

294 (91) Die vor uns liegende sozial-ökologische Transformation bietet viele Chancen für neue  
295 Arbeitsplätze. Zugleich bedeutet der Übergang massive Veränderungen für diejenigen, die  
296 bisher in von fossilen Energieträgern geprägten Industrien arbeiten. Es braucht eine  
297 vorausschauende Industriepolitik, um möglichst viele Arbeitsplätze über den Wandel hin zu  
298 grünen Technologien und Produkten zu erhalten und neue zu schaffen. Gleichzeitig ist es  
299 Aufgabe der Gesellschaft, den betroffenen Menschen Beteiligung an den  
300 Transformationsprozessen sowie eine Perspektive auf gute Beschäftigung und umfassende  
301 Möglichkeiten zu beständiger Fort- und Weiterbildung zu eröffnen.

302 (92) Subventionen in umwelt- und klimaschädliche Produktionsweisen und Produkte  
untergraben  
303 den ökologischen Umbau von Wirtschaft und Industrie. Es gilt daher, diese zu beenden und das  
304 Geld stattdessen zukunftsfähig einzusetzen.

305 (93) Eine Politik, welche die ökologischen Kosten der Produktion in den Preisen abbildet,  
306 ist ökonomisch effizient, sie kann aber auch zu sozialen Schieflagen führen. Deswegen gilt  
307 es, Preispolitik - auch einen anzustrebenden transnationalen CO<sub>2</sub>-Preis - immer mit Maßnahmen  
308 zu kombinieren, die zu mehr Verteilungsgerechtigkeit führen. Indem die Einnahmen aus  
309 ökologisch lenkenden Instrumenten an die Bürger\*innen zurückfließen, werden Umweltschutz,  
310 Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit miteinander verbunden.

311 (94) Die Kosten des Übergangs sollen gerecht und solidarisch getragen werden. Dem Staat  
312 kommt hier eine relevante Aufgabe zu. Den Weg zu einer klimagerechten Gesellschaft nicht zu  
313 gehen, würde noch wesentlich mehr kosten.

314 (95) Kapitalströme müssen in nachhaltige Aktivitäten umgelenkt werden. Im Rahmen von  
315 Divestment wird auf den Finanzmärkten nicht mehr in Kohle, Öl und Gas investiert, sondern in

316 erneuerbare Energie, emissionsfreie Mobilität, Gesundheit und grüne IT. Der Staat und die  
317 öffentliche Hand müssen hierbei vorangehen, indem sie Transparenz gewährleisten und ihre  
318 Anlagestrategien an den Pariser Klimazielen und an sozial-ethischen Kriterien orientieren.

319 (96) Die gesellschaftliche Transformation hin zu Klima- und sozialer Gerechtigkeit braucht  
320 Pionier\*innen. Menschen, die es anders machen wollen, die in ihrem gemeinwohlorientierten,  
321 unternehmerischen oder in ihrem privaten Handeln neue Maßstäbe setzen. Sie gilt es zu  
322 unterstützen, statt ihnen Steine in den Weg zu legen.

323 (97) Es ist Aufgabe der Politik, bessere Regeln zu schaffen, nicht den besseren Menschen.  
324 Sinnvolle Umweltpolitik begnügt sich nicht mit Appellen, sondern setzt klare Regeln und  
325 vollzieht diese. Sie fördert neue Technologien und investiert in neue Infrastrukturen.

## **Präambel**

45. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
20. - 22. November 2020, Karlsruhe - DIGITAL

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 20.11.2020  
Tagesordnungspunkt: GSP-P Präambel

## **Antragstext**

1 „... zu achten und zu schützen ...“

2 **Veränderung schafft Halt.**

3 **Präambel**

4 **Gemeinsam in Vielfalt**

5 Unterschiedliche Wege in die Zukunft sind nicht nur möglich, sie sind bereits im Heute  
6 angelegt. So wie der Mensch die Macht hat, seine Welt zu zerstören, hat er auch die Macht,  
7 sie zu einem besseren Ort für alle zu machen. Wir haben es selbst in der Hand.

8 Politik ist, sich zusammenzutun und für eine bessere Zukunft einzustehen. Als Partei eint  
9 uns das Wertefundament dieses Grundsatzprogramms, eine gemeinsame Grundhaltung zu der  
10 Welt,

11 wie sie ist und wie sie sein könnte. Ein Leben in Würde und Freiheit zu ermöglichen, heute  
12 wie übermorgen, überall auf diesem Planeten, den wir gemeinsam bewohnen, ist unsere Vision.  
13 Veränderung schafft Halt.

14 Wir sind aus verschiedenen Wurzeln zusammengewachsen. Sie liegen in der Öko- und Anti-  
15 Atom-

16 Bewegung, der Frauen- und Bürgerrechtsbewegung, der Lesben-, Schwulen-, Eine-Welt- und  
17 Friedensbewegung sowie der Freiheitsbewegung der friedlichen Revolution. Wir sind  
18 eingebettet in die Europäische Grüne Parteienfamilie und entwickeln uns seit vier  
19 Jahrzehnten stetig weiter – neue Menschen, neue Perspektiven und neue Bewegungen wie die  
20 Klimabewegung oder die von Menschen mit Rassismuserfahrung kommen stetig hinzu und  
21 geben

22 unseren Werten und Zielen Kraft. Unsere Mitglieder und unsere Wähler\*innen sind vielfältig,  
23 unsere basisdemokratische Partei öffnet Zugänge, lernt dazu und baut immer mehr Barrieren  
24 ab. Die Vielfalt unserer Partei ist unsere Stärke.

25 So vielfältig wir als Bündnispartei sind, so offen sind unsere Arme, um mitzumachen und  
26 gesellschaftliche Bündnisse zu schmieden. Wir haben uns zusammengeschlossen, weil wir  
27 darauf

28 vertrauen, dass unsere Politik den Unterschied macht.

## **Kapitel 6: Solidarität sichern**



45. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
20. - 22. November 2020, Karlsruhe - DIGITAL

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 22.11.2020  
Tagesordnungspunkt: GSP-S Solidarität sichern

### **Antragstext**

#### **1 Kapitel 6: Solidarität sichern**

#### **2 Sicherheitsversprechen**

3 (274) Es braucht ein neues soziales Sicherheitsversprechen. Ein starkes soziales Netz ist  
4 die Grundlage für persönliche Entfaltung und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Niemand soll  
5 unterhalb des Existenzminimums leben müssen. Soziale Politik schafft Teilhabe. Dafür braucht  
6 es soziale und inklusive Infrastruktur, Orte des Miteinanders, diskriminierungsfreie Zugänge  
7 sowie gleichwertige Lebensverhältnisse. Eine gute Daseinsvorsorge ist Voraussetzung für  
8 Zusammenhalt.

9 (275) Freiheitsrechte bleiben ein Privileg von wenigen, wenn die sozialen Voraussetzungen  
10 nicht beachtet werden. Das Grundgesetz soll deshalb um soziale Grundrechte wie zum Beispiel  
11 das Recht auf Wohnen ergänzt werden.

12 (276) Die weitere Angleichung der Lebensverhältnisse in der Europäischen Union ist eine  
13 Voraussetzung für eine von allen positiv erlebte Freizügigkeit. Die EU braucht daher  
14 Investitionen in sozialen Zusammenhalt und Klimaschutz und keine destruktive Sparpolitik.  
15 Sie hat die Europäische Union in der Vergangenheit belastet. Deregulierung, Privatisierungen  
16 und Kürzungen von Ausgaben für Investitionen und Daseinsvorsorge dürfen keine Bedingungen  
17 für  
18 Finanzhilfen sein.

#### **18 Arbeit**

19 (277) Für die meisten Menschen ist Erwerbsarbeit mehr als Existenzsicherung. Arbeit - ob in  
20 Voll- oder Teilzeit - stiftet Sinn, man gehört dazu, bringt etwas voran. Erwerbsarbeit in  
21 Vollzeit muss immer so viel wert sein, dass man davon auskömmlich leben kann. Arbeitsoll  
22 sich aber auch stärker am Leben der Menschen ausrichten und nicht das Leben an der Arbeit.  
23 So umfasst Arbeit auch Haus-, Sorge- und ehrenamtliche Arbeit, die für eine funktionierende  
24 Wirtschaft und Gesellschaft unerlässlich ist. Diese Formen der Arbeit müssen genauso viel  
25 Anerkennung erfahren wie Erwerbsarbeit. Sie sollen für niemanden ein Armutsrisiko oder den  
26 Verlust der Unabhängigkeit bedeuten.

27 (278) Darüber hinaus braucht es ein starkes Arbeitsrecht. Dazu zählen faire Löhne, ein  
28 armutsfester Mindestlohn, Lohngleichheit bei gleicher und gleichwertiger Arbeit, klare  
29 Vorgaben zu Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie die Regelung von Arbeitszeiten. Auch  
30 Menschen mit geringer Qualifikation müssen die Möglichkeit haben zu fairen Bedingungen an  
31 unserem Wirtschaftssystem zu partizipieren. Das Arbeitsrecht muss auch in digitalen  
32 Arbeitsmodellen und Unternehmen vollständig gelten und gestärkt werden.

33 (279) Die Vertretung von Arbeitnehmer\*innen-Interessen durch Gewerkschaften, Betriebsräte  
34 und Schwerbehindertenvertretungen muss in allen Unternehmen und Branchen  
selbstverständlich

35 sein. Die Sozialpartnerschaft muss auch im Wandel bewahrt und ausgebaut werden. Für ihre  
36 Lebensplanung brauchen Menschen Verlässlichkeit, auch im Erwerbsleben. Dazu gehören ein  
37 effektiver Kündigungsschutz, flexible und gerecht aufgeteilte Elternzeit, faire Tariflöhne  
38 und, als Grundsatz unbefristete Arbeitsverträge. Die Tarifbindung muss gestärkt werden und  
39 die öffentliche Hand soll dies bei ihrer Auftragsvergabe berücksichtigen. Dafür braucht es  
40 handlungsfähige Sozialpartner, starke Gewerkschaften ebenso wie verlässliche  
41 Arbeitgeberverbände.

42 (280) Eine vielfältige Gesellschaft bringt immer vielfältigere Formen der Beschäftigung und  
43 Arbeit hervor, oftmals jenseits einer Festanstellung. Je diverser die Arbeitswelt wird,  
44 desto mehr brauchen wir eine soziale Sicherung, die alle Bürger\*innen absichert. Um Solo-  
45 Selbstständige zu unterstützen und gleichzeitig in das Sozialsystem einzubinden und um  
46 prekäre Lebensverhältnisse zu verhindern, sollen neue Sicherungsmodelle entwickelt werden.  
47 Solo-Selbstständigen soll der Eintritt in die Gesundheits- und Rentenversicherung  
48 erleichtert werden und sie sollen die Möglichkeit haben, sich gegen Arbeitslosigkeit zu  
49 versichern. Die Arbeitslosenversicherung soll allen Selbstständigen offenstehen sowie  
50 bezahlbar und flexibel ausgestaltet werden. Dabei sollen die besonderen Bedingungen des  
51 jeweiligen Berufsbildes und der gestaffelten Beiträge Auswirkungen sowohl auf den Anspruch  
52 wie auf die Auszahlung der Ersatzleistungen haben. Ebenso bringt ein Zugang insbesondere für  
53 Solo-Selbstständige zu anderen Leistungen der Arbeitsförderung eine höhere soziale  
54 Gleichheit.

55

56 (281 neu) Der Arbeitsplatz soll ein Ort sein, an dem alle Menschen unabhängig von ihrer  
57 Herkunft, Religion oder sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität sie selbst  
58 sein können. Durch wirkungsvollen rechtlichen Schutz gilt es sicher zu stellen, dass alle  
59 Menschen im Beruf diskriminierungsfrei arbeiten können.

60 (281) Menschen mit Behinderung, die auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt arbeiten oder dort  
61 arbeiten möchten, sollen die dafür notwendige Unterstützung erhalten. Menschen mit  
62 Behinderung, die bislang in Werkstätten arbeiten, sollen bessere Möglichkeiten bekommen, in  
63 den allgemeinen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu wechseln. Dafür sollen sich Werkstätten  
64 weiter öffnen. Als echte Alternativen zu den Werkstätten sollen Integrationsunternehmen  
65 ausgebaut werden. Das Ziel ist ein inklusiver Arbeitsmarkt.

66 (282) Erwerbsarbeit sorgt nicht nur für Einkommen, sondern bedeutet für die Menschen auch  
67 gesellschaftliche Teilhabe, soziale Kontakte, Wertschätzung und Anerkennung. Deshalb  
68 brauchen Menschen die lange arbeitslos sind, Chancen und Perspektiven. Sie benötigen einen  
69 Sozialen Arbeitsmarkt, der Teilhabe ermöglicht. Dabei müssen Menschen, die individuelle  
70 Betreuung und Hilfe brauchen, diese auch erhalten.

71 (283) Die ökologische Transformation und der digitale Wandel ändern das Wirtschaften  
72 grundlegend, und damit auch die Arbeit und die Arbeitsbedingungen. Die Digitalisierung der  
73 Arbeitswelt bietet Chancen und Risiken. Welche Tendenzen sich durchsetzen, ist eine Frage  
74 der politischen Gestaltung. Ohne klare Steuerung im Sinne der Beschäftigten erleben wir neue  
75 Formen von Ausbeutung, Überforderung und Entfremdung, von Überwachung und ständiger  
76 Erreichbarkeit. Doch wenn die Transformation entsprechend politisch organisiert wird, bietet



77 sie große Chancen für mehr Freiheit und Selbstbestimmung. Es gilt, die Möglichkeiten der  
78 Digitalisierung zu nutzen, um schwere Tätigkeiten zu erleichtern.

79 (283) Neben Einkommen ist Zeithaben für viele Menschen ein immer größerer Wert. Die  
80 Verfügbarkeit über die eigene Zeit schafft Lebenszufriedenheit. Die Steigerung der  
81 Produktivität soll so genutzt werden, dass Menschen freier und souveräner agieren können.  
82 Die Möglichkeit, selbst über die eigene Arbeitszeit zu bestimmen, gilt es zu stärken.  
83 Gleichzeitig soll durch eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung Arbeit gerechter verteilt  
84 werden, sodass alle Menschen mehr Zeit für sich selbst, ihre Familien, ihre Hobbys und für  
85 gesellschaftliches Engagement haben. Das darf kein Privileg derjenigen bleiben, die es sich  
86 leisten können. In Zeiten der Erziehung, Pflege und Weiterbildung braucht es eine  
87 solidarische Unterstützung und Förderung. Auch Menschen mit niedrigem Einkommen sollen  
88 sich  
89 Auszeiten leisten können.

89 (284) Die Veränderung der Arbeitswelt verlangt den Menschen viel ab: Flexibilität,  
90 Umstellung, Anstrengung. Es braucht einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung und Umschulung,  
91 die solidarisch finanziert werden. Dazu wollen wir die Arbeitslosenversicherung zu einer  
92 Arbeitsversicherung erweitern und die Transformation der Arbeitswelt gerecht und  
93 partizipativ gestalten. Für Menschen, die durch den Strukturwandel ihre Arbeit verlieren,  
94 gibt es eine besondere gesamtgesellschaftliche Verantwortung. Arbeitslosigkeit darf nicht  
95 zum Ausschluss vom Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe führen.

96 (285) Mobiles Arbeiten bietet viele Möglichkeiten der selbstbestimmten Arbeitsgestaltung und  
97 einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, birgt aber auch die Gefahr der  
98 Doppelbelastung insbesondere für Frauen. Das Recht auf mobiles Arbeiten muss gestärkt und  
99 gleichzeitig durch betriebliche Regelungen, Mitbestimmung und einen verbesserten  
100 Arbeitsschutz so gestaltet werden, dass möglichst viele der potentiellen Vorteile  
101 verwirklicht werden können. Das Recht darf nicht zur Pflicht werden und der Anspruch auf  
102 einen betrieblichen Arbeitsplatz muss erhalten bleiben

103 (286) Digitalisierung bietet die Möglichkeit für mehr Souveränität und Flexibilität. Dafür  
104 ist mehr Mitsprache von Beschäftigten bei Umfang, Art und zeitlicher wie örtlicher Lage der  
105 Arbeit nötig. Erwerbsarbeit darf nicht in andere Bereiche übergreifen. Überstunden müssen in  
106 allen Bereichen erfasst und abgegolten werden.

107 (287) Menschen, die sich in sozialen und sorgenden Berufen um andere Menschen kümmern,  
108 sind  
109 das Rückgrat unserer Gesellschaft. Doch es fehlt ihnen oft an gesellschaftlicher Anerkennung  
110 und guten Arbeitsbedingungen. Das betrifft vor allem Frauen, besonders diejenigen mit  
111 tatsächlicher oder zugeschriebener Migrationsgeschichte. Ihre Leistung für das Gemeinwesen  
112 muss aufgewertet und besser bezahlt werden. Das umfasst vor allem eine bessere finanzielle  
113 Ausstattung von kommunalen Einrichtungen sowie Investitionen in die Daseinsvorsorge.

113 (288) Das System der dualen Ausbildung hat sich bewährt und ist eine wichtige Säule unserer  
114 Arbeitswelt. Es gewährleistet eine hohe Qualifikation und umfassende Kompetenzentwicklung.  
115 Studium und Berufsausbildung in Verbindung mit beruflicher Erfahrung sind grundsätzlich  
116 gleichwertig. Die Rechte von Auszubildenden müssen gestärkt werden und es braucht mehr  
117 betriebliche Mitbestimmung. Ausbildungen umfassen Arbeit, sie muss gut entlohnt werden. Aus-

118 und Weiterbildung muss inklusiv sein. Sie muss in Teilzeit und modular möglich sein.

### 119 **Geschlechtergerechtigkeit**

120 (289) Noch immer bestehen große ökonomische und soziale Ungleichheiten zwischen den  
121 Geschlechtern. Um Gleichberechtigung im Arbeitsleben zu erreichen, ist das Prinzip der  
122 gleichen Bezahlung für gleichwertige Arbeit zentral.

123 (290) Alleinerziehende, überproportionale oft Mütter, tragen oftmals trotz Erwerbsarbeit ein  
124 hohes Armutsrisiko. Deshalb ist hier eine besondere Absicherung und Entlastung durch den  
125 Staat notwendig.

126 (291) Durch zahlreiche Regelungen im Steuer- und Sozialrecht wird eine ungleiche Aufteilung  
127 von Erwerbsarbeit zwischen den Geschlechtern gefördert. Statt den Trauschein zu fördern,  
128 soll für künftig geschlossene Ehen eine individuelle Besteuerung gelten. Das  
129 Ehegattensplitting soll durch eine gezielte Förderung von Kindern und Familien, in ihren  
130 unterschiedlichen Formen, ersetzt werden. Das Steuer-, das Arbeits- und das Sozialrecht  
131 müssen auf gleichen Rechten beruhen und geschlechtsneutral wirken. Sie sollen stärker an  
132 ökonomischer Unabhängigkeit ausgerichtet werden. Erwerbstätigkeit soll sich für alle  
133 gleichermaßen lohnen.

134 (292) Unser gesellschaftliches Zusammenleben und unser wirtschaftlicher Wohlstand baut auf  
135 Sorgearbeit auf, die meistens unbezahlt oder unterbezahlt von Frauen geleistet wird. Es  
136 gilt, die Voraussetzungen zu schaffen, damit diese Arbeit gerecht zwischen den Geschlechtern  
137 verteilt werden kann. Insbesondere Kinderbetreuung und die Pflege von Angehörigen und  
138 Freund\*innen sind keine Privatsache, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

### 139 **Soziale Garantien**

140 (293) Jeder Mensch hat das Recht auf soziale Teilhabe, auf ein würdevolles Leben ohne  
141 Existenzangst. Deswegen überwinden wir Hartz IV und ersetzen es durch eine  
142 Garantiesicherung. Sie schützt vor Armut und garantiert ohne Sanktionen das soziokulturelle  
143 Existenzminimum. So macht sie Menschen in Zeiten des Wandels stark und eröffnet Chancen  
144 und  
145 Perspektiven für ein selbstbestimmtes Leben.

146 (294) Die Garantiesicherung ist ein individuelles Recht und soll sich an den Prinzipien der  
147 Teilhabe- und der Bedarfsgerechtigkeit orientieren und ohne weitere Bedingungen für jeden  
148 Menschen gelten, dessen eigene finanzielle Mittel nicht ausreichen. Sie soll  
149 Sicherheit  
150 geben und die konkrete Lebenssituation und den Wohnort berücksichtigen. Ihre  
151 Inanspruchnahme  
152 darf nicht durch bürokratische Hürden in den Antragsverfahren faktisch verhindert werden.  
153 Eigene Erwerbsarbeit muss sich immer lohnen und honoriert werden.

154 (295) Existenzsichernde Sozialleistungen sollen Schritt für Schritt zusammengeführt und  
155 langfristig soll die Auszahlung in das Steuersystem integriert werden. So schaffen wir einen  
156 transparenten und einfachen sozialen Ausgleich. Verdeckte Armut wird überwunden. Dabei  
157 orientieren wir uns an der Leitidee eines bedingungslosen Grundeinkommens. Soziale  
158 Sicherungssysteme sollen so gestaltet werden, dass deren Finanzierung möglichst krisenfest  
159 ist.

158 (296) Die Föderale Europäische Republik ist eine Solidargemeinschaft, in der alle  
159 Bürger\*innen die gleichen sozialen Rechte genießen. Dazu muss die Währungsunion zunächst  
um  
160 eine Sozialunion mit starken gemeinsamen Mindeststandards erweitert werden, damit die  
161 Schieflage zwischen weitreichenden wirtschaftlichen Freiheiten und wenig entwickelten  
162 Arbeits- und Sozialstandards in der EU korrigiert wird. Dafür braucht es gemeinsame soziale  
163 Standards, wie etwa zu Mindestlohn, Grundsicherung, sowie eine europaweite  
164 Arbeitslosenrückversicherung. Darauf aufbauend wollen wir gemeinsame Instrumente der  
165 Sozialpolitik schaffen.

166 (297) Einer Gesellschaft mit hoher Gleichheit geht es fast immer besser als einer  
167 Gesellschaft mit hoher Ungleichheit. Dennoch hat die soziale Ungleichheit zugenommen.  
168 Ungleiche Vermögen führen zu ungleichen Einkommen und ungleichen Lebenschancen, die sich  
169 über Generationen vererben. Das bedeutet finanzielle Not für viele Menschen, einen Verlust  
170 an Zufriedenheit, es treibt die Menschen auseinander und schadet dem friedlichen  
171 Zusammenleben und der wirtschaftlichen Stabilität. Das Steuersystem ist ein effektiver  
172 Hebel, um Ungleichheit zu reduzieren. Es braucht eine gleichere Verteilung von Einkommen,  
173 Vermögen, Erbschaften und Chancen und die Verbesserung der öffentlichen Infrastrukturen, die  
174 sozialen Zusammenhalt und Teilhabe schaffen.

175 (298) Gerade bei Kindern und Jugendlichen führen eine ungleiche Verteilung von Einkommen  
und  
176 Vermögen sowie ungleiche Bedingungen je nach Wohnort oder Zugang zum Bildungssystem zu  
177 ungleichen Lebenschancen. Alle Kinder brauchen funktionierende und zugängliche öffentliche  
178 Orte wie Kitas und Schulen oder Sportvereine, Schwimmbäder und Bibliotheken. Kein Kind in  
179 unseren reichen Gesellschaften darf arm oder ein Armutrisiko für Eltern sein. Jedes Kind  
180 ist gleich viel wert. Das soll über eine Kindergrundsicherung garantiert werden. Darüber  
181 hinaus braucht es eine Gesamtstrategie gegen Kinderarmut, die neben der finanziellen  
182 Absicherung auch Infrastrukturangebote umfasst.

183 (299) Es gilt, die soziale Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge in der gesamten  
184 Europäischen Union gemeinsam auszubauen und im Sinne geteilter Gemeingüter zu stärken.

## 185 **Rente**

186 (300) Solidarität lebt davon, dass sich alle an ihr beteiligen. Die Sozialversicherungen  
187 sollen deshalb zu Bürgerversicherungen weiterentwickelt werden, so dass alle Menschen vom  
188 Schutz der Sozialversicherungen profitieren und sich entsprechend ihren Einkommen, egal ob  
189 aus selbstständiger Arbeit, Lohn oder Kapitalerträgen, solidarisch beteiligen.

190 (301) Das Umlagesystem der Rentenversicherung sichert als Generationenvertrag die  
191 Altersvorsorge und ist weniger krisenanfällig als andere Systeme. Gleichzeitig stehen  
192 Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung durch die strukturelle Alterung der Gesellschaft  
193 vor großen Herausforderungen. Oberste Priorität ist, die Altersarmut zu verhindern und ein  
194 lebensstandardsicherndes Rentenniveau zu erhalten. Langjährig in der gesetzlichen  
195 Rentenversicherung Versicherte dürfen im Alter nicht auf Leistungen der Grundsicherung  
196 angewiesen sein. Bei Menschen, die dennoch eine Aufstockung auf Grundsicherungsniveau  
197 benötigen sollte dies unbürokratisch und würdevoll erfolgen.

198 (302) Die Einwanderung von Arbeitskräften, eine steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen  
199 sowie eine breitere Solidarität über eine Bürgerversicherung helfen dabei, das Rentenniveau

200 langfristig abzusichern. Auch die Abschaffung prekärer Beschäftigungsverhältnisse und das  
201 Vermeiden prekärer Erwerbsbiographien trägt dazu bei, Altersarmut zu vermeiden.

202 (303) Private und betriebliche Altersvorsorge können die gesetzliche Rente sinnvoll  
203 ergänzen. Die kapitalgedeckten Säulen der Altersvorsorge sollen künftig öffentlich  
204 organisiert und verwaltet werden. Jede\*r, die oder der nicht widerspricht, soll sich daran  
205 beteiligen. So wird eine attraktive Rendite auch für Kleinanleger\*innen erzielt und alle  
206 Menschen werden mit geringem Risiko am Produktivvermögen beteiligt.

## **Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften**



45. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
20. - 22. November 2020, Karlsruhe - DIGITAL

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 22.11.2020  
Tagesordnungspunkt: GSP-W In die Zukunft wirtschaften

### **Antragstext**

#### **1 Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften**

#### **2 Sozial-Ökologische Marktwirtschaft**

3 (90) Die Wirtschaft dient den Menschen und dem Gemeinwohl, nicht andersherum. Nachhaltiger

4 Wohlstand im Sinne von Klimaneutralität, Vorsorge und Gerechtigkeit ist Kern eines  
5 zukunftsfähigen Wirtschaftssystems. Ziel ist ein Wirtschafts- und Finanzsystem, das die  
6 planetaren Grenzen einhält und mehr Lebensqualität für alle Menschen erreicht, weltweit und  
7 für zukünftige Generationen. Dazu ist es notwendig, grundlegend anders zu wirtschaften:  
8 chancen-, ressourcen- und geschlechtergerecht. Dies bedeutet einen Wandel hin zu einer  
9 sozial-ökologischen Marktwirtschaft innerhalb klarer Leitplanken und mit  
10 Gemeinwohlorientierung, die Konzepte wie Wachstum, Effizienz, Wettbewerb und Innovation als  
11 Mittel zum Zweck betrachtet und Konzentration ökonomischer Macht bei Wenigen vermeidet.

12 (91) Viele der strukturellen Anreize zum Produzieren, Handeln und Konsumieren stellen uns  
13 vor ökologische Probleme dramatischen Ausmaßes und befeuern sozial-ökonomische  
14 Verteilungskrisen, die behoben werden müssen. Um die Lebensbedingungen der Menschheit  
15 global  
16 zu verbessern, wird auch in der sozial-ökologischen Transformation Wachstum in bestimmten  
17 Bereichen wichtig sein, andere Bereiche werden schrumpfen. Wirtschaftswachstum ist nicht per  
18 se das Problem, die mit Wachstumszwängen einhergehende Übernutzung natürlicher  
19 Ressourcen  
20 und Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft schon. Aus Vorsorge sind unsere Systeme deshalb  
21 auf  
22 wissenschaftlicher Basis darauf auszurichten, auch beim Wirtschaften innerhalb der  
23 planetaren Grenzen stabil zu bleiben- gerade im Hinblick auf wiederkehrende Wirtschafts- und  
24 Finanzkrisen.

25 (92) Wohlstand definiert sich nicht allein durch materiellen Reichtum, sondern meint  
26 Lebensqualität. Es geht auch um Sicherheit, Freiheit, Zeitsouveränität, gesunde  
27 Lebensgrundlagen, Gleichberechtigung, kulturelle und politische Teilhabe und ein friedliches  
28 Zusammenleben. Dafür sind ein neuer Wohlstandsbegriff und ein anderes Wirtschaften nötig.  
29 Mit einem umfassenden Wohlstandsindikator können ökologische, soziale und qualitative  
30 Merkmale erfasst werden. Wasser, Luft, Boden und Artenvielfalt sind globale Gemeingüter, die  
31 abseits einer reinen Verwertungslogik allen Menschen zugutekommen müssen.

32 (93) Den Weg zur sozial-ökologischen Marktwirtschaft bereitet ein Green New Deal . Er  
33 schafft den neuen Ordnungsrahmen für faires, ökologisches und nachhaltiges Wirtschaften,  
34 indem er auf ein Bündnis aus Arbeit und Umwelt baut. Er investiert mutig in die Zukunft. Er

32 setzt neue Kräfte für Kreativität und Innovationen frei. Er sorgt für sozialen Ausgleich und  
33 fördert eine geschlechtergerechte Gesellschaft

34 (94) Freies und kreatives Handeln von Menschen, fairer Wettbewerb, gesellschaftliche  
35 Kooperation und die Vielfalt wirtschaftlichen Handelns können nachhaltigen Wohlstand,  
36 Fortschritt und innovative Problemlösungen schaffen.

37 (95) Märkte können ein mächtiges Instrument für ökonomische Effizienz, Innovation und  
38 technologischen Fortschritt sein. Ihre Dynamik und Schaffenskraft sind von großer Bedeutung,  
39 um die großen Herausforderungen der ökologischen Krisen zu bewältigen. Unregulierte Märkte  
40 aber sind zukunftsblind, krisenanfällig, instabil und können die Demokratie gefährden. Erst  
41 klare Regeln stellen sicher, dass Märkte und Wettbewerb funktionieren und im  
42 gesellschaftlichen Interesse wirken. Es ist Aufgabe des Staates, für Information,  
43 Transparenz und Wahlfreiheit zu sorgen und die Durchsetzung von Verbraucher\*innen-Rechten  
44 sicherzustellen.

45 (96 neu) Märkte müssen so gestaltet sein, dass Verbraucher\*innen als Marktteilnehmer\*innen  
46 effektiv vor Missbrauch geschützt sind und selbstbestimmte Entscheidungen treffen können.  
47 Dazu gehören Vorsorge und Schutz auch für schwächere Verbraucher\*innen ebenso wie  
48 Wahlfreiheit und Transparenz in mittlerweile globalisierten und digitalisierten Märkten. Der  
49 Staat muss für diese Verbraucher\*innenrechte sorgen, die Durchsetzung dieser Rechte stärken  
50 und die Verbraucherpolitik gesetzlich ausgestalten. Er darf die Verantwortung für die  
51 Entwicklung der Wirtschaft nicht bei den Verbraucher\*innen abladen. Es ist Aufgabe des  
52 Staates, einen klaren Rechtsrahmen für Wirtschaft und Wettbewerb zu setzen.

53

54 (96) Der Markt ist nicht das alleinige Organisationsprinzip für das Wirtschaften in einer  
55 Gesellschaft. Ein Großteil menschlicher Wirtschaftsbeziehungen erfolgt jenseits von Märkten  
56 über den Staat, in Haushalten oder gemeinschaftlich organisierten Bereichen. Wir wollen den  
57 Weg ebnen für soziales und ökologisches Unternehmer\*innentum, für eine Wirtschaft des  
58 Teilens sowie für frei zugängliches Wissen und frei zugängliche Gemeingüter. Unbezahlt  
59 geleistete Arbeit muss anerkannt werden und darf nicht zu einer Benachteiligung führen. So  
60 wird die sozial-ökologische Wirtschaft im Sinne des Gemeinwohls gestärkt.

61

62 ([neu])Zum heutigen Zeitpunkt wissen wir nicht, welche Art des Zusammenlebens sich  
63 langfristig als ökologisch und sozial tragbar erweisen wird. Um größere Handlungsspielräume  
64 auch für kooperative und solidarische Formen des Wirtschaftens zu eröffnen, sollen  
65 Initiativen unterstützt werden, die mit diesen Formen des Wirtschaftens experimentieren -  
66 von der solidarischen Landwirtschaft mit gemeinschaftsgetragener Bäckerei über das  
67 Druckerei-Kollektiv bis zum gemeinschaftlich organisierten Softwareentwicklungsbüro.

68 (97) Es gilt das Primat der Politik, auch gegenüber Wirtschaft und Kapital. Wir wollen es  
69 neu begründen und durchsetzen. Dafür braucht es einen starken, effizienten und  
70 handlungsfähigen Staat und klare Leitplanken aus Steuer-, Abgaben- und Ordnungsrecht sowie  
71 intelligenter öffentlicher Forschungs- und Förderpolitik. Im Wettbewerb soll erfolgreich  
72 sein, wer übergeordnete gesellschaftliche Ziele nicht konterkariert, sondern befördert.

73 (98) Nur wenn Preise die ökologische und soziale Wahrheit sagen, geht der Wettbewerb der  
74 Märkte nicht zulasten von Mensch und Umwelt. Klimafreundliche und soziale Alternativen  
75 können sich nur dann durchsetzen, wenn die Verursacher von ökologischen und sozialen

## Schäden

76 die Kosten für diese tragen.

77 (99) Zukunftsfähige Wirtschaftspolitik orientiert sich an einem neuen Wohlstandsmaß und  
 78 einer neuen Form der Wirtschaftsberichterstattung. Diese berücksichtigen - anders als das  
 79 Bruttoinlandsprodukt - neben ökonomischen auch ökologische, soziale und gesellschaftliche  
 80 Entwicklungen sowie Sorgearbeit, die zum größten Teil von Frauen - unbezahlt - geleistet  
 81 wird. Sorge- und Reproduktionsarbeit gehören zu den wichtigsten Aufgaben unserer  
 82 Gesellschaft. Deshalb braucht sie einen Rahmen, der Geschlechtergerechtigkeit auch in der  
 83 Wirtschaft sicherstellt.

84 (100) Zukunftsfähiges Wirtschaften braucht Planungssicherheit. Staatliche Wirtschafts-,  
 85 Investitions- und Infrastrukturpolitik muss langfristig und verlässlich stattfinden. Um  
 86 erfolgreich und nachhaltig zu wirtschaften, brauchen Unternehmen eine moderne und intakte  
 87 Infrastruktur, gut ausgebildete Fachkräfte, gute Finanzierungsbedingungen, eine  
 88 funktionierende öffentliche Verwaltung sowie soziale Stabilität und Rechtssicherheit. Dazu  
 89 zählen auch schnellere, bessere Planungsverfahren durch frühzeitige und wirksame  
 90 Verfahrensbeteiligung sowie Behörden und Gerichte mit ausreichendem Personal und einer  
 91 vollständig elektronischen Abwicklung von Anträgen.

92 (101) Infrastrukturen sind eine öffentliche Aufgabe. Öffentliche Güter und Institutionen  
 93 sowie soziale Infrastrukturen und bezahlbarer Wohnraum sind sicher zu stellen und müssen für  
 94 alle zugänglich sein. Grundinfrastrukturen der Sicherheit, des Rechts, der Mobilität und der  
 95 Verwaltung gehören in öffentliche Hand. Güter und Dienstleistungen von allgemeinem  
 96 Interesse, die kommunale Daseinsvorsorge und Selbstverwaltung müssen in öffentliche Hand  
 97 und  
 98 von Marktmechanismen und Wettbewerb ausgenommen bleiben. Der Zugang zu öffentlichen  
 99 Gütern,  
 100 die gesellschaftliche Teilhabe fördern - wie kommunale Freizeit- und Kultureinrichtungen -  
 101 soll daher bedarfsgerecht kostenlos ermöglicht werden. Die Beschaffungen des öffentlichen  
 102 Sektors müssen sich stärker an ökologischen und sozialen Faktoren, nicht nur am Preis  
 103 orientieren.

## 102 **Wirtschafts- und Industriepolitik**

103 (102) Wettbewerb unter gleichen Bedingungen ist die Voraussetzung dafür, dass Märkte  
 104 effizient funktionieren und Wohlstand und Fortschritt in nachhaltiger Weise hervorbringen  
 105 können. Es ist Aufgabe von Politik, Machtstellungen und Monopole zu verhindern und  
 106 aufzubrechen sowie jene Bereiche einer Gesellschaft zu definieren und auszugestalten, die  
 107 nicht durch Märkte dominiert werden sollen.

108 (103) Dumping, Protektionismus und mangelnde Regulierung führen zu unfairem Wettbewerb.  
 109 Darunter leiden viele Unternehmen in Europa und weltweit. Der Erwerb von  
 110 Unternehmensbeteiligungen, Direktinvestitionen, Marktzutritte und auch die Vergabe  
 111 öffentlicher Aufträge durch und an Dritte sollen auf der Basis von Standards und  
 112 Gegenseitigkeit erfolgen. Außereuropäische Übernahmen müssen dann, wenn nötig, auch  
 113 untersagt werden. Kritische Infrastruktur und Schlüsselindustrien gilt es zu schützen.

114 (104) Regulierung ist kein Selbstzweck. Sie muss sich an gesellschaftlichen Zielen  
 115 orientieren. Sie sollte Individuen und Unternehmen möglichst viel Freiheit in Bezug auf die  
 116 gewählten Mittel lassen. Es ist laufend zu überprüfen, ob es bestimmter Vorschriften noch

117 bedarf und sie ihren Schutzzweck weiterhin erfüllen. Dabei ist zu beachten, dass sowohl  
118 ungeeignete politische Regeln als auch fehlende politische Regulierung Wettbewerb  
119 einschränken und Marktmacht zementieren können. Regulierungen müssen so ausgestaltet  
sein,

120 dass sie nicht als Barriere für Gründungen wirken und zum Wettbewerbsnachteil für kleine  
121 Unternehmen und das Handwerk werden. Sie sollen stattdessen bewirken, dass  
Machtunterschiede  
122 möglichst ausgeglichen werden.

123 (105) Digitale Plattformen durchdringen immer mehr Bereiche des gesellschaftlichen und  
124 wirtschaftlichen Lebens. Sie sind Grundlage von Wertschöpfung und neuen Geschäftsmodellen  
125 und sollten daher im Fokus wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Gestaltung stehen.  
126 Plattformen müssen umfassend reguliert werden, um Grundrechte zu schützen, wachsende  
127 wirtschaftliche Macht zu begrenzen, faire Wettbewerbs- und Arbeitsbedingungen  
128 sicherzustellen sowie gemeinwohlorientierte Innovationen zu ermöglichen. Europa braucht  
129 öffentlich-rechtliche wie auch gemeinnützige Alternativen zu den bisherigen privaten  
130 Monopolen. Diese können Bürger\*innen die Möglichkeit bieten, sich sowohl lokal als auch  
131 digital zu organisieren und politisch Einfluss zu nehmen. Digitale Plattformen sind Teil der  
132 Infrastruktur und müssen barrierefrei sein.

133 (106) Wirtschaftspolitisch muss der Staat mehr tun, als nur einen Rahmen zu setzen.  
134 Deutschland kann nur mit einer nachhaltigen Wirtschaftsweise seine internationale Position  
135 als globaler Industriestandort wahren, mit neuen Wertschöpfungsketten, neuen Produkten,  
136 guten Arbeitsplätzen und zukunftsfähigen Geschäftsmodellen. Dazu braucht es eine aktive  
137 Industriepolitik, die neuen Technologien zum Durchbruch verhilft, gerade da, wo der Markt  
138 das Risiko scheut. Sie muss für fairen Wettbewerb sorgen, in Forschung, Digitalisierung und  
139 die sozial-ökologische Transformation investieren, Arbeitsplätze schaffen und sichern und  
140 die Gleichberechtigung der Geschlechter und nichtdiskriminierende Zugangsvoraussetzungen  
141 sicherstellen.

142 (107) Unternehmer\*innen dürfen nicht gezwungen werden, sich zwischen einem wirtschaftlich  
143 erfolgreichen Weg oder einer sozialen und ökologischen Ausrichtung des Unternehmens zu  
144 entscheiden. Wirtschaftliche Aktivität muss sich an langfristigen Zielen und  
145 gesamtgesellschaftlichem Wohlstand ausrichten. Die Finanzberichterstattung soll mit  
146 Langfristzielen ergänzt werden sowie mit verbindlichen Indikatoren, die im Kontext einer am  
147 Gemeinwohl orientierten Bilanzierung die sozialen, ökologischen und gesellschaftlichen  
148 Auswirkungen messen.

149 (108) Schlüsselprojekt einer sozial-ökologischen Industrie- und Innovationspolitik ist die  
150 vollständige Dekarbonisierung der Produktionsprozesse in der gesamten Lieferkette.  
151 Automobil- und Chemieindustrie sowie der Maschinenbau waren die Säulen des Erfolges der  
152 deutschen Wirtschaft in den vergangenen Jahrzehnten, aber diese Branchen müssen sich neu  
153 erfinden, um den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden. Dabei kann die  
154 deutsche Industrie auf das bauen, was sie – ganz besonders den Mittelstand – stark gemacht  
155 hat: ihre Ingenieurskunst, ihre Kreativität, die Sozialpartnerschaft mit den Gewerkschaften  
156 sowie ihre europäische und globale Orientierung.

157 (109) Das Handwerk ist einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren in Deutschland. In seiner  
158 Vielfalt ist das Handwerk Voraussetzung für die Stadt der kurzen Wege, für attraktive  
159 Regionen und für die sozial-ökologische Transformation. Das Handwerk muss dabei unterstützt



160 werden, seine Expertise, Qualität und Traditionen in die Zukunft zu übertragen und seine  
161 wichtige Rolle am Arbeitsmarkt, insbesondere bei der Ausbildung von Fachkräften zu stärken  
162 und auch in strukturschwachen Regionen zu erhalten und zu fördern.

163 (109-2) Tourismus ist zukunftsfähig, wenn er in seinen vielfältigen Erscheinungsformen  
164 verantwortungsvoll und nachhaltig ist. Dazu gehören die gleichberechtigte Partizipation  
165 aller Akteur\*innen, die Umsetzung von Umwelt-, Natur- und Klimaschutz, die Stärkung der  
166 lokalen Wirtschaft sowie eine Balance zwischen öffentlicher und individueller Mobilität.  
167 Soziale, ökologische und kulturelle Belastungen von Reisen sollten im Einklang mit den  
168 Gegebenheiten vor Ort sein beziehungsweise kompensiert werden.

169 (110) Entscheidend für eine Dekarbonisierung von Produktion und Konsum ist ihre Einbettung  
170 in eine Kreislaufwirtschaft. Produktion und Konsum finden dabei so weit wie möglich in einem  
171 regionalen Kreislaufsystem statt, sodass weniger endliche Ressourcen verwendet werden  
172 müssen. Zentral dabei ist ein umfassendes Gebot für ressourcensparendes und  
173 kreislauffähiges Produktdesign. So wird die Zahl der neu produzierten Waren und Güter  
174 minimiert, Produkte werden langlebiger und können repariert oder wiederaufbereitet werden.

175 (111) Als einer der größten Wirtschaftsräume der Welt kann die Europäische Union mit dem  
176 gemeinsamen Binnenmarkt weltweit Standards setzen. Das gilt es zu nutzen, um die  
177 Transformation voranzubringen, Menschenrechte zu schützen, wettbewerbsfähig zu bleiben,  
178 Innovationen und Wertschöpfung zu fördern, sich weniger abhängig von anderen globalen  
179 Playern zu machen und zugleich in der noch weitestgehend unregulierten digitalen Welt  
180 Bürger\*innen- und Verbraucher\*innen-Rechte zu sichern.

181 (112) Die Grundstoffindustrie wird auch künftig ein zentraler Baustein bleiben. In einem  
182 gemeinsamen Zusammenspiel von ökologischer und technologischer Innovation, Digitalisierung,

183 branchenübergreifender Kooperation und planungssicherer politischer Rahmensetzung sind die  
184 Grundlagen dafür zu legen, dass Stahl, Beton, Baustoffe, Aluminium, Glas, Papier oder  
185 Chemikalien weiter in Europa produziert werden. Die dafür nötigen Transformationsschritte  
186 müssen wettbewerbsrechtlich ausgeglichen werden.

187 (113) Statt einer Abhängigkeit Europas im Bereich technischer Entwicklungen und Erfindungen  
188 brauchen wir ausreichend eigene Produktions- und Entwicklungskapazitäten für  
systemrelevante

189 Produkte wie medizinische Präparate oder Techniken der kritischen Infrastruktur. Die  
190 Regionalisierung in kritischen Bereichen und eine globale Kooperation gehören zusammen. Der  
191 Markt allein kann das nicht richten.

192 (114) Das freie Unternehmer\*innentum, die Gründer\*innen und Start-ups sind die Treiber\*innen  
193 für Innovation. Grundlage für Neugründungen und Fortschritt sind Wagniskapital und  
194 öffentliche wie private Investitionen in Forschung und Entwicklung. Wirtschafts- und  
195 Forschungspolitik begünstigt neue Ideen zur sozial-ökologischen Transformation. Sie fördert  
196 die Vernetzung von kleinen Unternehmen, Start-ups und Ausgründungen aus Hochschulen  
197 europaweit. Sie unterstützt bei der Finanzierung, dem Zugang zu Ressourcen und beim Transfer  
198 von Grundlagenforschung in die Praxis. Damit entstehen attraktive Rahmenbedingungen und  
199 Diversität, für die besten Forscher\*innen, Gründer\*innen und Fachkräfte.

200 **Eigentum und Gemeinwohl**

201 (115) Ohne Recht auf Eigentum sind eine freiheitliche Gesellschaft und eine sozial-  
202 ökologische Marktwirtschaft unvorstellbar. Gleichzeitig verpflichtet es gesellschaftlich,  
203 weil eine zu starke Konzentration von Eigentum in den Händen Weniger Demokratie und  
204 Marktwirtschaft bedroht. Es braucht eine gleichere Verteilung von Vermögen und Chancen.

205 (116) Grund und Boden unterliegen einer besonderen Sozialpflichtigkeit, weil sie  
206 unvermehrbar und unverzichtbar sind. Deshalb müssen Renditen in diesem Bereich begrenzt  
sein

207 sowie Grund und Boden verstärkt in öffentliches oder gemeinwohlorientiertes Eigentum  
208 überführt werden. Zum Wohl der Allgemeinheit bietet das Grundgesetz als letzte Möglichkeit  
209 die Vergesellschaftung sowie die Enteignung, wo Märkte aus dem Ruder geraten.

210 Bodenwertsteigerungen werden gedämpft und bei Planungsrechtsänderungen wird die  
öffentliche

211 Hand beteiligt. Die Flächeninanspruchnahme ist zu begrenzen. Unser Ziel ist, den  
212 Flächenverbrauch auf Netto Null zu senken und der Staat muss für vielfältig Besitzstrukturen  
213 sorgen und eine gerechte Verteilung fördern.

214 (118) Es braucht neue Formen von gemeinwohlorientiertem oder gemeinschaftlichem Eigentum  
und

215 eine stärkere Gemeinwohlbindung. Genossenschaften und soziale Unternehmen leisten einen  
216 wichtigen Beitrag hin zu einer gemeinwohlorientierten Wirtschaft. Ziel ist, dass Private  
217 ihre Dienstleistungen und Produkte barrierefrei anbieten.

218 (118) Wissen wächst, wenn es geteilt wird. Der offene Zugang zu Wissen für alle Menschen  
219 erhöht Innovationskraft, Wohlstand und Gerechtigkeit. Dabei wollen wir einen fairen Umgang  
220 mit Wissen und Werken, Anreize zur Wissensgenerierung und die Stärkung offener und freier  
221 Lizenzen. Die automatisierte Durchsetzung von exklusiven Eigentumsrechten darf die  
222 Kommunikationsfreiheiten nicht einschränken. So viel Wissen wie möglich soll  
223 Menschheitswissen werden und von der Allgemeinheit genutzt werden können. Bei kulturellen  
224 Werken muss für Urheber\*innen eine angemessene Vergütung sichergestellt werden.  
225 Öffentlich finanziertes Wissen soll grundsätzlich allen kostenfrei zur Verfügung stehen.

## 226 **Finanzmärkte und Banken**

227 (119) Finanzmärkte und Banken haben die Aufgabe, realwirtschaftliche Investitionen zu  
228 finanzieren und Sparer\*innen attraktive Anlagemöglichkeiten zu bieten. Durch die  
229 Deregulierung der Märkte geriet jedoch die Spekulation mit unproduktiven, komplexen  
230 Finanzprodukten zum Hauptzweck. Spekulationen müssen eingedämmt werden und wir müssen  
zurück

231 zum sogenannten „boring banking“, bei dem die langfristige Finanzierung im Vordergrund steht  
232 und nicht die kurzfristige Spekulation. Dafür muss das Einlagen- und Kreditgeschäft vom  
233 riskanten Investmentbanking abgetrennt werden (Trennbankensystem). Es braucht einen  
234 Finanzmarkt, der sich an der Finanzierung des Gemeinwohls beteiligt und es fördert statt ihm  
235 zu schaden.

236 (120) Gute Finanzinstitute sind Grundpfeiler moderner Volkswirtschaften. Werden sie zu groß,  
237 werden sie zur Gefahr. Deshalb sollte keine Bank oder Versicherung so groß sein, dass sie  
238 eine ganze Volkswirtschaft in den Abgrund reißen kann. Eine Abwicklung muss ohne Rückgriff  
239 auf Steuermittel jederzeit möglich sein. Außerdem brauchen Banken und Versicherungen eine  
240 gute Eigenkapitalausstattung und wirksame Haftungsregeln.

241 (121) Deutschlands bestehendes Drei-Säulen-Bankwesen mit seinen vielen kleinen, lokalen  
 242 Banken hat sich bewährt. Der Finanzmarkt braucht eine effektive Aufsicht sowie einfache,  
 243 glasklare Regeln ohne Lücken, die für alle gelten – egal ob Banken, Hedgefonds, FinTechs  
 244 oder andere Finanzdienstleister. Diese Aufsicht soll mit klaren Zuständigkeiten einen  
 245 transparenten Finanzmarkt garantieren. Kleine Banken, von denen keine Gefahr für das  
 246 Finanzsystem ausgeht, müssen nicht so umfassend reguliert und beaufsichtigt werden wie  
 247 Großbanken.

248 (122) Finanzmärkte haben eine wichtige Funktion für die Ausgestaltung der Wirtschaft. Der  
 249 Umbau zu Klimaschutz und einer sozial-ökologischen Wirtschaftsweise wird beschleunigt, wenn  
 250 Anlagegelder nicht mehr in die alte, von fossilen Energien getragene Wirtschaft fließen. Die  
 251 öffentliche Hand und die öffentlich-rechtlichen Finanzinstitute müssen vorangehen und sich  
 252 vollständig aus Investitionen in Unternehmen zurückziehen, die auf fossile Energien, die  
 253 Zerstörung von Ökosystemen oder die Verletzung von Menschenrechten bauen. Für  
 Anleger\*innen  
 254 muss zu jeder Zeit transparent sein, welche ökologischen und sozialen Folgen mit ihren  
 255 Investitionen oder Einlagen verbunden sind. Es gilt, die Klima-, Nachhaltigkeits- und  
 256 Menschenrechtsrisiken im Finanzsektor durch eine am Gemeinwohl orientierte Bilanzierung  
 257 offenzulegen und einzupreisen. Das macht die Finanzierung von Investitionen in Klimaschutz  
 258 und Nachhaltigkeit günstiger als die Bereitstellung von Kapital für andere Zwecke.

### 259 **Geld- und Fiskalpolitik**

260 (123) Aufgabe der Geldpolitik von Zentralbanken sowie der Fiskalpolitik ist es, ökonomischen  
 261 Krisen entgegenzuwirken. Damit sichern sie Arbeitsplätze und Existenzen und fördern so den  
 262 gesamtgesellschaftlichen Wohlstand. Die Bekämpfung und Vermeidung von Arbeitslosigkeit  
 muss  
 263 wichtiges Ziel der Politik sein.

264 (124) Die Zentralbanken allein stoßen an Grenzen, wenn es um die Stabilisierung der  
 265 Wirtschaft in Krisenzeiten geht. Insbesondere die Haushaltspolitik muss einen Beitrag  
 266 leisten, das Auf und Ab der Konjunktur auszugleichen und tiefe wirtschaftliche Krisen zu  
 267 verhindern. Deshalb gilt es, stets die Auswirkung von Staatsausgaben auf die  
 268 Gesamtwirtschaft zu berücksichtigen. Es ist sinnvoll, sowohl auf nationaler als auch auf  
 269 europäischer Ebene die Spielräume zur Kreditfinanzierung öffentlicher Ausgaben zu nutzen und  
 270 auszubauen, um Wirtschaftskrisen sowie deren soziale Folgen zu vermeiden und Investitionen  
 271 für die sozial ökologische Transformation zu ermöglichen. Langfristige Schuldenragfähigkeit  
 272 ist dabei stets zu gewährleisten und gerade mit Blick auf die Handlungsspielräume künftiger  
 273 Generationen gesetzlich zu verankern.

274 (125) Unsere gemeinsame europäische Währung trägt zu einem starken gemeinsamen Europa  
 bei.

275 Die Währungsunion ist allerdings ein unvollendetes Projekt geblieben. So verschärfen sich  
 276 wirtschaftliche Unterschiede und Ungleichgewichte bei Wettbewerbsfähigkeit und Handel, ohne  
 277 dass es dagegen europäische Instrumente gibt. Daher gilt es, die europäische Währungsunion  
 278 zu vollenden, sie um eine Fiskal- und Sozialunion zu ergänzen und die dafür notwendigen  
 279 Vertragsveränderungen auf den Weg zu bringen.

280 (126) Die Zentralbanken sollten eigene Standards für digitale Währungen schaffen. Dazu  
 281 bedarf es einer europäischen Regulierung für die Entwicklung, die für Verbraucher\*innen

282 Rechtssicherheit schafft. Eine Aushöhlung des Geld- und Währungsmonopols über private  
283 Währungen im Euro-Raum darf nicht zugelassen werden.

284

285 (126-2) Digitale Zahlungen, Kryptowährungen und die Personen hinter den Accounts müssen  
286 nachvollziehbar sein. Zur Bekämpfung von Verbrechen wie Geldwäsche, die Darstellung  
287 sexualisierter Gewalt gegen Kinder, Steuerhinterziehung und Terror-Finanzierung braucht es  
288 eine staatliche Infrastruktur.

289 (127) Die EU braucht eine eigene Zuständigkeit für die Wirtschafts- und Fiskalpolitik. Sie  
290 braucht einen Haushalt, der groß genug ist, um makroökonomisch zu stabilisieren und in  
291 schweren Krisen Zuschüsse für die nationalen Haushalte leisten und mit europäischen  
292 Investitionen reagieren zu können. Dieser Haushalt muss über eigene Steuereinnahmen und  
293 Eigenmittel verfügen. Um langfristige Investitionen zu finanzieren und schwere  
294 Konjunkturreinbrüche abzuwehren und zu bekämpfen, muss sich dieser Haushalt auch über  
Kredite  
295 finanzieren können. Um den Euro zu stärken, müssen Staatsanleihen der Europäischen Union  
und  
296 ihrer Mitgliedstaaten eine absolut sichere Geldanlage darstellen. Ein Zahlungsausfall muss  
297 in jedem Fall ausgeschlossen sein.

298 (128) Die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank ist ein hohes Gut. Sie gilt es zu  
299 bewahren. Krisen haben jedoch gezeigt, dass eine alleinige Ausrichtung auf das Ziel der  
300 Preisniveaustabilität ein zu enges Mandat für die Geldpolitik ist. Daher sollte die EZB, wie  
301 andere Zentralbanken auch, gleichberechtigt das Ziel der Wohlstandsmehrung und eines hohen  
302 Beschäftigungsstands verfolgen. Hohe Zinsunterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten können  
303 Staaten hindern aus einer Krise herauszukommen. Insbesondere ohne eine gemeinsame  
304 Fiskalpolitik der Eurozone, kann es für die Zentralbank notwendig sein, die Liquidität der  
305 Staaten zu garantieren und Zinsunterschiede zu begrenzen.

306 (129) Auf europäischer Ebene ist eine stärkere Harmonisierung und Vergemeinschaftung von  
307 wettbewerbssensiblen Steuern notwendig, wie etwa der Besteuerung von  
Unternehmensgewinnen  
308 oder dem CO2 Verbrauch. Lohn- und Tarifpolitik sollten schrittweise stärker aufeinander  
309 abgestimmt werden. Im Fall von hohen und dauerhaften Handelsungleichgewichten innerhalb  
der  
310 Währungsunion müssen die Empfehlungen der Europäischen Kommission eine stärkere  
311 Verbindlichkeit haben, etwa den Defizit- wie auch den Überschussländern symmetrische  
312 Verpflichtungen zum Abbau aufzuerlegen. Mit öffentlichen Investitionen und guten Löhnen wird  
313 die Binnennachfrage gestärkt und die Exportüberschüsse Deutschlands abgebaut.

#### 314 **Haushalts- und Steuerpolitik**

315 (130) Haushaltsmittel gehören allen Bürger\*innen. Mit ihnen ist stets sorgsam umzugehen und  
316 es ist zu überprüfen, ob die angestrebten gesellschaftlichen Ziele auf effizientem Weg  
317 erreicht werden. Dies ist ein wichtiger Beitrag, um Aufgaben wie beispielsweise die  
318 Daseinsvorsorge und Infrastrukturinvestitionen finanzieren zu können. Die öffentlichen  
319 Haushalte müssen in einer Demokratie klar, transparent und nachvollziehbar sein. Gender  
320 Budgeting und die Beachtung von Klimaneutralität sind für einen gerechten Haushalt  
321 unerlässlich.

- 322 (131) Wir stehen zu langfristig nachhaltigen Staatsfinanzen und zu gesetzlichen Regeln für  
323 die Begrenzung der Kreditaufnahme. Dabei gilt es, nicht nur die Verbindlichkeiten zu  
324 betrachten, sondern auch das Vermögen der öffentlichen Hand zu erhalten und auszubauen.  
325 Investitionen in Infrastruktur und Nachhaltigkeit sichern die Handlungsspielräume künftiger  
326 Generationen. In diesem Sinne ist der Anteil der öffentlichen Investitionen an der  
327 Wirtschaftsleistung auszubauen. Für den Ausbau des öffentlichen Vermögens und die  
328 langfristige Sicherung unseres Wohlstands kann eine Kreditfinanzierung sinnvoll und  
329 pragmatisch geboten sein, insbesondere wenn sie eine gute Rendite verspricht.
- 330 (132) Infrastruktur ist öffentliche Aufgabe. Eine weitere Privatisierung öffentlicher  
331 Unternehmen im Bereich der öffentlichen Pflichtaufgaben der Daseinsvorsorge darf es nicht  
332 geben. Öffentlich-private Partnerschaften kommen höchstens nur dann in Betracht, wenn sich  
333 durch sie ein Mehrwert oder geringere Kosten für die Steuerzahler\*innen ergeben.
- 334 (133) Unser Steuersystem stellt die Finanzierung öffentlicher Aufgaben sicher. Es braucht  
335 ein gerechtes Steuersystem, das verständlich und effizient ist und zu einer Angleichung der  
336 Einkommen  
337 führt. Das ist Grundlage für Akzeptanz und reduziert soziale Ungleichheit.
- 338 (134) Ein Steuersystem, das wirtschaftliche Dynamik schaffen will, begünstigt neue  
339 Aktivitäten und Investitionen und besteuert Vermögen sowie leistungslose Einkommen. Das  
340 Aufkommen der Steuern aus Kapitaleinkommen, aus großen Vermögen und Erbschaften muss  
wieder  
341 deutlich erhöht werden. Die Besteuerung von Kapitaleinkommen muss mindestens dem Maß der  
342 Besteuerung der Erwerbstätigkeit entsprechen. Der Vermögensaufbau von  
einkommensschwachen  
343 Gruppen soll gefördert werden.
- 344 (135) Steuern lenken. Steuersysteme sollen gesellschaftliche Ziele abbilden. Nicht am  
345 Gemeinwohl orientierte und ökologisch schädliche Tätigkeiten und Produkte sollen stärker  
346 besteuert und damit verteuert werden. Die Steuerlast stärker vom Faktor Arbeit auf  
347 Ressourcenverbrauch und Einkommen aus Kapital- und Bodenbesitz zu verlagern, begünstigt  
den  
348 ökologischen Umbau und soziales Engagement.
- 349 (136) Steuerdumping schadet Volkswirtschaften. Unternehmensgewinne und digitale Umsätze  
350 müssen stärker am Ort des Konsums besteuert und eine gemeinsame europäische  
351 Bemessungsgrundlage muss eingeführt werden.
- 352 (137) Alle sollen sich ihrer finanziellen Lage entsprechend am Gemeinwohl beteiligen, denn  
353 Daseinsvorsorge und Sozialsystem sind nur solidarisch zu finanzieren. Die Besteuerung soll  
354 progressiver und damit eine Trendumkehr eingeleitet werden. Dafür braucht es Transparenz  
355 über wirtschaftliche Verhältnisse und eine Verwaltung, die in der Lage ist, das Recht  
356 durchzusetzen. Steuerhinterziehung und -umgehung, Schwarzarbeit, Geldwäsche und  
Sozialbetrug  
357 sind mit allen Mitteln zu bekämpfen.

## **Kapitel 4: Zusammen leben**



45. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
20. - 22. November 2020, Karlsruhe - DIGITAL

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 22.11.2020  
Tagesordnungspunkt: GSP-Z Zusammen leben

### **Antragstext**

#### **1 Kapitel 4: Zusammen leben**

#### **2 Zusammenhalt in Vielfalt**

3 (165) Offen ist eine Gesellschaft, in der alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind, die  
4 gleichberechtigte Teilhabe ermöglicht, die die Unterschiedlichkeit von Menschen und Regionen  
5 als Stärke verteidigt, die soziale Ungleichheit verringern will, und den Schutz von  
6 Minderheiten gewährleistet und Diskriminierung aktiv bekämpft. Individuelle Freiheit und  
7 persönliche Identität werden geschützt. Die offene Gesellschaft ist eine gewaltfreie. Ihre  
8 Grenzen findet sie in den Rechten und Freiheiten der Mitmenschen. Die offene Gesellschaft  
9 hinterfragt sich, lernt und ist selbstkritisch. Sie beruht auf Bedingungen, die sie selbst  
10 nicht schützen kann. Deshalb sind der Schutz und die Arbeit für sie eine dauernde politische  
11 Aufgabe.

12 (166) Menschen sind unterschiedlich, aber ihre Rechte und ihre Würde sind gleich. Eine  
13 vielfältige, diskriminierungsfreie, gleichberechtigte und inklusive Gesellschaft bedeutet  
14 demokratischen Fortschritt für alle. Sie entwickelt sich stets weiter und handelt permanent  
15 die Regeln ihres Zusammenlebens neu aus. In einer pluralistischen Gesellschaft bilden  
16 gleichberechtigte Individuen aus vielfältigen Perspektiven ein Bündnis für ein gemeinsames  
17 Wir zum Schutz und zur Förderung von Freiheit und Würde. Das gemeinsame Wir bedeutet  
18 Zusammenhalt in einer vielfältigen und inklusiven Gesellschaft.

19 (167) Das gemeinsame Wir schließt alle ein, die in unserem Land leben. Wir sind  
20 unterschiedlich, aber uns verbindet Respekt und Akzeptanz allen Menschen gegenüber,  
21 unabhängig davon, wie sie leben, lieben, glauben und aussehen. Das macht den Reichtum  
22 unseres „Wir“ aus.

23 (168) Eine vielfältige und inklusive Gesellschaft ist eine gleichberechtigte – mit gleichen  
24 Rechten, Zugängen und gleicher Teilhabe. In einer vielfältigen Gesellschaft richtet sich  
25 Zugehörigkeit nicht danach, wo jemand geboren ist, in welchem Stadtteil jemand wohnt, woher  
26 die Eltern kommen oder wie viel sie verdienen, wen jemand liebt, wie jemand aussieht, was  
27 jemand glaubt oder wie der Name klingt. Diese Vielfalt soll auch in unserer Partei gerecht  
28 repräsentiert werden.

29 (169) Diskriminierung trifft nicht alle gleichermaßen, aber sie geht alle gleichermaßen an.  
30 Eine vielfältige Gesellschaft ist diskriminierungskritisch und schützt alle Menschen vor  
31 Diskriminierung und Gewalt – im Alltag, ob subtil oder durch gesellschaftliche Strukturen  
32 und öffentliche Institutionen.

33 (170) In Deutschland leben Menschen zusammen, deren Familien bereits seit Generationen hier  
34 ansässig sind, sowie Menschen, die in jüngerer Zeit eingewandert sind. Hier leben  
35 Christ\*innen, Jüdinnen und Juden, Muslim\*innen, Angehörige anderer Religionen und nicht

36 religiöse Menschen genauso wie Nachkommen von Arbeitsmigrant\*innen und von Geflüchteten.  
37 Viele bezeichnen sich als Deutsche, manche als Neue Deutsche, Schwarze Deutsche, People of  
38 Color, Menschen mit Romani-Hintergrund, Polnisch-Deutsche oder Türkisch-Deutsche und vieles  
39 mehr. In einem offenen Deutschland werden alle von allen als dazugehörig anerkannt und  
40 können sich zugehörig fühlen. Neuankommende erhalten Unterstützung für ihr Ankommen.

41 (171) Migration gehört zu unserem Alltag, sie prägt und verändert unsere Gesellschaft auf  
42 allen Ebenen. Die Einwanderungsgesellschaft wird in Zukunft noch pluraler sein als sie es  
43 bereits heute ist. In ihr wird niemand wie selbstverständlich als "Mensch mit  
44 Migrationshintergrund" behandelt oder auf eine eventuelle Migrationsgeschichte reduziert und  
45 Teilhabe, Rechte, Zugehörigkeit und soziale Positionen werden stets neu ausgehandelt. Eine  
46 vielfältige Einwanderungsgesellschaft erfordert die gleichberechtigte politische, soziale  
47 und kulturelle Teilhabe von Migrant\*innen. Sie ist als Staatsziel im Grundgesetz zu  
48 verankern.

49 (172) Menschen, die in Deutschland ihren Lebensmittelpunkt haben und Teil dieser  
50 Gesellschaft geworden sind, sollen einen erleichterten Rechtsanspruch auf Einbürgerung  
51 haben. Die Staatsangehörigkeit soll ein dauerhaftes Band rechtlicher Gleichheit, Teilhabe  
52 und Zugehörigkeit sicherstellen. Dazu gehören die Ermöglichung von doppelter  
53 Staatsangehörigkeit und die Ausweitung des Geburtsrechts. Die deutsche Staatsangehörigkeit  
54 soll durch Geburt im Inland erworben werden können, wenn ein Elternteil rechtmäßig seinen  
55 gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hat. Mehrstaatigkeit bildet die Lebensrealität vieler  
56 Menschen ab. Die Staatsangehörigkeit darf auch als Lehre aus dem nationalsozialistischen  
57 Unrecht nicht einfach entzogen werden. Auch wer keine deutsche Staatsbürgerschaft besitzt,  
58 aber hier seinen Lebensmittelpunkt hat, hat das Recht auf politische Teilhabe.

59 (173) Die deutsche Gesellschaft ist religiös und weltanschaulich plural. Eine plurale  
60 Gesellschaft braucht den friedensorientierten Dialog zwischen Religionen und  
61 Weltanschauungen, die unterschiedliche Zugänge zur einen Welt bieten. Es geht um die  
62 Bewahrung und Durchsetzung der Freiheit, das persönliche Leben nach eigenen  
63 Lebensentwürfen  
64 und Wertvorstellungen zu gestalten. Das schließt die Freiheit des religiösen und  
65 weltanschaulichen Bekenntnisses ebenso ein wie das Recht, nach anderen Vorstellungen zu  
66 leben. Zu dieser Freiheit gehört auch Religions- und Weltanschauungskritik. Voraussetzung  
67 für eine Zusammenarbeit mit öffentlichen Stellen ist die uneingeschränkte Anerkennung der  
68 verfassungsmäßigen Ordnung des Grundgesetzes und die Unabhängigkeit von autokratischen  
69 Regimen. Die Wahrung der grundrechtlichen Normen und Werte kann durch keine Religion  
70 relativiert werden, auch nicht bei Fragen der Geschlechtergerechtigkeit und LGBTIQ. Dass  
71 Konfessionsfreie, die mehr als ein Drittel der Gesellschaft ausmachen, weltanschaulich meist  
72 nicht organisiert sind, darf nicht zu ihrer Benachteiligung führen.

73 (174) Die christlichen Kirchen sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft und verleihen  
74 ihr vielfältige Impulse. Der säkulare Staat muss sich am Neutralitätsprinzip ausrichten und  
75 organisatorisch prinzipiell von ihnen getrennt sein. Das bedeutet aber nicht ein  
76 Kooperationsverbot zwischen Staat und Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaften. Das  
77 kooperative Modell des Staatskirchenrechtes soll zu einem pluralen Religionsverfassungsrecht  
78 weiterentwickelt werden. Auch in Betrieben in kirchlicher Trägerschaft sind  
79 Koalitionsfreiheit, Streikrecht, betriebliche Mitbestimmung, Tarifverhandlungen und eine

80 umfassende Prüfung der Rechte von Arbeitnehmer\*innen durch Arbeitsgerichte als soziale  
81 Grundrechte zu gewährleisten.

82 (175) Aktives jüdisches Leben in Deutschland und Europa nach den schrecklichen Erfahrungen  
83 der Shoa bedeutet eine immerwährende Verantwortung für den deutschen Staat und seine  
84 Bürger\*innen. Jüdisches Leben in Deutschland zu unterstützen sowie die Sicherheit von  
85 Jüdinnen und Juden und jüdischer Einrichtungen zu gewährleisten ist eine wichtige Aufgabe  
86 für unsere Gesellschaft. Sich Antisemitismus in jeder Form entgegenzustellen ist die  
87 Verpflichtung unseres Rechtsstaates und die beständige Aufgabe aller Menschen in Deutschland

88 und in Europa Antisemitismus ist nicht nur eine Diskriminierungsform, sondern ein  
89 Welterklärungsmuster, bei dem Jüdinnen und Juden typischerweise zugleich als minderwertig  
90 und überlegen oder gar übermächtig imaginiert werden. Damit ist er oft Grundlage für  
91 Verschwörungsideologien, denen konsequent entgegengetreten werden muss. Die Existenz und  
92 die  
93 Sicherheit Israels als nationale Heimstätte des jüdischen Volkes mit gleichen Rechten für  
94 all seine Bürger\*innen sind unverhandelbar. Für Frieden und Sicherheit braucht es eine  
95 Zweistaatenregelung mit der Schaffung eines souveränen, lebensfähigen und demokratischen  
96 Staates Palästinas.

96 (176) Muslim\*innen in ihrer Vielfalt sind nach den Angehörigen der großen christlichen  
97 Konfessionen die größte religiöse Gruppe in diesem Land. Der Islam gehört damit  
98 selbstverständlich zu Deutschland. Moscheen und muslimische Gemeinden müssen vor  
99 Bedrohungen  
100 und Angriffen geschützt, die Sicherheit von Muslim\*innen muss gewährleistet werden.  
101 Muslim\*innenfeindlichkeit zu bekämpfen ist Aufgabe der gesamten Gesellschaft. Das Anliegen  
102 vieler Muslim\*innen, anerkannte und gleichberechtigte Religionsgemeinschaft(en) im Sinne und  
103 nach den Regeln des Grundgesetzes bilden zu können, verdient Unterstützung. Das Ziel sind  
104 Staatsverträge mit islamischen Religionsgemeinschaften, die in keiner strukturellen  
105 Abhängigkeit zu einem Staat, einer Partei oder politischen Bewegung und deren oder dessen  
106 jeweiliger Regierungspolitik stehen und sich religiös selbst bestimmen.

106 (177) Menschen mit Romani-Hintergrund sind die größte Minderheit in Europa. Sie sind Teil  
107 der europäischen Geschichte und Gegenwart seit mehr als 600 Jahren und in Deutschland als  
108 nationale Minderheit anerkannt. Kultur und Sprache sind vom Staat zu schützen und zu  
109 fördern. Antiziganistische Diskriminierung ist jedoch weit verbreitet und bis in die Mitte  
110 der Gesellschaft verankert. Sie findet zum Beispiel bei der Wohnungs- und Arbeitssuche, im  
111 Bereich Bildung und Gesundheit statt. Dagegen einzutreten ist unsere Verpflichtung. Das  
112 Erinnern an den lange ignorierten und nicht anerkannten Holocaust an Menschen mit Romani-  
113 Hintergrund in der Zeit des Nationalsozialismus ist unser aller Verantwortung.

114 (178) Inklusion ist ein Menschenrecht. In einer inklusiven Gesellschaft können alle Menschen  
115 in ihren Eigenschaften und Lebensformen verschieden sein. Die Rechte von Menschen mit  
116 Behinderung und deren gesellschaftliche Teilhabe werden umfassend und wirksam realisiert und  
117 geschützt. Um ausschließende und aussondernde Strukturen zu beseitigen, muss die VN-  
118 Behindertenrechtskonvention in allen Punkten umgesetzt werden. Menschen mit Behinderung  
119 tragen mit ihren Fähigkeiten und Ressourcen zu dieser Gesellschaft bei. Leben mit  
120 Behinderung bedeutet besondere Anforderungen zur Selbstbestimmung. Die dafür notwendige



121 Unterstützung muss gewährt werden. Die Verbrechen gegenüber Menschen mit Behinderung in  
122 der

deutschen Geschichte müssen weiter aufgearbeitet und die Opfer entschädigt werden.

### 123 **Feminismus, Geschlechtergerechtigkeit und queere Rechte**

124 (179) Unser Ziel ist die geschlechtergerechte Gesellschaft, Feminismus der Weg dorthin. Er  
125 verspricht, echte Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen einzulösen – rechtlich,  
126 kulturell und ökonomisch. Feminismus ist eine geteilte Aufgabe aller Geschlechter. Es  
127 braucht Männlichkeitsbilder für eine gleichberechtigte Gesellschaft, in der wir Macht,  
128 Möglichkeiten und Verantwortung teilen.

129 (180) Eine Gesellschaft, in der gleiche Teilhabe für alle Geschlechter Wirklichkeit ist,  
130 schützt und stärkt die Rechte aller Frauen, trans\*, inter\* und nicht-binären Menschen in  
131 ihrer Unterschiedlichkeit und unabhängig von Herkunft, Alter, Behinderung, Sexualität oder  
132 Klasse, Religion oder Weltanschauung.. Deshalb verfolgen wir einen Feminismus, der  
133 verschiedene Diskriminierungsformen auch in ihrer Verschränkung erkennt und an ihrer  
134 Beseitigung arbeitet.

135 (181) Gesellschaftlich vorgegebene Rollenzwänge führen zu ungleichen Chancen und häufig zu  
136 individuellem Leid. Patriarchale Strukturen, die ihren Ausdruck in Sexismus und Gewalt  
137 finden, behindern Frauen im Job, in der Schule, in der Uni, vor Gericht, im Familienleben,  
138 in den Medien, im Internet. Menschen aller Geschlechter profitieren von der Überwindung  
139 feststehender Geschlechterrollen. Menschen benötigen von klein auf vielfältige Vorbilder, um  
140 sich frei entfalten zu können. Gemeinsam schaffen wir eine Gesellschaft, in der alle  
141 Menschen frei von einschränkenden Rollenbildern leben können.

142 (182) Das Recht auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper und das eigene Leben muss für  
143 alle Menschen, insbesondere auch Frauen, Mädchen, trans, inter und nicht-binäre Menschen **mit**  
144 **und ohne Behinderung** uneingeschränkt gelten. Dieses Recht zu realisieren ist Teil einer  
145 guten öffentlichen Gesundheitsversorgung. Zu ihr zählen auch selbstbestimmte  
146 Schwangerschaftsabbrüche, die nichts im Strafgesetzbuch verloren haben und deren Kosten  
147 grundsätzlich übernommen werden müssen. Alle Menschen haben ausschließlich selbst das  
148 Recht,

149 ihr Geschlecht zu definieren. Inter\*, trans\* und nichtbinäre Menschen haben das Recht, dass  
149 ihr selbst definiertes Geschlecht ohne bürokratische oder medizinische Hürden offiziell  
150 anerkannt wird.

151

152 Selbstbestimmung setzt einen umfassenden Schutz vor Gewalt voraus. Im Sinne der Istanbul-  
153 Konvention ist jegliche Form geschlechtsspezifischer, körperlicher, seelischer und  
154 sexualisierter Gewalt konsequent zu bekämpfen und als Basis dafür umfangreiche Daten zu  
155 geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt zu erheben .

156 (183) Frauen sollen in allen Bereichen der Gesellschaft mitbestimmen und Verantwortung  
157 übernehmen können. Gleichberechtigung bedeutet nicht nur, aber auch mehr Frauen in  
158 Führungspositionen – in der Politik, in der Zivilgesellschaft, in der Wissenschaft, in der  
159 Kultur und der Wirtschaft. Wo freiwillige Selbstverpflichtung nicht hilft, sind Quoten ein  
160 wichtiges Instrument für mehr Parität. Sie zielen dabei immer auf eine Welt, in der sie sich  
161 selbst überflüssig machen.

162 (184) Solidarische Queerpolitik führt die unterschiedlichen Perspektiven von Lesben,  
163 Schwulen, Bisexuellen, trans\*, inter\*, nicht-binären und queeren Menschen zusammen.  
164 Aufbauend auf vergangenen Erfolgen, arbeitet sie an der Überwindung bestehender  
165 Diskriminierung und schafft damit eine vielfältige und diskriminierungsfreie Gesellschaft.  
166 Das bedeutet auch eine Gesellschaft der Geschlechtervielfalt, in der alle Menschen ohne  
167 Angst verschieden sein können. Diese geschlechtliche Vielfalt muss sich auch in den Gesetzen  
168 unseres Staates widerspiegeln.

169 (185 neu) Freiheit und Würde bedeutet zum Beispiel, sich einem Geschlecht zuzuordnen oder  
170 auch nicht. Und es bedeutet, die eigene sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität  
171 selbstbestimmt finden und leben zu können. Freiheit und Würde bedeuten auch, gemäß der  
172 eigenen sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität die Lebensform, die  
173 Partnerschaft und das Familienmodell selbst zu wählen und dafür jeweils die gleichen Rechte  
174 und den gleichen Schutz vom Staat zu erhalten. Die staatliche Diskriminierung von inter\*,  
175 trans\* und nicht-binären Menschen ist zu beenden. Antiqueere, homo-, bi- und transfeindliche  
176 Ressentiments und Diskriminierung sowie Angriffe auf lesbische, schwule, bisexuelle, trans\*,  
177 inter\*, nicht-binäre und queere Menschen sind menschenrechtliche Verstöße und müssen von  
178 der  
179 gesamten Gesellschaft klar zurückgewiesen werden. Die Verfolgung und Diskriminierung von  
180 LSBTIQ\* in der deutschen Vergangenheit muss vollständig aufgearbeitet werden.

#### 180 **Stadt und Land, Jung und Alt**

181 (185) Die regionale Vielfalt, die verschiedenen historischen Erfahrungen und  
182 unterschiedlichen Lebensstile der Menschen machen Deutschland aus. Auch die historische  
183 Spaltung in Ost und West durch den Kalten Krieg sowie die Verwerfungen nach der  
184 Wiedervereinigung haben Deutschland geprägt. Unterschiede anzuerkennen, zu schützen und  
185 zugleich den sozialen Zusammenhalt zu stärken ist unsere Verpflichtung. Es ist Verantwortung  
186 des Staates, die Lebensbedingungen in sich ökonomisch und strukturell unterschiedlich  
187 entwickelnden Regionen im gesamten Bundesgebiet und auf allen Ebenen anzugleichen – etwa  
188 im  
189 Verhältnis von ländlichen Gegenden zu Städten, vom Norden zum Süden, von Ost nach West,  
190 von  
191 schrumpfenden zu wachsenden Regionen.

190 (186) (186) Unsere Gesellschaft ist geprägt durch demographischen Wandel.  
191 Bevölkerungsverluste und -zuwächse sind sehr ungleich verteilt, vor allem zwischen Stadt und  
192 Land, und sie prägen unterschiedliche Identitäten und kulturelle Erfahrungen. Gleichwertige  
193 Lebensverhältnisse herzustellen ist Verfassungsgrundsatz und Kernaufgabe unserer Politik.  
194 Was gleichwertig ist, ist aber schwer zu definieren und hängt immer auch von individuellen  
195 Vorlieben ab. Während es in Grossstadtregionen oft gute Infrastruktur und staatlichen  
196 Institutionen gibt, ist bezahlbarer Wohnraum dort Mangelware. In ländlichen Regionen  
197 hingegen ist Wohnen, insbesondere im Eigentum, meist günstiger und die Umgebung grüner  
198 und  
199 weniger schadstoffbelastet als in den Städten. Die Sicherung von gleichwertigen  
200 Lebensverhältnissen wird nicht durch das gleiche Angebot in Grossstädten und ländlichen  
201 Räumen zu erreichen sein. Gleichwertig ist nicht identisch mit gleich. Wichtig sind aber  
202 eine überall ausreichende Versorgung mit Gütern der Daseinsvorsorge sowie eine  
203 flächendeckende Versorgung mit digitaler Infrastruktur auch und gerade in den ländlichen

203 Räumen. Es geht um eine Politik des Ausgleichs, der Beteiligung und Teilhabe vor Ort sowie  
204 um die Wahlfreiheit des Wohnortes für alle Menschen. Dazu dient eine neue  
205 Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Daseinsvorsorge“

206 (187) Lebenswerte und sichere öffentliche Räume und Institutionen sind Voraussetzungen  
207 dafür, dass die Gesellschaft zusammenhält. Damit Sicherheit und Gemeinsamkeit möglich  
208 werden, garantiert der Staat gute Versorgung, Anbindung von ländlichen Regionen und Orte der

209 Begegnung. Zur Daseinsvorsorge gehören technische, soziale und kulturelle Infrastruktur  
210 sowie ein umfassender Zugang zu Kultur, Künsten und kultureller Bildung, etwa  
211 flächendeckende Breitbandanschlüsse und Mobilfunkversorgung, ein gut ausgebauter ÖPNV,  
212 Frauenhäuser, Begegnungsräume für ältere Menschen, Ärzt\*innen sowie Krankenhäuser, Kitas,  
213 Jugendhäuser, Musikschulen und Bibliotheken, Sportplätze und Schwimmbäder in Stadt und  
Land.

214 Mit guter Baukultur, die Menschen an der Gestaltung ihrer gebauten Umwelt und ihrer  
215 Kulturlandschaft beteiligt und teilhaben lässt, schaffen wir Identifikation mit unseren  
216 Städten und Regionen. So helfen öffentliche Räume und Institutionen, Freiheit und  
217 Selbstbestimmung zu ermöglichen, Chancengleichheit herzustellen und Aufstiegschancen zu  
218 schaffen. Sie sind mehr als staatliche Daseinsvorsorge, sie sind ein Zusammenspiel von  
219 demokratischer Staatlichkeit und bürgerschaftlichem Zusammenleben.

220 (188) Es braucht bessere regionale Wirtschaftskreisläufe. Sie sind nicht nur ökologischer,  
221 sondern können auch Regionen mit Strukturproblemen helfen. Die regionale  
222 Wirtschaftsförderung ist so auszurichten, dass regionale Kreisläufe unterstützt werden, vor  
223 Ort eine gute Infrastruktur vorhanden ist und auch ländliche Regionen verlässlich vernetzt  
224 und an die Zentren angebunden sind. Dafür braucht es starke regionale Zentren als  
225 Ankerpunkte in den Regionen, die ein breites Angebot an öffentlichen und kulturellen  
226 Dienstleistungen vorhalten. Bei der Ansiedelung von Bildungsinstitutionen, Landes- und  
227 Bundesbehörden sollen dünn besiedelte Regionen besonders berücksichtigt werden.

228 (189)

229 (190) Das gute Zusammenleben aller Generationen und Gerechtigkeit zwischen ihnen wird in  
230 einer alternden Gesellschaft zentraler. In ihr braucht es neue Formen des Zusammenlebens und  
231 eine altersgerechte und inklusive Infrastruktur. Das wirkt Einsamkeit entgegen und stärkt  
232 den sozialen Zusammenhalt. Im Zentrum sollte nicht nur die Versorgung älterer Menschen  
233 stehen, sondern auch ihre Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben.

234 (191) Für viele Menschen ist die Familie das Fundament ihres Zusammenlebens und Glücks.  
235 Deswegen stehen Familien zu Recht unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes. Familie  
ist

236 da, wo Menschen mit dem Ziel der Dauerhaftigkeit Verantwortung füreinander übernehmen,  
sich

237 umeinander kümmern und füreinander da sind. Familien verdienen Unterstützung. Egal ob mit  
238 oder ohne Trauschein, getrennt oder alleinerziehend, mit Partner\*in, gleich- oder  
239 mehrgeschlechtlich, Patchwork oder in Mehr-Eltern-Konstellationen – alle Formen sollen  
240 rechtlich und sozial abgesichert sein.

241 (192) Viele Eltern wollen sich Sorge- und Erwerbsarbeit gleichberechtigt aufteilen. Das wird  
242 möglich durch gesetzliche Rahmenbedingungen, ein flächendeckendes, zeitlich flexibles und

243 qualitativ hochwertiges Betreuungs-, Bildung- und Beratungsangebot, einen Wandel der  
244 Arbeitswelt sowie eine Reduzierung der Arbeitszeit.

245 (193) Kinder brauchen die Freiheit, sich zu bewegen, zu spielen und zu lernen, zu lachen und  
246 zu weinen, um sich bestmöglich entwickeln und frei entfalten zu können. Sie haben eigene  
247 Rechte. Diese gehören in den Mittelpunkt von Politik und Gesellschaft und sind im  
248 Grundgesetz eigenständig zu garantieren. Kinder sind Expert\*innen in eigener Sache und  
249 sollten bei den sie betreffenden Angelegenheiten beteiligt werden. Ihr Interesse muss  
250 Leitlinie in der Ausstattung von öffentlichen Räumen und Institutionen sein.

251 (194) Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf besonderen Schutz und auf  
252 diskriminierungsfreie Förderung, die über bundesweite Qualitätskriterien für Kitas, Schulen,  
253 Jugendämter und freie Träger zu garantieren sind. Kinderrechte gehören in alle Curricula für  
254 Jura, Medizin, Erziehungswissenschaften und Polizei. Kinder müssen bei Entscheidungen  
255 gehört, ihre Rechte und ihr Wille im Mittelpunkt stehen. Überall, wo mit Kindern umgegangen  
256 wird, muss Basiswissen über Kinderrechte, insbesondere über Beteiligung, über den Schutz vor  
257 Kindeswohlgefährdung und vor sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche, zur  
258 Voraussetzung werden. In Kinderschutzverfahren muss die nötige Qualifikation bei allen  
259 Beteiligten gesetzlich vorgegeben und tatsächlich gewährleistet sein. Regionale Netzwerke  
260 gegen jegliche, insbesondere auch sexualisierte Gewalt gegen Kinder müssen flächendeckend  
261 aufgebaut und gesichert werden. Sie ermöglichen ein stimmiges Miteinander von  
Jugendämtern,  
262 unabhängigen Fachberatungsstellen und anderen Bereichen der sozialen Arbeit, der Bildung  
und  
263 der Erziehung. Dazu gehören Standards für Prävention, Personalausstattung, Fortbildungen  
264 sowie für Beratung und Therapie, die selbstverständlich eine gute Finanzierung voraussetzen.

## 265 Wohnen

266

267 (195) Wohnen ist nicht nur existentiell, sondern die Voraussetzung für Freiheit, Würde und  
268 Selbstbestimmung und deshalb Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Das Recht auf Wohnen  
269 soll im Grundgesetz verankert werden. Kein Mensch soll ohne Obdach und eine dauerhafte  
270 würdevolle Unterbringung sein. Eine Diskriminierung bei der Wohnungssuche aufgrund von  
271 Kriterien wie des Namens, der Herkunft, der sexuellen Identität, einer Behinderung, des  
272 Familien- oder Bildungsstandes oder trotz ausreichendem Einkommen darf es nicht geben. Auch  
273 kleine Selbständige sowie soziale und kulturelle Angebote und deren Orte brauchen ein  
274 soziales Gewerbemietrecht, damit sie durch steigende Mieten nicht aus ihren Vierteln  
275 verdrängt werden. Es braucht ein starkes und soziales Mietrecht, das den unterschiedlichen  
276 Wohnungsmärkten gerecht wird, und bessere Instrumente für eine gesetzliche Begrenzung der  
277 Miethöhe und eine gesetzlich-verankerte Mieter\*innen-Mitbestimmung. Es braucht Maßnahmen  
278 gegen Spekulation mit Wohnraum und eine entschlossene Bekämpfung der Geldwäsche mit  
279 Immobilien sowie der zunehmenden Vermögenskonzentration über den Immobilienmarkt

280 (196) Wohnen ist auch eine soziale Frage. Um das Recht auf Wohnen zu verwirklichen, ist ein  
281 hoher Bestand an öffentlichem oder gemeinnützigem, langfristig sozial gebundenem Wohnraum  
282 nötig, der möglichst dauerhaft in der Bindung bleiben sollte. Wohnraum und Boden dürfen  
283 keine Spekulationsobjekte sein. Das Ziel ist eine gemeinwohlorientierte Wohnungswirtschaft,  
284 eine "Neue Wohngemeinnützigkeit". Projekte, Initiativen und Gesellschaften des  
285 gemeinschaftlichen, genossenschaftlichen, alternativen oder generationsübergreifendes

## Wohnen

286 sollen unterstützt werden. Dort, wo viele Menschen zuziehen, muss auch gebaut werden. Es  
287 braucht nachhaltiges und flächensparendes Bauen, eine gute Baukultur und eine behutsame  
288 Nachverdichtung und Stadtentwicklung unter Wahrung urbaner wie ländlicher Grün- und  
289 Freiflächen.

290 (197) Lebendige, durchmischte, offene und barrierefreie Städte und Quartiere der kurzen Wege  
291 sind das Leitbild: Dort leben Junge und Alte sowie Menschen verschiedener Herkunft gern in  
292 ihren Wohnvierteln, haben es nicht weit zur Arbeit und zum nächsten Sportplatz. Der  
293 demographische Wandel bringt neue Formen des Zusammenlebens. Ein ausreichender Bestand  
an

294 barrierefreien und rollstuhlgerechten Wohnungen und Möglichkeiten für ältere Menschen, ein  
295 aktives Leben zu führen, sind entscheidend.

296

297 (197a) Der ländliche Raum der Zukunft ist geprägt durch eine naturstarke Umgebung, durch  
298 ökologische Landwirtschaft und eine leistungsstarke mittelständische Wirtschaftsstruktur. Er  
299 braucht einen guten Anschluss an den ÖPNV, ein bedarfsgerechtes Angebot an

Kinderbetreuung,

300 Schulen, medizinischer Versorgung und Pflegedienstleistungen sowie eine gute digitale  
301 Infrastruktur, die Homeoffice und Coworking-Spaces ermöglicht. Das Land braucht Dörfer mit  
302 einem aktiven Sozialleben, lebendigen Ortskernen und autofreien Spielräumen.

303 (198) Sport verbindet alle Menschen unabhängig ihrer Herkunft, ihres Geschlechts, ihrer  
304 sozialen und finanziellen Möglichkeiten, ihrer sexuellen Identität und sexuellen  
305 Orientierung ob mit Behinderung oder ohne. Im Sport sind alle Menschen gleich. In  
306 Deutschland treiben viele Millionen Menschen Sport im Verein oder in freien Gruppen. Im  
307 Sport werden gesellschaftliche Werte einer offenen und solidarischen Gesellschaft  
308 vermittelt. Der Sport ermöglicht aktives Naturerleben, er dient der Gesundheits- und  
309 Prävention sowie dem sozialen Wohlbefinden des Menschen. Der Sportverein ist einer der  
310 wichtigsten Träger der außerschulischen Jugendarbeit und vermittelt sportliche Werte wie  
311 Fairness, Teamgeist und Verantwortung. Diese vielfältigen Strukturen im Freizeit-,  
312 Gesundheits-, Inklusions- und Leistungssport zu stärken bedeutet das friedliche  
313 Zusammenleben zu erhalten. Auf internationaler Ebene leistet der Sport einen wichtigen  
314 Beitrag zum Kulturaustausch und zu gegenseitiger Begegnung. Sport findet nicht im  
315 politischen Vakuum statt. Das bedeutet Verantwortung für den Zusammenhalt in unserer  
316 Gesellschaft, für den Schutz von Menschenrechten und der Natur, aber genauso als  
317 wirtschaftlicher Akteur und im Kampf gegen Doping. Gleichzeitig gilt es, im Sport allen  
318 Geschlechteridentitäten auf allen Ebenen die Teilhabe zu ermöglichen. Auch sind einengende  
319 Geschlechterbilder beim Zugang zu Sportarten abzubauen.

320 (199) Privat übernehmen viele Menschen ehrenamtlich Verantwortung für andere, sei es in  
321 Familie und Nachbarschaft oder in Vereinen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften  
und

322 Initiativen. Das Ehrenamt hat eine konstitutive Rolle in unserer Demokratie und für unser  
323 Zusammenleben. Dafür braucht es Zeit, Anerkennung, Weiterbildung und Förderung, die wir als  
324 Gesellschaft bereitstellen müssen. Gesellschaftliches Engagement darf nicht das Privileg der  
325 ökonomisch Abgesicherten bleiben.

326 (200) Viele Menschen sind motiviert, freiwilligen Einsatz für die Gesellschaft zu bringen.  
 327 Die bestehenden Freiwilligendienste können zu einem neuen gesellschaftlichen  
 328 Generationenprojekt werden, wenn sie ausgebaut und auch für Menschen im Ruhestand  
 geöffnet  
 329 werden, die Erfahrung und Können weiter einbringen wollen. Ein solcher  
 330 „Zivilgesellschaftsdienst“ soll Rentner\*innen wie allen jungen Menschen in Europa, die ihn  
 331 ausüben wollen, unabhängig vom eigenen Geldbeutel offenstehen und auch international  
 möglich  
 332 sein.

### 333 **Kultur und die Künste**

334 (201) Kunst ist frei. Kunst dient niemandem. Sie lässt sich nicht auf ihren materiellen Wert  
 335 reduzieren. Kunst ist vielfältig und deutungsoffen und nie homogen, sie ist dynamisch und  
 336 hybrid und niemals statisch. Kultur und die Künste lassen aus dem Zusammenspiel  
 337 unterschiedlichster Einflüsse und Zusammenhänge Neues entstehen und sind so Motor  
 338 gesellschaftlicher Veränderung. Wir schützen die Freiheit der Künste und wenden uns dagegen,  
 339 Kultur und die Künste und die Künste vereinheitlichen zu wollen oder alleinige  
 340 Deutungshoheit über sie zu beanspruchen.

341 (202) Freie Kultur und Kunst sind eine Grundlage für Demokratie und friedliches  
 342 Zusammenleben. Sie gehören zur Daseinsvorsorge und sind Ausdruck und Anlass individueller  
 343 und gesellschaftlicher Reflexion, persönlichen und kollektiven Erkenntnisgewinns sowie  
 344 persönlicher und kollektiver Entwicklung. Kulturelle Vielfalt sowie Transkulturalität, also  
 345 die gegenseitige Durchdringung von Kulturen, zu fördern und zu schützen ist eine wichtige  
 346 Aufgabe in der offenen Gesellschaft. Der Zugang zu und die Teilhabe an Kultur und den  
 347 Künsten muss für alle gleich gewährleistet sein. Das gilt für kulturelle Bildung,  
 348 Kulturinstitutionen und Freiräume gleichermaßen. Es gilt für das Erleben ebenso wie für das  
 349 Schaffen von Kunst. Kultur ist ein relevanter Wirtschaftsfaktor, aber Kultur zeichnet sich  
 350 auch dadurch aus, dass sie sich oftmals der Wirtschaftlichkeit entzieht und  
 351 gesellschaftlichen Gegenentwürfen Raum geben kann. Kulturorte sind für die Gesellschaft  
 352 unverzichtbar. Kultur und Sprache nationaler Minderheiten und autochthoner Volksgruppen  
 353 sowie anerkannte Regionalsprachen sind zu schützen und zu fördern. Kultur ist umso  
 354 nachhaltiger, wenn sie ihrerseits mit Ressourcen sorgsam umgeht.

355

356 (neu 203) Kulturpolitik muss vernetzt gedacht werden, denn Kulturräume verlaufen nicht  
 357 entlang staatlicher Grenzen, sie sind gleichermaßen lokal, regional, national und  
 358 international. Nur eine prosperierende, vielfältige und offene Kulturlandschaft schafft  
 359 Zusammenhalt und lässt Neues entstehen. Freiräume für kulturelle Aktivitäten müssen erhalten  
 360 oder geschaffen werden, damit Kultur und die Künste ihren entscheidenden Beitrag zu einer  
 361 hohen Lebensqualität sowie zu Austausch und Zusammenleben leisten können.

362 (203) Kultur und die Künste brauchen öffentliche Förderung auf Grundlage transparenter  
 363 Kriterien, Kulturschaffende eine verlässliche und angemessene soziale Absicherung, die freie  
 364 Szene braucht professionelle Rahmenbedingungen, unabhängig von privater und  
 365 unternehmerischer Unterstützung. Dazu gehören auch transparente Strukturen, faire  
 366 Arbeitsbedingungen und eine faire Bezahlung sowie die Gleichstellung der Geschlechter in den  
 367 öffentlich geförderten Kultureinrichtungen sowie eine angemessene Vergütung für  
 368 Künstler\*innen und Solo-Selbständige.

369 (204) Das Bewusstsein für die Singularität der Verbrechen des deutschen Staates während der  
370 nationalsozialistischen Diktatur als universelle Mahnung wachzuhalten und die daraus  
371 folgende historische Verantwortung wahrzunehmen ist vordringliche Aufgabe deutscher  
372 Erinnerungskultur. Das Gedenken an den Holocaust ist grundlegend für die Demokratie in  
373 Deutschland. Damit betraute öffentliche und staatliche Einrichtungen müssen angemessen  
374 ausgestattet werden und ihren Bildungsauftrag zeitgemäß, wirksa und kohärent ausrichten. Es  
375 kann keinen Schlussstrich geben. Dazu gehört, die Aufarbeitung der NS-Verbrechen  
376 fortzuführen, Raubkunst an die Eigentümer\*innen und ihre Erb\*innen zurückzugeben, sowie  
377 weiteren Verpflichtungen gegenüber Ländern, die unter der deutschen Besatzung gelitten  
378 haben, nachzukommen.

379 (205) Das Erbe der DDR-Bürgerrechtsbewegung verpflichtet uns zur lebendigen Erinnerung an  
380 die SED-Diktatur und ihrer weitere Aufarbeitung. Erlittenes und begangenes Unrecht dürfen  
381 nicht in Vergessenheit geraten. Gleiches gilt für die Geschichte der DDR, der deutschen und  
382 europäischen Teilung sowie die friedliche Revolution von 1989. Erinnerungsstätten und  
383 Opferberatungen benötigen daher eine auskömmliche Finanzierung. Der Zugang zu den Stasi-  
384 Akten muss weiterhin für Betroffene, für Publizistik und Forschung gewährleistet sein.

385 (206) Die Erinnerungskultur einer vielfältigen Einwanderungsgesellschaft zeigt sich offen  
386 für die vielstimmigen Geschichten und Erzählungen sowie die unterschiedlichen historischen  
387 Erfahrungen der Menschen, die hier leben. Auch die kritische Aufarbeitung der kolonialen  
388 Vergangenheit und der damit verbundenen Verbrechen muss selbstverständlicher Teil unserer  
389 Bildungs- und Erinnerungskultur sein. Das ist Voraussetzung für eine Gesellschaft, in der  
390 alle Menschen frei von Rassismus leben können.

391 (207) Deutschlands Kolonialvergangenheit ist auch im Kulturbereich viel zu wenig  
392 aufgearbeitet. Es braucht eine umfängliche Forschung über die Herkunft von  
393 Sammlungsobjekten  
394 und immateriellen Kulturgütern aus kolonialen Kontexten, ihre Rückgabe an die  
395 Herkunftsgesellschaften sowie die Dekolonisierung von Kultureinrichtungen und des  
396 öffentlichen Raums. Dies kann nur in enger Zusammenarbeit mit den Nachkommen der  
397 ehemals  
398 Kolonisierten international wie hierzulande geschehen.

397 (208) Der europäische und internationale Austausch im Bereich Kunst, Theater, Musik,  
398 Literatur, Film und anderer Künste stärkt die Bindung zwischen den Menschen rund um den  
399 Globus. Die Intensivierung der europäischen und internationalen Kulturbeziehungen ist ein  
400 Beitrag zur Öffnung, zu Frieden und zum Schutz von Menschenrechten. Die Auswärtige Kultur-  
401 und Bildungspolitik übernimmt dabei eine wichtige Rolle.

#### 402 **Gesundheit und Pflege**

403 (209) Oberste Aufgabe jeder Gesundheitspolitik ist es, die Würde und Freiheit des Menschen  
404 auch im Krankheits- und Pflegefall zu wahren und gleichzeitig Gesundheit zu fördern und  
405 Gesundheitsrisiken vorzubeugen. Dabei ist Gesundheit nicht nur die Abwesenheit von  
406 Krankheit, sondern umfasst das psychische, soziale und körperliche Wohlbefinden.  
407 Gesundheitsversorgung und Pflege sind zentrale Pfeiler der Daseinsvorsorge. Es ist  
408 öffentliche Aufgabe, jedem Menschen unabhängig von Alter, Einkommen, Geschlecht, sexueller  
409 Orientierung, geschlechtlicher Identität, Herkunft, sozialer Lage oder Behinderung sowie vom  
410 Wohnort und Aufenthaltsstatus Zugang zu einer qualitativ hochwertigen Versorgung, die sich

411 an seinen Bedürfnissen orientiert, zu garantieren. Die Versorgung muss dem Stand der  
412 wissenschaftlichen Erkenntnisse entsprechen, den medizinischen Fortschritt berücksichtigen  
413 und auch den Bedarfen von besonders verletzlichen Personengruppen gerecht werden.

414 (210) Gute Gesundheitspolitik setzt schon bei der Vermeidung von Erkrankungen und  
415 Pflegebedürftigkeit an und gestaltet gesundheitsförderliche Lebenswelten. Sie nimmt auch das  
416 psychische und soziale Wohlbefinden in den Blick. Prekäre Lebensverhältnisse machen in  
417 vielen Fällen krank. Menschen, die in Armut leben, haben eine höhere Wahrscheinlichkeit zu  
418 erkranken und oft einen schlechteren Zugang zum Gesundheitssystem.

Bewegungsmöglichkeiten,

419 angemessener Wohnraum, gesunde Ernährung und saubere Luft müssen allen zur Verfügung  
stehen,

420 um gesund zu bleiben. Das heißt auch: Klimaschutz ist Gesundheitsschutz. Prävention,  
421 Gesundheitsförderung und gesundheitsliche Versorgungsind Querschnittsaufgaben, die in allen  
422 Politikbereichen verfolgt werden müssen. Insbesondere eine gute Sozialpolitik ist Teil einer  
423 umfassenden Gesundheitsvorsorge.

424 (211) Solidarische Kooperation - international und europäisch - bei Gesundheitsforschung und  
425 beim Aufbau guter Gesundheitssysteme ist eine gemeinsame Aufgabe der Weltgemeinschaft.  
426 Globale Gesundheitspolitik und -forschung müssen sich an gesundheitlichen Bedürfnissen aller  
427 Menschen weltweit und nicht an hohen Renditeerwartungen orientieren und ausreichend  
428 finanziert werden. Die Weltgesundheitsorganisation soll gestärkt werden. Es braucht weltweit  
429 Versorgungssicherheit mit zentralen Arzneimitteln und Materialien. Sie müssen dezentraler  
430 und auch in Europa produziert und vorgehalten werden, zusätzliche Produktionskapazitäten  
431 müssen im Fall einer Krise schnell aktiviert werden können.

432 (212) Gesundheitsversorgung ist öffentliche Aufgabe. Egal ob bei der freiberuflichen  
433 Landärztin, dem Medizintechnikunternehmen oder in der staatlichen Uniklinik - sie muss dem  
434 Menschen und seiner Gesundheit zugutekommen. Die Planung und Finanzierung des  
435 Gesundheitswesens muss am Bedarf der Patient\*innen ausgerichtet werden. Entscheidend ist,  
436 was medizinisch und menschlich geboten ist - und nicht die möglichst billige, schnelle oder  
437 profitable Behandlung. Insbesondere im Krankenhausbereich soll die Gemeinwohlorientierung  
438 gestärkt, die Benachteiligung öffentlicher Träger gegenüber privaten beendet und der Trend  
439 hin zur Privatisierung umgekehrt werden. Klare politische Vorgaben zur Personalbemessung,  
440 Behandlungs- und Versorgungsqualität sollen sicherstellen, dass alle Träger gleichermaßen  
441 zum Nutzen der Patient\*innen handeln. Dadurch werden Gewinnausschüttungen von Kliniken  
442 beschränkt, damit öffentliches und beitragsfinanziertes Geld im System bleibt.

443 (214) Nur ein gut finanziertes Gesundheitssystem kann die Würde der Patient\*innen und die  
444 Rechte der Beschäftigten gleichermaßen schützen. Falsche politische Weichenstellungen und  
445 der daraus folgende ökonomische Druck haben zu Fehlanreizen zulasten des Patient\*innen-  
446 Wohls, Kosteneinsparungen zulasten des Personals und einer falschen Verteilung von Geldern  
447 geführt. Die Krankenhausfinanzierung muss neu gedacht und auf wohnortunabhängige  
448 Versorgungssicherheit und -qualität, auf eine gute Bezahlung für Beschäftigte, auf Vorsorge  
449 und auf Krisenfestigkeit ausgerichtet werden. Kliniken sollen nicht nur nach erbrachter  
450 Leistung, sondern nach ihrem gesellschaftlichen Auftrag finanziert werden. Dafür braucht es  
451 ein neues Finanzierungssystem für die Kliniken, das eine relevante strukturelle Finanzierung  
452 beinhaltet. Dazu gehört auch die Investitionsfinanzierung durch Bund und Länder gemeinsam zu



453 verbessern. Die Versorgungsplanung im Gesundheitssystem soll gestärkt werden. Stationäre  
und  
454 ambulante Versorgung sollen zusammen gedacht, geplant, finanziert und durchgeführt werden.

455 (213) Gleichwertige Lebensverhältnisse bedeuten eine gute Gesundheitsversorgung in der Stadt  
und auf dem Land. Jeder Mensch muss Zugang zu medizinischer und psychotherapeutischer  
Hilfe  
456 haben, ohne lange Wartezeiten, egal wo er oder sie lebt. Dafür müssen die Grenzen zwischen  
457 ambulanter und stationärer Versorgung überwunden werden. Durch ein Stufenmodell von der  
458 gesundheitlichen Grundversorgung bis hin zu Spezialangeboten kann die Versorgung im  
459 ländlichen und städtischen Raum gestärkt und zeitgleich eine gute Versorgungsqualität  
460 sichergestellt werden. Vor Ort werden verschiedene Angebote der Gesundheitsversorgung  
461 bestmöglich miteinander verknüpft. Ambulante und stationäre Versorgung werden dabei  
462 gemeinsam mit niedrighwelligen Angeboten der Gesundheitsberatung geplant. Prävention  
und  
463 Gesundheitsförderung werden in allen kommunalen Handlungsfeldern fest verankert.

465 (215) Eine bessere Vernetzung, Koordination und Zusammenarbeit über alle Berufsgruppen  
466 hinweg ist notwendig, um den Bedarfen der Patient\*innen in einer älter werdenden  
467 Gesellschaft besser gerecht zu werden. Eine gut abgestimmte Versorgung muss zur Regel  
468 werden. Das bedeutet, dass Ärzt\*innen, Psychotherapeut\*innen, Pflegekräfte und andere  
469 gesundheitsnahe Berufe sowie ein ausgebauter und gut ausgestatteter öffentlicher  
470 Gesundheitsdienst Hand in Hand und auf Augenhöhe zusammenarbeiten, beispielsweise in  
471 gemeinwohlorientierten Gesundheitszentren. Dabei helfen eine umfassende  
Versorgungsplanung,  
472 Gesundheitsberichterstattung, eine Stärkung der Versorgungsforschung und die Aufwertung und

473 Ausweitung der Kompetenzen in Gesundheits- und Pflegefachberufen. Dabei sollen Pflegekräfte  
474 mehr Steuerungsverantwortung für die Gestaltung der Pflege übernehmen können.

475 Heilmittelerbringer\*innen und gesundheitsnahe Berufe sind ein essenzieller Teil unseres  
476 Gesundheitssystems und müssen finanziell besser abgesichert werden. Die Stärkung der  
477 professionellen Pflege und der hausärztlichen Versorgung ist Voraussetzung für ein gutes  
478 Versorgungsnetz in der Fläche.

479 (216) Gute Versorgung durch Hebammen - ob ambulant oder in Geburtshäusern und Kreißsälen  
-  
480 muss sowohl in ländlichen Regionen als auch in Städten gesichert sein. Wir brauchen einen  
481 Kulturwandel in der Geburtshilfe, weg von Personalmangel und Kostendruck, um die Bedürfnisse

482 von Mutter und Kind in den Mittelpunkt zu stellen. Die reproduktive Selbstbestimmung muss  
483 gewährleistet sein. Das umfasst neben dem kostenfreien Zugang zu Verhütungsmitteln und der  
484 Verhinderung von Gewalt unter der Geburt auch die Sicherstellung von ärztlich vorgenommenen

485 Schwangerschaftsabbrüchen und professioneller Beratungen zu diesen, die sich an den  
486 Bedürfnissen der Frauen orientieren. Das sind wichtige Teile der Gesundheitsversorgung und  
487 der Selbstbestimmung von Frauen. Die Forschung zu geschlechtsspezifischer Medizin und Pflege

488 sowie Frauengesundheit muss gestärkt und in die medizinische und pflegerische Praxis  
489 umgesetzt werden.

490 (217) Gute Gesundheit und Pflege gibt es nur unter guten Arbeitsbedingungen in allen Pflege-  
491 und Gesundheitsberufen und einer an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichteten Pflege-  
und  
492 Gesundheitsinfrastruktur. Ob Pfleger\*innen in der Altenpflege oder anderswo, Hebammen oder  
493 Physiotherapeut\*innen, sie sind das Rückgrat unserer Gesellschaft. In diesem Arbeitsbereich  
494 droht permanent die Gefahr von Überlastung und Überarbeitung. Sich um andere zu kümmern  
darf  
495 nicht krank machen. Es braucht mehr Personal, mehr Lohn und mehr Zeit - und zwar für  
496 Patient\*innen statt für Bürokratie. Um überhaupt mehr Personal zu gewinnen, müssen die  
497 Gesundheits- und Pflegeberufe Perspektiven bieten, sich die Arbeit mit der Familie  
498 vereinbaren lassen und Fortbildung, Aufstiegschancen und Sicherheit bieten. Der Staat trägt  
499 hier auch aufgrund des im Grundgesetz festgeschriebenen Sozialstaatsgebots eine besondere  
500 Verantwortung.

501 (218) Digitalisierung und Automatisierung können helfen, Arbeitsabläufe im Gesundheitswesen  
502 zu vereinfachen und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Robotik und digitale Anwendungen  
503 sollten dort eingesetzt werden, wo sie die Versorgung der Patient\*innen verbessern und die  
504 Arbeit erleichtern. Sie können und sollen menschliche Zuwendung nicht ersetzen.

505 (219) Die Chancen der Digitalisierung gilt es sowohl bei der Organisation der  
506 Gesundheitsversorgung und im Pflegebereich als auch bei der Verwaltung von  
Gesundheitsdaten  
507 und der individuellen Prävention zu nutzen. So wird auch in Zeiten des demographischen  
508 Wandels die Erhaltung eines zukunftsfähigen Gesundheitssystems unterstützt. Aufgrund der  
509 Sensibilität von Gesundheitsdaten kommt dem Datenschutz dabei eine herausragende Rolle zu.  
510 Gerade deshalb sollte die Infrastruktur öffentlich verantwortet und reguliert werden.  
511 Gesundheitsdaten inklusive der Patient\*innen-Daten können nur unter Wahrung höchster  
512 Datenschutzstandards digital erfasst und anonymisiert der Forschung zur Verfügung gestellt  
513 werden. Eine Weitergabe erfolgt nicht gegen den Willen von Patient\*innen. Ihre eigenen  
514 Gesundheitsdaten müssen Patient\*innen möglichst barrierefrei und sicher zugänglich sein. Die  
515 ärztliche Schweigepflicht und das Patient\*innengeheimnis müssen auch für digitalisierte  
516 Gesundheitsdaten jederzeit gewahrt bleiben.

517 (220) Solidarisch finanziert können die Herausforderungen der älter werdenden Gesellschaft  
518 und die Kosten des medizinischen Fortschritts am besten bewältigt werden. Indem alle  
519 Bevölkerungsgruppen in Abhängigkeit ihres Einkommens und unter Einbeziehung aller  
520 Einkommensarten in die Finanzierung über eine Bürgerversicherung einbezogen werden,  
können  
521 die Belastungen fair und für alle tragfähig ausgestaltet werden. Gesundheit und Pflege muss  
522 allen Menschen gleich zur Verfügung stehen. Beim Zugang darf es keinen Unterschied nach  
523 Einkommen oder Versicherungsstatus geben. Im Falle von Pflegebedürftigkeit muss durch eine  
524 Reform der Pflegeversicherung sichergestellt werden, dass alle Menschen die Leistungen  
525 erhalten, die sie benötigen und Pflegebedürftigkeit kein Armutsrisiko mehr ist.

526 (221) Leistungen, die medizinisch sinnvoll und gerechtfertigt sind und deren Wirksamkeit  
527 wissenschaftlich erwiesen ist, müssen von der Solidargemeinschaft übernommen werden. Bei  
528 Medikamenten und Impfstoffen, die etwa der Bekämpfung von Pandemien dienen und durch

## Patente

529 geschützt sind, sind kostengünstige Lizenzen notwendig, um Menschen weltweit versorgen zu  
530 können. Diese Lizenzen müssen im Zweifel verpflichtend durchgesetzt werden.

531 (222) In der Drogenpolitik braucht es einen Paradigmenwechsel. Statt um eine  
532 Kriminalisierung von Abhängigkeitserkrankten und Konsument\*innen geht es um Prävention,  
533 Selbstbestimmung, Schadensminimierung, Entkriminalisierung und passgenaue Beratungs- und  
534 Hilfsangebote. Cannabis sollte zeitnah legalisiert werden. Eine kontrollierte Abgabe von  
535 psychoaktiven Substanzen und eine an den gesundheitlichen Risiken orientierte Regulierung  
536 sind der richtige Weg für wirksamen Jugend- und Gesundheitsschutz, zur Reduktion schädlichen  
537 Gebrauchs von Suchtmitteln, zur Vermeidung von Drogentoten und um dazu beizutragen  
538 kriminellen Strukturen und Drogenkriegen die Grundlage zu entziehen. Um einen wirksamen  
539 Jugendschutz zu gewährleisten, setzen wir auf geeignete Präventionsmaßnahmen, Aufklärung  
und  
540 einen faktenbasierten Umgang. Für Drogen soll nicht geworben werden. Der Nichtraucherschutz  
541 muss gestärkt werden.

542 (223) Menschen sind immer Menschen, niemals „Fälle“, egal ob gesund, krank, pflegebedürftig  
543 oder eingeschränkt. Patient\*innen sind Akteur\*innen mit starken Rechten. Sie sollen dabei  
544 unterstützt werden ihre Rechte auch durchzusetzen, dafür müssen sie auch bei relevanten  
545 Entscheidungen im Gesundheitswesen mitbestimmen und in entsprechende Gremien  
eingebunden  
546 sein. Wahlfreiheit im Gesundheitswesen bedeutet, dass Versicherte die Möglichkeit haben,  
547 sich im Krankheitsfall zwischen unterschiedlichen qualitätsgesicherten Angeboten und  
548 Therapien zu entscheiden. Dafür braucht es Therapieviefalt und das Selbstbestimmungsrecht  
549 der Patient\*innen. Viele Menschen nutzen Komplementärmedizin, die somit eine relevante Rolle  
550 in der heutigen Gesundheitsversorgung spielt. Die Forschung zur Wirksamkeit zum Beispiel von  
551 Naturheilverfahren soll unterstützt werden. Die Förderung der Gesundheitskompetenz, die  
552 Befähigung der Patient\*innen und unabhängige Gesundheitsberatung sollen zu einem festen  
553 Bestandteil unseres Gesundheitssystems werden.

554 (224 neu) Für queere Menschen muss das Gesundheitswesen diskriminierungsfrei zugänglich  
555 sein. Die Gesundheitsversorgung für trans\* und intergeschlechtliche Menschen muss  
556 abgesichert und verbessert werden. Der Anspruch auf medizinische körperangleichende  
557 Maßnahmen soll gesetzlich verankert und die Kostentragung durch das Gesundheitssystem  
558 gewährleistet werden. Der Zugang zur Reproduktionsmedizin muss diskriminierungsfrei  
559 erfolgen. Medizinisch nicht notwendige genitalverändernder Operationen bei  
560 intergeschlechtlichen Menschen vor deren Einwilligungsfähigkeit und sogenannte  
561 "Konversionstheraphien" gehören wirksam verboten. Um HIV positive Menschen zu  
unterstützen,  
562 müssen der Zugang zu Medikamenten verbessert, medizinischer Fortschritt genutzt und  
Stigmata  
563 abgebaut werden.

564 (225 neu) Auch im Alter oder bei Pflegebedürftigkeit haben Menschen das Recht auf ein  
565 selbstbestimmtes Leben. Die Sicherung einer Pflege, die Selbstbestimmung und Teilhabe  
566 ermöglicht und die Würde Pflegebedürftiger schützt, ist gerade aufgrund des demografischen  
567 Wandels eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe. In der Einwanderungsgesellschaft muss

568 Pflege außerdem diversitätssensibel gestaltet sein.

569

570 (225 neu) Menschen, die pflegebedürftig werden, wollen zumeist in ihrem gewohnten Umfeld  
571 bleiben. Eine dezentrale Pflegestruktur, bei der die Wünsche, die Selbstbestimmung und  
572 Selbstständigkeit der Betroffenen im Mittelpunkt stehen, ist dafür der beste Weg. Deshalb  
573 sollen Kommunen mehr Möglichkeiten bekommen, das Angebot an Pflege und Betreuung vor  
Ort zu

574 gestalten, eine bedarfsgerechte Pflegeinfrastruktur zu schaffen und dabei insbesondere auf  
575 einen umfassenden Ausbau von ambulanten Wohn- und Pflegeformen statt weiteren  
576 Großeinrichtungen zu achten. Gute stationäre Pflege gibt es nur, wenn in Pflegeheimen die  
577 Bedürfnisse und das Wohl der Bewohner\*innen im Mittelpunkt stehen. Dass zu Gunsten von  
hohen

578 Renditen an der Qualität oder an den Beschäftigten gespart wird, muss unterbunden werden.  
579

580 (226 neu) Ziel sind lebenswerte Quartiere für alle Generationen, in denen professionelle  
581 Pflegeangebote und nachbarschaftliche Initiativen ineinandergreifen und diese ältere und  
582 pflegebedürftige Menschen sowie pflegende Angehörige unterstützen. Pflegende Angehörige  
583 verdienen generell mehr Anerkennung, sie sind als tragende Säule der häuslichen Pflege auf  
584 Augenhöhe in das Versorgungsnetz einzubinden und zu unterstützen.

585 (225) Zu einem Leben in Würde gehört auch ein Sterben in Würde. Eine bedarfsgerechte  
586 Palliativversorgung in Stadt und Land ist unerlässlich. Auch damit Menschen die Möglichkeit  
587 haben, zu Hause im Kreis der Angehörigen zu sterben. Zusätzlich braucht es genügend  
588 Hospizplätze, die auch auf die Bedürfnisse der Sterbenden eingestellt sind. Das Recht auf  
589 selbstbestimmtes Leben schließt - nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts -  
590 selbstbestimmtes Sterben frei von Druck ein.